

Protokoll

des

Allgemeinen Schweizerischen Arbeiterkongresses

Samstag den 27. und Sonntag den 28. Juli 1918

in der Burgvogtei in Basel

Beginn Samstag den 27. Juli 1918, vormittags 10 Uhr



Allgemeiner Schweizerischer Arbeiterkongress

27./28. Juli 1918 in Basel

Stenogramm der Verhandlungen

Anträge S. 73

I.

Eröffnungswort des Vorsitzenden.

G r i m m : Im Namen des Stener Aktionskomitees heiße ich Sie zu unserer Tagung bestens willkommen. Seit den Tagen des alten Arbeiterbundes geschieht es wohl zum erstenmal, daß Gewerkschaften und Partei einen gemeinsamen Kongress abhalten, gemeinsam ihre augenblickliche Lage besprechen, gemeinsam Mittel und Wege zum Vorwärtsschreiten und zum Aufstieg feststellen. Schon aus dieser einen Tatsache erhellt die Bedeutung des Kongresses, ganz abgesehen von der Zeitlage, durch die er bewirkt worden ist.

Ich begrüße zu unserem heutigen Kongress auch die Vertreter des Föderativverbandes der eidgenössischen Beamten, Angestellten und Arbeiter. Diese Delegation kommt nicht mit leeren Händen an unsern Kongress. Sie ist ausgerüstet mit einer Resolution der Delegiertenversammlung dieses Verbandes, die Sie kennen und aus der ein fester Kampfwille spricht. Es ist das um so bedeutungsvoller, als noch vor wenigen Wochen ein Mitglied des Bundesrates in einer freisinnigen Parteiversammlung im Kanton Zürich erklärt hat, daß das eidgenössische Personal kein Streikrecht besitze, daß es militarisiert würde, sobald es sich zur Wehre setzt. Wenn heute der Föderativverband des Personals in so energischer Weise Stellung genommen hat und gemeinsam mit uns hier tagt, dann beweist das, welcher Stimmungsumschwung auch in diesen Kreisen sich ereignet, wieviel Uhr es geschlagen hat.

Unser Kongress ist aber auch gekennzeichnet durch den Gegenstand der Verhandlungen, das einzige Traktandum: Die ökonomische Lage der Arbeiterschaft und die gemeinsame Abwehr =

aktion. Die Bedeutung ergibt sich noch mehr vielleicht aus der Antwort des Bundesrates auf unsere Eingabe vom 22. Juli, die Ihnen gedruckt ausgeteilt werden wird und zu der ich vorläufig nur bemerken will, daß das Aktionskomitee nach reiflicher Diskussion und nach Erwägung aller in Betracht fallenden Faktoren einstimmig zu der Auffassung gelangt ist, diese Antwort sei unannehmbar und bedeute, wenn es dabei bleibt, den Kampf.

Wir wissen, daß wir heute vor einem folgenschweren Entscheid stehen. Wir sind uns der Tragweite der Aktion durchaus bewußt. Wir sind bereit, die Verantwortung für das, was kommen muß, zu übernehmen und sind überzeugt, daß die Verantwortung, die wir zu übernehmen haben, nicht so schwer sein wird, wie die Verantwortung unserer Gegner, die es zum Äußersten treiben, die die Arbeiterschaft zwingen, das letzte Mittel anzuwenden, um ihre Existenz zu verteidigen und erhalten zu können.

Der Kongreß soll zu dem Stellung nehmen, was in den nächsten Wochen zu gehen hat, er soll entscheiden über den Massenkampf der Arbeiter. Diese Tatsache führt ohne weiteres zur Öffentlichkeit unserer Verhandlungen. Wir haben keine Geheimnisse vor der Öffentlichkeit und wenn wir daran gehen, einen Massenkampf zu organisieren, dann ist es selbstverständlich, daß jeder Arbeiter orientiert sein muß, selbstverständlich, daß es in dieser Richtung keine Zurückhaltung geben darf.

Wir werden zweifellos zu lebhaften Auseinandersetzungen kommen. Es ist niemand verborgen, daß die Meinungen auseinandergehen über diesen oder jenen Punkt, aber das eine glaube ich schon im voraus feststellen zu dürfen, daß wir alle, die wir hier sind, von dem einen und ausschließlichen Interesse geleitet sind: für die Arbeiterklasse zu wirken, alles zu unternehmen, was ihre Einheit, Geschlossenheit und Stoßkraft fördert und stärkt und alles zu unterlassen, was geeignet wäre, unsere Aktion zu lähmen. In diesem Sinne erkläre ich den Kongreß als eröffnet. (Beifall.)

Bereinigung der Tagesordnung.

G r i m m : Namens des Aktionskomitees schlage ich Ihnen folgende Tagesordnung vor:

1. Wahl des Bureaus.
2. Wahl der Mandatprüfungskommission.
3. Aufstellung des Geschäftsreglementes.
4. Die wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft und die gemeinsame Abwehraktion.
 - a) Die allgemeine Situation, unsere Forderungen und die Antwort des Bundesrates. Referenten: G r i m m und G r a b e r.
 - b) Kampfmittel. Referenten: S c h n e i d e r und S u g g l e r.
5. Wahl des Aktionskomitees.

1. Wahl des Bureaus.

Grimm: Wollen Sie, daß das Aktionskomitee die Verhandlungen leite oder wollen Sie ein Bureau aus Ihrer Mitte bestellen? Auf: Aktionskomitee.

Hef = Zürich: Ich wünsche, daß der Kongreß das leitende Tagesbureau ganz frisch wähle, in Anbetracht der schwierigen Lage und in Anbetracht dessen, daß gegenüber dem schweizerischen Aktionskomitee vieles gemunkelt worden ist.

Schwärzenbach = Basel: Ich bin der Meinung, daß das gegenwärtige Aktionskomitee die Verhandlungen leite.

Frei = Zürich: Ich möchte Ihnen beantragen, ein Tagesbureau zu bestellen. Wie Sie aus der Tagesordnung ersehen haben, sind Genosse Grimm und andere Genossen vom Aktionskomitee als Referenten bestellt.

In der Abstimmung wird das Aktionskomitee mit großer Mehrheit als Tagesbureau bestätigt.

2. Wahl der Mandatprüfungskommission.

Grimm: Das Aktionskomitee schlägt Ihnen folgende Genossen vor: Allgöwer=Luzern, Belina=Bern, Fischer=Winterthur, Caderas=Zürich, Blust=Basel, Lamo=Bellinzona, Trepoisier=Chaux-de-Fonds, Hirsbrunner=Bern, Schubert=Basel. (Zustimmung.)

3. Aufstellung des Geschäftsreglements.

Grimm: Wir schlagen folgende Bestimmungen vor: Redezeit für Referenten unbeschränkt, für Diskussionsredner 15 Minuten. Uebersetzung für Anträge wörtlich, Voten summarisch. Wortmeldungen und Anträge sind schriftlich einzureichen. Stimmberechtigt ist nur, wer im Besitze einer Delegiertenkarte ist.

Maurer = Derlikon: Ich wäre der Meinung, daß auch die Redezeit der Referenten begrenzt werden sollte. Sie können ja doch nur in schönen Phrasen sagen, was sie getan haben wollen, während doch nichts darin ist.

Schwärzenbach = Basel: Ich begreife ohne weiteres, daß unter gewissen Schichten unserer Genossen eine etwas erregte Stimmung herrscht, stehe aber auf dem Standpunkt, daß die Genossen vom Aktionskomitee in der Lage sind, uns über die Verhältnisse genau Aufschluß zu geben, so daß es unangebracht ist, sie in ihrer Redezeit zu beschränken.

Wyß = Zürich: Ich möchte nicht so weit gehen wie Genosse Maurer, bin aber doch der Meinung, daß es den Referenten möglich sein sollte, in einer Stunde das zu sagen, was zu sagen ist. Deshalb beantrage ich Festlegung der Redezeit für Referenten auf eine Stunde.

Grimm: Wir machen diesem Antrag keine Opposition.

Die Redezeit wird für Referenten auf eine Stunde beschränkt. Als Uebersetzer werden bestimmt: Ribi-Lausanne und Hubacher-Genf.

Maurer-Verliten: Ich möchte fragen, welche Kompetenz der Arbeiterkongress hat, ob nachher das Aktionskomitee hingehet und wieder alles...

Grimm: Wir haben noch nicht die spanische Krankheit. Lassen Sie zuerst das Aktionskomitee seine Gründe vorbringen, dann haben Sie die Möglichkeit der Diskussion. (Beifall.)

Den Vorsitz übernimmt Genosse Flg-Bern.

Flg: Wir gehen über zu Traktandum

4. Die wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft und die gemeinsame Abwehraktion.

a) Die allgemeine Situation, unsere Forderungen und die Antwort des Bundesrates.

Grimm: Ich brauche nicht lange auf die allgemeine Situation einzugehen, in der sich das europäische Proletariat befindet. Man hat erklärt, der Krieg sei die Umwertung aller Werte. Das ist zu einem geflügeltesten Wort geworden. Besser wäre, wenn man sagen würde, der Krieg sei die Entwicklung der Extreme. Da wir in einer Klassengesellschaft leben, äußern sich diese Extreme in einer Verschärfung der Klassenlage und in einer Verschärfung der Klassenherrschaft. Was wir heute erleben, ist im Grunde genommen eine Apotheose und ein Triumph der Reaktion, ein Appell an die niedrigsten Instinkte. Das Kriegrecht ist nichts anderes als die Negation der Volksrechte. Es führt zur Diktatur und degradiert die Parlamente zu Anhängseln der militärischen Maschine. In allen Ländern führen die Parlamente ein Schattendasein; sind sie nichts anderes als die Bewilligungsinstrumente für die Kriegs- und Militärparteien, und in den Momenten, wo sie sich aufrassen würden, müßte sofort eine tiefe Kluft zwischen den Kriegsparteien und den Parlamenten entstehen. Defonomisch ist zu sagen, daß der Krieg der Profitwirtschaft einen ungemessenen Spielraum für die Ausbeutung eröffnet hat, der in allen Ländern derselbe ist.

Diese allgemeinen Verhältnisse haben ihre Rückwirkung auf die Schweiz. Wir stehen nicht im Kriege, aber wir haben seit 4 Jahren die Vorbereitungen zum Kriege. In diesem Zeichen steht die offizielle Politik des Landes. Dort, wo es sich um die wirklichen Volksinteressen handelt, wo es gilt, den Menschen zu schützen, tritt uns die Stümperhaftigkeit unserer regierenden Klassen vor Augen, wie wir das letzte Woche erlebt haben bei den Mißständen in der Armeesanität. Dort aber, wo es gegen die Interessen des Volkes geht, müssen wir den Regierenden das Zeugnis ausstellen, daß sie wahre Virtuosen sind. Im allgemeinen haben wir also die gleichen Erscheinungen wie im kriegführenden Ausland. Ich brauche

nur stichwortweise an die Tatsachen zu erinnern, an den Reichtum und Ueberfluß auf der einen, Armut und Verelendung auf der andern Seite, an die Praktiken der Profithascher, die seit 1914 nicht etwa gemildert, sondern systematisch ausgebaut worden sind. Unsere Bourgeoisie stellt sich heute dar als eine Aktienkompanie zur Ausbeutung der Notlage des Volkes und ihr Prophet ist der schweizerische Bundesrat.

Politisch ist der Kurs, in dem wir stehen, gekennzeichnet durch die Septembervorgänge vom Jahre 1916, durch die Zivildienst-Vorlage, durch die Verfolgung der Jugendlichen und ihrer Presse, durch die Ausweisung der Deserteure, das Verbot der Soldatenbünde. Gekrönt worden ist der Kurs durch den Juli-Erlaß des Bundesrates, der den Kantonen das Recht zuweist, die Versammlungsfreiheit und das Recht der freien Meinungsäußerung, die Preßfreiheit zu erdroffeln.

Wenn wir auf der einen Seite diese Etappen der Reaktion feststellen, wäre es unrichtig, auf der andern nicht zu konstatieren, daß die Arbeiterbewegung trotz der Reaktion bestimmte Fortschritte gemacht hat. Sie äußern sich in der steigenden Mitgliederzahl unserer Organisationen auf politischem wie auf gewerkschaftlichem Gebiet, in den Errungenschaften einzelner Organisationen und in gewissen Zugeständnissen, die der Staat uns machen mußte. Das Jahr 1914 als Basis genommen und damit die heutigen Zustände verglichen, ergibt sich zweifellos, daß in dieser Richtung wesentlich andere Verhältnisse bestehen. Aber die Vergleichsbasis ist falsch. Nicht darum handelt es sich, wie groß der Abstand der Zustände des Jahres 1918 von denen des Jahres 1914 ist, sondern darum, in welchem Tempo der Sturmwagen der Reaktion sich bewegt und in welchem Tempo es der Arbeiterschaft möglich war, ihre Fortschritte zu erzielen. Wenn wir die Klassenlage der Bourgeoisie und die soziale Lage der Arbeiterschaft einander gegenüberstellen, so konstatieren wir, daß die Bourgeoisie sich märchenhaft bereichern konnte, während die Arbeiterschaft tatsächlich der Verarmung und Verelendung entgegengeführt worden ist. Der Gegensatz zwischen den zwei Klassen in der Gesellschaft ist heute viel größer, tiefer und geschichtlich weittragender als 1914. Die Arbeiterschaft war nicht in der Lage, ihre Interessen wahrzunehmen, wie wir es alle wünschen und wie wir alle es heiß ersehnen. Das rührt davon her, daß die Zeitverhältnisse noch nicht so entwickelt sind, um uns die Durchsetzung dessen zu erlauben, was uns als Ziel vorschwebt. Wir haben protestiert, wir haben Demonstrationen, ich möchte fast sagen Prozessionen in den Straßen durchgeführt, wir haben ökonomische Kämpfe hinter uns, aber unsere Proteste sind meistens zerschellt am Widerstand unserer Gegner.

Von dieser Tatsache ausgehend drängen sich zwei Fragen auf:

1. Welchen Ursachen ist es zuzuschreiben, daß die Machtverhältnisse heute noch nicht mehr zu unsern Gunsten verschoben worden sind.

2. Welche Mittel stehen uns zu Gebote, um eine Machtsteigerung herbeizuführen?

Die Prüfung der ersten Frage führt zu der objektiven Feststellung, daß sich die Klassenlage noch nicht so verschärft hat, daß der größte Teil des schweizerischen Proletariats bereits gelernt hätte, sozialistisch zu denken und seinen Indifferentismus abzustreifen. Auch heute ist es so an der äußersten Peripherie der Arbeiterbewegung, bei jenen Schichten der Arbeiterschaft, die erst unter der Wirkung des Krieges zu uns gekommen sind. Sie sind nur dann für unsere Aktionen zu haben, wenn sie dabei einen unmittelbaren praktischen Vorteil sehen. Das ist noch nicht jene Masse, die erfüllt ist von der Begeisterung, die die sozialistische Lehre einflößt, die durchströmt ist von der Feuerglut unserer Gedanken; es ist noch eine Arbeiterschaft, die uns in Fragen, die uns lebhaft bewegen und die zum mindesten so wichtig sind, wie rein ökonomische Interessen, im Stiche läßt. Nur um zu zeigen, wie die Verhältnisse sind, nehme ich ein Beispiel. Ich erinnere an die Petition betreffend die Deserteure und Refraktäre. In jenen paarmal hunderttausend Unterschriften, denen wir es zum Teil zu verdanken haben, daß es heute in der Schweiz eine Deserteursfrage gibt, die eine so namenlose Schmach für die Tradition unseres Landes bedeutet, eine Schmach für alles demokratische und republikanische Empfinden — jene Unterschriften rühren zum Teil auch von Arbeitern her, die leider nicht begriffen haben, daß der chauvinistisch-nationalistische Kampf der Pfahlbürger im letzten Grunde gegen die gesamte Arbeiterbewegung des Landes gerichtet ist. Diese Schichten haben nur eingesehen, was ihr momentanes praktisches Interesse ausmacht, aber nicht das, was mit dem Ganzen der Arbeiterbewegung zusammenhängt.

Ein weiteres retardierendes Moment in unserer Bewegung, ist die *Verschiebung der Kampffronten*. Wir stehen heute nicht mehr in der gleichen Situation wie im Jahre 1914. Abgesehen davon, daß das Ausland in bezug auf die Gestaltung des ökonomischen Lebens eine größere Rolle spielt, als damals, wo Handel und Verkehr noch frei waren, so ist zu sagen, daß die Kampffront der Gegner wesentlich vereinhheitlicht wurde. Wir haben es nicht nur mit dem Unternehmertum, nicht nur mit der Bourgeoisie als wirtschaftlicher Klasse zu tun; wir dürfen auch die Rolle des Staates im gegenwärtigen Wirtschaftsleben nicht übersehen. Sie wirkt selbstverständlich auf die Gestaltung des Kampffeldes zurück. Es gilt daher, uns der neuen Situation mit unsern Kampfmitteln und Methoden anzupassen. Diese Anpassung an die neue Situation ist nicht überall rasch genug erfolgt. Da und dort besteht noch die Meinung, ein Gewerkschaftsverband sei in der Lage, seine Interessen selbständig zu vertreten, er könne nur von seinen Verbandsinteressen aus geleitet, sein Ziel festsetzen und seinen Weg bestimmen. Da und dort bestehen Rücksichten auf die Errungenschaften, die im Laufe der Jahre erzielt worden sind: auf den Abschluß der Tarifverträge. Alles dies sind Hemmungen, die das Vor-

wärtschreiten erschweren, die man nach und nach überwinden muß, um entsprechend der vereinheitlichten Kampffront unserer Gegner eine einheitliche Kampffront der Arbeiterschaft herzustellen.

Endlich dürfen wir nicht übersehen, daß in einem Lande mit einer so verschiedenen ökonomischen Struktur, wie es bei uns der Fall ist, auch die Mentalität, die geistige Konzeption der Arbeiterschaft, nicht eine einheitliche sein kann. In der Stadt haben wir andere Ideen und Gedanken als wir sie auf dem Lande vielfach noch treffen. Es kommt dazu, daß das Verhältnis zum Problem des Sozialismus und zu der Frage, ob es heute schon möglich sei, den Sozialismus wenigstens in seinen wesentlichen Grundlagen durch den revolutionären Kampf zu verwirklichen, scharf auseinandergehen, genau so wie im Verhältnis zu der Frage, ob es möglich sei, heute von der Schweiz aus den Kampf so zu führen, daß die kapitalistische Gesellschaft erschüttert und die Diktatur des Proletariats erreicht werde. Genau so wie in dieser Frage weitgehende Meinungsdivergenzen bestehen, ebenso bestehen sie in bezug auf die Frage der Landesverteidigung und der äußern Politik des Landes. All diese Verschiedenheiten in den Auffassungen äußern sich wieder, wenn es gilt, praktische Aktionen durchzuführen, wenn es gilt, sich zu entscheiden, ob man den Fehdehandschuh, den der Gegner uns hingeworfen hat, aufnehmen will oder nicht, wenn man sich entscheiden muß, ob man in eine allgemeine Aktion eintreten kann oder ob es notwendig sei, es mit einem jener gewöhnlichen Proteste, wie sie bekannt sind, bewenden sein zu lassen. An diesen Erscheinungen dürfen wir nicht vorbeisähen, wollen wir die Situation, in der sich die Arbeiterklasse der Schweiz und speziell ihr organisierter Teil sich befindet, richtig beurteilen. Es ist unsere Pflicht, alle diese Faktoren zu berücksichtigen, weil sie erst erlauben, richtige Schlüsse auf die Situation und die Mittel, die wir anzuwenden haben, zu ziehen.

Die bisherige Aktion während des Krieges, soweit von einer gemeinsamen Aktion die Rede sein kann, hat mit der Einsetzung der Notstandskommission begonnen, jener Kommission, die Forderungen aufstellte und den Behörden Postulate vorgetragen hat, die aber nicht der Ausschuß irgendeiner Kampforganisation war, sondern auf dem Boden stand, daß die Behörden auf dem Verhandlungswege dazu gebracht werden könnten, die Wünsche und Forderungen zu erfüllen. In einzelnen Fällen ist es gelungen, aber bei dem rasenden Tempo der Entwicklung, bei der Verschärfung der Gegensätze und bei der täglichen Verschlimmerung der ökonomischen Lage des Landes war es nicht denkbar, daß nur auf dem Wege der Verhandlungen auf die Dauer viel herauszuholen sei. Später ist die Arbeiterschaft selbst zu Demonstrationen übergegangen, nicht nur zu Demonstrationen nach Feierabend, sondern auch während der Arbeitszeit. Als dann im Dezember letzten Jahres der Ueberfall mit der Zivildienstvorlage kam, jener Anschlag auf die Grundrechte der Arbeiterschaft, da ist der Versuch gemacht worden — ich betone, der Versuch —, die Kräfte der Arbeiter-

chaft einheitlich zusammenzufassen, die Gewerkschaften und die Partei zu einer einheitlichen Aktion zu bringen. Der Ausdruck dieser Bestrebungen war die Bildung des Oltener Aktionskomitees, das in dieser Frage als bevollmächtigter Ausschuß die Arbeiterschaft vertreten hat. Das Oltener Aktionskomitee hat nicht immer gute Tage gehabt und ich nehme an, es werde auch heute keinen guten Tag haben (Heiterkeit). Man hat ihm verschiedene billets doux geschickt und wollte ihm nicht einmal Zeit lassen, sein Testament zu machen. Wir sind aber der Meinung, es entspreche immerhin dem Interesse der Sache, vor diesem Kongresse das einanderzusehen, was unsere Auffassung ist. Wir können daran erinnern, daß es ein gewaltiger Irrtum ist, zu glauben, es hänge von einem kleinen Komitee ab, soll eine Massenbewegung ausgelöst werden können. Ich leugne selbstverständlich nicht, daß sehr viel von der Leitung einer Organisation abhängt. Auch ich habe nie mit der Kritik gespart und ich würde es als ungeziemend erachten, wenn ich selbst nicht Kritik annehmen wollte. Aber das eine ist doch zweifellos richtig, daß das Aktionskomitee in seiner ganzen Tätigkeit nichts anderes gewesen ist, als der Ausdruck der Gesamtstimmung, wie sie in der Arbeiterschaft vorhanden war, mit all ihren Strömungen, mit all ihren Schichtungen, mit all der Verschiedenheit der Auffassungen. Darum wäre es verkehrt, wenn man den Glauben hegen würde, daß es von einem kleinen Komitee abhängt, eine Bewegung auszulösen oder nicht.

Wenn wir die Zeit, die hinter uns liegt, wenn wir dieses halbe Jahr durchgehen, so ist zu sagen, daß auch die Aktionen des Oltener Aktionskomitees und der Organisationen, die hinter ihm stehen, nicht so ganz ohne Erfolg gewesen sind. Ich behaupte, daß es das erstmal seit dem Ausbruch des Krieges war, daß die Arbeiterschaft so geschlossen, so einheitlich und so kampfwillig zusammengestanden ist, wie im Kampf gegen die Zivildienstpflicht. Ich behaupte, daß jener Kampf der Arbeiterschaft einen vollen, restlosen Erfolg eingetragen hat. Ich brauche nicht auf die Details einzugehen. Sie wissen, daß die Zivildienstvorlage verabschiedet worden ist, daß man es bis jetzt wenigstens nicht gewagt hat, damit wieder zu kommen.

Gewiß haben wir nicht vermocht, in der Frage des Milchpreises die ganze Preiserhöhung abzuwälzen; aber wäre nicht die Aktion der Arbeiterschaft gewesen, vertreten durch unser Komitee, dann würde wahrscheinlich heute der Milchpreis höher sein als er ist. Bei dieser Aktion war ein Teilerfolg zu verzeichnen, einer jener Teilerfolge, mit denen sich auch unsere Gewerkschaften in den meisten Fällen zufrieden stellen müssen, weil es auch bei ihnen nicht möglich ist, alle ihre Forderungen auf einmal durchzusetzen, und sie die Chancen abzuwägen haben, die für die Fortführung des Kampfes oder für die Sicherung des Erreichten sprechen. Ich erinnere aber noch an einen andern Erfolg, der mir wichtiger erscheint als alles andere: daß es uns gelungen ist, mit den Verbänden des eidgenössischen Personals in engere Fühlung zu kommen. Die Per-

sonalverbände sind heute in unserem Aktionskomitee vertreten. Sie haben eine Delegation an unsern Kongreß geschickt, das Personal ist jetzt entschlossen, Hand in Hand mit der Arbeiterschaft zu marschieren (Beifall). Es ist eben nicht damit getan, daß es uns gelingt, eine kleine Gruppe kampffreudiger, aufopferungsfreudiger und tüchtiger Genossen zu haben. Unsere Aktion wird nur dann von Erfolg begleitet sein, wenn es uns gelingt, die Solidarität der Arbeiterschaft zu einer vollständigen zu machen, alle die Elemente zu sammeln, die kraft ihrer Klassenlage zu uns gehören, die aber kraft ihrer geistigen Auffassung noch nicht so weit sind, die Solidarität praktisch zu betätigen. Hätten wir das Aktionskomitee nicht gehabt, hätten wir diese zusammenfassende Instanz von Partei und Gewerkschaften nicht eingeseht, dann wäre auch dieser Erfolg uns nicht beschieden gewesen und wir würden vielleicht nicht in der Lage sein, Ihnen heute zu beantragen, in den Kampf einzutreten, wenn der Bundesrat nicht größere Zugeständnisse macht bezüglich der Forderungen, die wir ihm eingereicht haben.

Wenn man auf dem Boden steht, daß das **K a m p f m i t t e l** nicht das **K a m p f z i e l** ist, und man den Kampf nicht um des Kampfes willen führt, sondern um der Arbeiterschaft zu helfen, um ihr zu ermöglichen, sich in dieser bitteren Zeit halbwegs zu halten, wird man objektiv sagen müssen, daß gemessen an den Kräften, die zur Verfügung gestanden haben, gemessen an dem Entwicklungsgrade unserer schweizerischen Arbeiterbewegung bestimmte positive Resultate erzielt werden konnten. Die hinter uns liegenden Erfahrungen drängen aber zu einer Vereinheitlichung unserer Aktion. Was wir in diesen sechs Monaten gelernt haben, legt den Schluß nahe, die angebahnte Zusammenfassung noch schärfer zu entwickeln und dafür zu sorgen, daß nach und nach eine vollständige Einheit in der Bewegung entsteht.

Damit gehe ich zu unserer künftigen Aktion über. Wie soll sie sich gestalten? Ich stelle fest, daß unsere Forderungen, die wir konkret zu formulieren haben, immer vom Stand des Entwicklungsprozesses im allgemeinen abhängig sein werden. Wir haben den Kampfboden zu untersuchen, ein richtiges Verhältnis zwischen Forderung und Kampfmittel, zwischen Ziel und Weg herzustellen, und als Richtschnur zu gelten hat die Frage, wie es möglich ist, uns nicht nur absolut, sondern im Sinne der sozialistischen Entwicklung vorwärtszubringen.

Wenn wir unsere Lage gegenüber der unserer Gegner objektiv betrachten, sind wir uns selbstverständlich der Schwierigkeiten bewußt, die für die Landesversorgung durch den Krieg entstanden sind. Es ist uns nicht unbekannt, daß die Zufuhren zum Teil ganz aufgehört haben, zum Teil erheblich zurückgegangen sind; es ist uns nicht fremd geblieben, daß die Fabriken und Gewerbe nicht mehr im Besitze aller früherer Produktionsmittel und Rohstoffe geblieben sind. Wir wissen, daß die Exportmöglichkeiten sich verschlimmert haben und daß durch den Stand der Weltmarkt-

preise selbstverständlich auch die Lebenshaltung in der Schweiz beeinflusst wird. Ebenso selbstverständlich ist es — das soll hier in aller Offenheit betont werden —, daß man von den Behörden nicht alles erwarten kann. Abgesehen davon, daß es in der heutigen Welt keine Genies gibt, ist es klar, daß eine bürgerliche Regierung nicht erfüllen kann, was die sozialistische Politik fordert. Aber ebenso klar ist für uns — und ich möchte das unterstreichen —, daß wenn nun die objektiven Schwierigkeiten, die im Export, die in den Produktionsmöglichkeiten, die im Import und in der Preisbildung bestehen, als Vorwand benützt werden, wie das bisher immer der Fall gewesen ist, um das zu unterlassen, was im Interesse der breiten Schichten der Bevölkerung auf dem Boden der gegenwärtigen Verhältnisse getan werden kann, daß wir uns wehren und mit aller Macht dagegen Stellung nehmen müssen. Auch eine bürgerliche Regierung, wenn sie sich nicht vollständig einseitig durch das nackte kapitalistische Profitinteresse leiten läßt, ist imstande, dem konsumierenden Publikum und der Arbeiterschaft in viel weitergehender Weise entgegenzukommen als es bisher der Fall gewesen ist.

Wie wir auf der einen Seite die objektiven Schwierigkeiten und auch den Mißbrauch, der mit ihnen von Seiten unserer Gegner getrieben wird, erkennen, ebenso bleibt uns auch die prinzipielle und taktische Situation nicht verborgen, in der wir uns selbst befinden. Es kommen hier zwei Momente in Frage: jene gefühlsmäßige Stimmung, erklärlich aus der Not der Zeit, jene Stimmung, die eben nur Gefühl ist, die keine Distanz, kein Augenmaß für gewisse Tatsachen besitzt, und das andere: der starke Reflex der russischen Revolution auf unsere Arbeiterbewegung. Hinter beiden Momenten steht schließlich weiter ein grundsätzlicher Gegensatz: jener feste unerschütterliche Glaube, daß es möglich sei, auf dem Gebiete der Schweiz, unbekümmert um die Verhältnisse um uns herum, gleichsam als eine Nase inmitten der kriegsführenden Welt und inmitten der kapitalistischen Länder, den Sozialismus verwirklichen zu können, während eine andere Richtung der Meinung ist, daß das nicht möglich sei.

Da ist es notwendig, sich Klarheit zu verschaffen, soweit man nicht bloß dem idealen Schwung zugänglich ist, sondern eine starke Dosis gesunden wird. Man wird dann erkennen, daß es eigentlich unverantwortlich ist, wenn behauptet werden will, unsere Struktur in der Schweiz sei dieselbe wie in Rußland, weswegen man Kampfmittel, Kampfform und Kampfziel ohne weiteres auf unsere Verhältnisse übertragen könne. Die historische Situation ist doch eine grundverschiebene. Noch größer ist die Verschiedenheit in der Zusammensetzung der Bevölkerung. Wir hatten eine Strömung in der Arbeiterbewegung, die das übersah und uns predigte, wir sollten den Kampf gegenüber den Bauern mäßigen, nicht deswegen, weil sie uns sonst keine Lebensmittel schiden, sondern weil wir sie zu Sozialisten machen müßten. Es kam eine Zeit, wo man uns erklärte, so wie in Rußland Bauern und Arbeiter zusammenstehen, so

wie es dort schon 1905 Arbeiter- und Bauernräte gab, so müßten wir dazu kommen, die Bauern zu uns herüberzuziehen, um gemeinsam mit ihnen den Kapitalismus aus den Angeln zu heben. Nichts ist irriger als diese Meinung. Unsere Agrarwirtschaft hat ihre kapitalistischen Gesetze. Infolge des ausgesprochenen Kleinbetriebes haben sich diese Gesetze nicht so früh ausbilden können wie das anderwärts der Fall ist, aber wenn Sie die heutige Situation so nehmen, wie sie ist, so würden Sie finden, daß die Entwicklung sich im allgemeinen in der schweizerischen Landwirtschaft nicht anders macht und einen ausgesprochen kapitalistischen Charakter aufweist. Jahre und Jahrzehntlang hat jeder Krämer, jeder Kaufmann, jeder Fabrikant, jeder Finanzier die Konjunktur ausgenützt und haben sich bei günstiger Konjunktur für das erholt, was sie in frühern Jahren eingebüßt haben. Das gleiche tun heute die Bauern. Das ist vom kapitalistischen Standpunkt aus durchaus in Ordnung. Weil das so ist, ist es falsch zu glauben, wir könnten jene Solidarität der Bauern und Arbeiter herstellen wie in Rußland. In Rußland besteht jene Solidarität deswegen, weil die russischen Bauern durch die Revolution Land bekommen; bei uns ist die Meinung der Bauern, daß die proletarische Revolution sie des Landbesitzes beraube. Wer diesen Unterschied übersteht, der hat keinen Blick für die Tatsachen, mit denen wir zu rechnen haben.

Ich verweise auf andere Unterschiede, so in der Mentalität der Kämpfer selbst. Glauben Sie, es wäre möglich gewesen, in Rußland eine Revolution durchzuführen mit der Auffassung, der wir noch in allen größern Gewerkschaften begegnen, wo es heißt: Wir nehmen den Kampf auf, gehen hinaus auf die Straße, legen den Betrieb still, bis unsere Forderungen bewilligt sind, aber — unter fünf Franken Streikunterstützung machen wir nicht mit? Es hat in Rußland keine Streikunterstützung von fünf Franken gegeben, aber das russische Proletariat hatte eine jahre- und jahrzehntelange Schule der revolutionären Tätigkeit hinter sich. Es hatte eine Aufopferung bewiesen, deren bei uns der größte Teil der Arbeiterschaft leider noch nicht fähig ist.

Endlich ist zu sagen, daß bei der Beurteilung unserer Verhältnisse die Richtigkeit des Satzes, den der Sprechende in der Militärdiskussion vor zwei und mehr Jahren aufstellte, sich bestätigt: Daß es nicht wahr ist, daß die Arbeiterschaft des einen Landes ohne Rücksicht auf die internationale Lage und ohne Rücksicht auf die revolutionäre Stimmung in der Arbeiterklasse der andern Länder einfach vorangehen kann. Wir sind damals bekämpft worden, heute erleben wir es, daß vor zwei oder drei Tagen eine Meldung durch die Presse ging über eine Rede des Genossen Lenin, in der Lenin erklärt, daß die russische Revolution nur gehalten und gerettet werden könne, wenn die gesamte Arbeiterklasse der andern Länder mit in den Kampf hineingeht. Wenn wir vorwärtsgehen wollen, hängt es nicht nur davon ab, wie kleine revolutionäre Klubs in der Schweiz oder wie wir alle in der Schweiz denken, sondern es hängt tatsächlich vom

Stand der internationalen revolutionären Stimmung ab. Wer das bestreiten will, der wäre vielleicht auf die Ereignisse in Finnland aufmerksam zu machen, wo eine blühende prächtige Bewegung erdroffelt wird, weil im Ausland eine wirksame Unterstützung dieser Bewegung fehlt.

Darum sage ich, daß man weder die Ziele noch die Kampfmittel blindlings von einem Land auf das andere übertragen darf. Dazu kommt, daß wir in einem Lande leben, das sich ökonomisch nicht selbst erhalten kann, in einem Lande, wo bei Bewegungen, die der einen oder andern Mächtegruppe mißfallen, die Grenzen gesperrt werden können und die Lage zur äußersten Verzweiflung getrieben werden kann. Alles das haben wir zu berücksichtigen, wenn wir uns über das klar werden wollen, was zu tun ist. Das gilt sowohl in bezug auf die Mittel als auf die Forderungen. Bei dieser Gelegenheit eine Bemerkung im Namen des einstimmigen Aktionskomitees. In einem Artikel des Volksrechts ist gesagt worden, daß dieser Kongreß die bisherigen Organisationen ohne weiteres ihrer Kompetenz entkleide, ihres Entschließungsrechtes beraube und dieser Kongreß die einzige zuständige Instanz für das sei, was in gemeinsamen Aktionen durchgeführt werden müsse. Das Aktionskomitee hat mich beauftragt, zu erklären, daß es sich nicht auf den Boden dieser Auffassung stellen kann. Wenn wir auch selbstverständlich ein Zusammenwirken brauchen und der Meinung sind, Partei und Gewerkschaften müßten sich inniger zusammenschließen, so wäre es verhängnisvoll zu glauben, mit einem solchen Kongreß wäre alles andere überflüssig und dieser Kongreß die einzig maßgebende Instanz für die Führung des gemeinsamen Kampfes sei.

Man vergißt häufig, daß die Taktik der Propaganda nicht die Taktik der Aktion ist, daß das, was wir propagandistisch aufstellen und verwerten, das, was wir an Agitation leisten, um die geistige Bildung der Massen zu beschleunigen und zu erweitern, häufig mit dem verwechselt wird, was konkret, taktisch möglich ist. Es sind in den letzten Jahren mehrmals Forderungen aufgestellt worden, die richtigerweise erst aufgestellt werden können, wenn die Bewegung ihren Gipfelpunkt erreicht hat. Ich nehme ein Beispiel aus der Geschichte: die Frage der Steuerverweigerung, die in allen revolutionären Kämpfen eine wesentliche und große Rolle gespielt hat. Nie haben wir es in der Geschichte erlebt, daß man im Anfang des Kampfes die Steuerverweigerung als äußerste Forderung bereits aufgenommen hätte. Sie mußte entsprechend der Situation erst aus der revolutionären Stimmung herauswachsen, man konnte die Endforderung nicht an den Anfang der Bewegung setzen. Dasselbe sehen wir in Rußland. Nehmen Sie das, was dort im Anfang der Bewegung als unmittelbares praktisches Kampfziel aufgestellt worden ist, nehmen Sie das, was später im Verlauf der Bewegung als weitergehende Forderung aufgenommen worden ist, so werden Sie die Differenz sehen und zur Ein-

sicht kommen, daß es nicht gleichgültig ist, in welchem Verhältnis die Forderungen zu den Aktionsmitteln stehen.

So sind wir im Aktionskomitee immer dazu gekommen, zu erklären, daß unsere Forderungen der Situation der Arbeiterklasse entsprechen müssen. Es genügt auch nicht, an sich richtige Forderungen aufzustellen, von denen man erwarten kann, daß sich ein Teil der Bewegung dafür einsetzt und begeistert, während der andere Teil zurückbleibt und nicht weiß, wofür man eigentlich kämpfen soll. Daraus ist die Verwirrung in der Arbeiterschaft erklärlich, vor der wir vielfach standen. Gelingt es uns aber, Forderungen aufzustellen, die dem ernstesten Arbeiter verständlich sind, wobei jeder Arbeiter begreift, daß es sich lohnt, zu kämpfen und sich einzusetzen, so wird diese Verwirrung vermieden. Warum sind wir in unsern Aktionen so häufig gescheitert, warum hat der Bundesrat immer wieder erklären können, wir sollen es unterlassen, vom Generalstreik zu reden, weil die Arbeiter längst nicht so weit seien? Aus dem einfachen Grunde, weil bis jetzt alle die Zehntausende von Leuten, die auch Arbeiter sind, denen es so schlecht oder vielleicht noch schlechter geht als den Organisierten, nicht begriffen haben, daß sie nur im Kampfe bestimmte Resultate erzielen und ihre Interessen fördern können. Deswegen steht das Aktionskomitee auf dem Standpunkt, daß wir in der Formulierung unserer Forderungen von den praktischen Verhältnissen auszugehen und wir das zu fordern haben, was in der Arbeiterschaft begriffen wird, so daß eine geschlossene Masse dasteht. Wenn die Situation sich weiter entwickelt, wenn die Massen weiter revolutioniert werden, so sind unsere Forderungen Schritt für Schritt zu erweitern.

Aus diesen Erwägungen heraus sind wir zu unserer Eingabe vom 22. Juli 1914 gekommen. Es ist wohl überflüssig, die einzelnen Forderungen hier zu begründen. Vor diesem Forum sollten sie selbstverständlich sein. Nur einige kurze Bemerkungen seien gestattet. Was einmal das Versammlungsverbot betrifft, so ist dessen Bedeutung vielleicht in der Arbeiterschaft nicht überall richtig verstanden worden. Der ganze Juli-Erlaß des Bundesrates, der die Kantonsregierungen ermächtigt, mit den verfassungsmäßigen Rechten aufzuräumen, bedeutet nichts anderes als die Anwendung jener perfiden Taktik, durch die man die Arbeiterschaft stückweise zerreißt, und zwar gerade dort, wo der Kampf am nötigsten wäre. Welche Regierungen werden denn von diesem Versammlungs-, Demonstrations- und Zeitungsverbot Gebrauch machen? Es sind selbstverständlich nicht jene Regierungen, die Angst haben müssen, daß ihnen das Regieren unmöglich gemacht wird, wenn sie es zu hantreiben, sondern die Regierungen jener Kantone, in denen die Arbeiterschaft schwach ist, sich in verzweifelter Lage befindet und wo Verzweiflungsausbrüche vorkommen, weil die Arbeiterschaft nicht mehr imstande ist, sich zu wehren. Aber abgesehen von diesen Überlegungen sind es demokratische und sozialistische Empfindungen, die uns sagen, daß wir

uns nicht dazu hergeben dürfen, ein derartiges Verbot widerspruchsflos und kampflös hinzunehmen. Da hat nun allerdings die Arbeiterschaft Grund zu sagen: Wenn wir uns das bieten lassen, dann brauchen wir uns nicht zu wundern, wenn die Behörden sich noch viel mehr herausnehmen und uns die Hände schließlich vollständig gebunden werden.

Ebenso verhält es sich mit der Frage der *Deserteure* und *Refraktäre*. Ich brauche darüber keine weiteren Worte zu verlieren. Wir werden noch auf einige Punkte bei der Antwort des Bundesrates zu sprechen kommen.

Was die ökonomischen Forderungen betrifft, so sind sie zum Teil schon längst aufgestellt worden: Ernährungsamt, Rationierung, Einheitspreis und Einheitsware. Dabei gehen wir von der Auffassung aus, daß wenn schon rationiert wird, es nicht so sein darf, daß wer einen größeren Geldbeutel hat, sich bessere Ware anschaffen kann als der Unbemittelte. Wird rationiert, so soll der Reiche nicht besser leben als der Arme, er soll Nahrung bekommen wie der Arme und keine Privilegien genießen. Wir fordern ferner die Konzessionierung des privaten Großhandels, unter Kontrollierung der Preisbildung durch die Arbeiter. Nur dadurch wird es gelingen, der Preistreiberei und dem Schieberum wirksam entgegenzutreten. Es ist unglaublich, was heute noch für Gewinne gemacht werden. Noch unlängst hat mir ein bürgerliches Behördemitglied erklärt, es verstehe von der Sache nichts mehr, heute sei es tatsächlich so, daß unter dem organisierten System des Bundes noch größere Gewinne erzielt werden, als vor dem Kriege die ganze Ware überhaupt wert gewesen sei. Wenn wir nicht zu einer Konzessionierung und Beaufsichtigung des Handels übergehen und später, wenn die Verhältnisse reif sind, schließlich zur Verstaatlichung der wichtigeren Industrien und Großhandelszweige, so wird der Wucher und die Preistreiberei weiter überhandnehmen und die Arbeiterschaft wird schließlich verelenden.

Wir verlangen ferner, daß die Arbeiterschaft selbst die Möglichkeit habe, die Bevölkerung mit Hausbrandkohle zu versorgen. Diese Forderung entspringt der Erwägung, daß der Bund zwar rationiert, daß er aber den ganzen Profit den größeren und Kleinern Händlern zukommen läßt. Warum soll nicht die Arbeiterschaft, sei es durch eigene Organisation, sei es, wie wir es in Bern versucht haben, durch das Mittel der sozialistischen Gemeinde, ein beschränktes Monopol für die Einfuhr der Hausbrandkohle bekommen, die Preise wesentlich reduzieren und dafür für eine gleichmäßige und billige Kohlenversorgung Sorge tragen? Auch dieses Postulat ist realisierbar, wenn der Bundesrat nicht das Interesse der paar Großkohlenhändler über das Interesse der breiten Schichten der Bevölkerung stellt. Bei den heutigen wahn sinnigen Kohlenpreisen ist es selbstverständlich, daß die Arbeiterschaft alles Interesse hat, hier Wandel zu schaffen. Eine Regelung im Sinne unseres Vorschlages ist möglich.

Wir fordern endlich die Errichtung von Lohnämtern und die allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit, wobei wir bemerkt davon abgesehen haben, uns auf die starre Formel des Achtstundentages festzulegen, weil wir der Meinung sind, daß je nach den Verhältnissen in Industrie und Gewerbe die unbewegliche Formel nicht anwendbar sei. Ferner verlangen wir die Subventionierung des kommunalen Wohnungsbaues und endlich nehmen wir die Forderungen des eidgenössischen Personals auf.

Was das eidgenössische Personal betrifft, so möchte ich erklären, daß wir seine Forderungen nicht nur deswegen aufnehmen, weil sie berechtigt sind und wir alle wissen, wie notwendig gerade bei den Bundesbahnen die Verwirklichung des Achtstundentages ist. Wir glauben auch, auf diesem Wege bekomme die Bewegung in den privaten Betrieben einen starken Anstoß und es kann uns nicht gleichgültig sein, ob 40,000—50,000 Bundesbahner den Achtstundentag haben oder neun und mehr Stunden arbeiten.

Das sind die infolge der Zeit kurz zusammengefaßten 11 Forderungen, die wir aufgestellt haben. Es könnten noch andere aufgestellt werden. Man sollte sich aber vorläufig auf dieses Programm beschränken. Ihr Entscheid bleibt selbstverständlich vorbehalten. Nun haben wir die Ueberzeugung, daß alles das, was hier an Forderungen aufgestellt worden ist, erfüllt und verwirklicht werden kann auf dem Boden der heutigen Verhältnisse. Um den Kampfwillen zu dokumentieren, um den Gegnern zu zeigen, daß es der Arbeiterschaft mit ihrem Kampfwillen ernst ist, haben wir nicht gezögert, diese Forderungen sofort dem Bundesrat zu unterbreiten, um für den heutigen Tag eine klare Antwort zu bekommen. Die Antwort ist Ihnen gedruckt ausgeteilt worden. Im Bundeshaus hieß es, sie sei versöhnlich gehalten, aber diese Versöhnlichkeit ist doch eigentlich nur ein Spiel im Proszenium, während die Sache hinter den Kulissen etwas anders aussieht. Aus den langen Ausführungen, wohlwollend in der Form, wenn man will, nichts sagend in ihrem Inhalt, ergibt sich nichts anderes als das glatte Nein vom ersten bis zum letzten Punkt. Positiv ist der Bundesrat nur im Negativen, dort wo er ablehnt.

Er erklärt, er bedaure, den Juli-Erlaß betreffend das Versammlungsverbot nicht aufheben zu können. Der Beschluß ordne keine Maßnahmen an, er übertrage lediglich den Kantonen die Kompetenz, im Interesse der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung gewisse Vorkehrungen zu treffen. Das heißt ungefähr: Wir hängen euch nicht, sondern überlassen es freundlichst den 25 Kantonsregierungen, ob sie es tun wollen oder nicht. Das ist der Tenor dieser Wendung. Weiter erklärt der Bundesrat väterlich, wenn ihr euch wohl verhält, nicht auf die Straße geht, nicht demonstriert, keine Dummheiten macht, so geschieht euch gar nichts und der Beschluß wird niemals angewendet. Nun verstehen wir die Sache allerdings anders. Wir fordern von den Behörden eine Zurücknahme des

Erlasses, weil er nichts anderes bedeutet, als die Unterbindung der proletarischen Aktionen. Wir können uns nicht dazu verstehen, daß durch einen Beschluß von sieben Diktatoren das vernichtet werde, was als geheiligtes Recht in der Verfassung niedergelegt ist. Man könnte ja übrigens den Spieß auch umdrehen. Erklärt der Bundesrat, wenn wir uns wohl verhalten, so geschehe uns nichts, das Verbot werde nicht angewendet, so könnten wir fragen, ob es nicht eigentlich am Volke wäre, seinen Dienern derartige Verhaltensmaßregeln zu geben. Es wäre an ihm, an den Hunderttausenden, den sieben Herren gegenüber in solcher Sprache zu reden und nötigenfalls die ultima ratio populorum anzudrohen.

In diesem Punkt ist das Aktionskomitee ebenso einig wie im zweiten, wo vom Bundesrat in klassischer Weise erklärt wird: „Der Bundesratsbeschluß über die Zurückweisung der fremden Deserteure und Refraktäre wurde in Uebereinstimmung mit den ausdrücklichen Willensäußerungen des Parlaments erlassen. Der Bundesrat glaubt sich schon deshalb nicht befugt, zurzeit auf diesen Gegenstand zurückzukommen.“ Der Bundesrat, der sich plötzlich hinter das Parlament verschanzt und erklärt, er sei nicht befugt, hier irgend etwas zu unternehmen, findet dann die klassische Wendung: „Dagegen sind die ausführenden Organe angewiesen, im Interesse der Menschlichkeit in der Handhabung der zulässigen Ausnahmen weit-herzig vorzugehen“. Darin liegt doch das Zugeständnis, daß der Wille des Bundesrates ein unmenschlicher, ein barbarischer ist und daß der Bundesrat nur ausnahmsweise menschlich sein will. Diese Art der Menschlichkeit wird die Arbeiterschaft nicht verstehen, sie wird es nicht länger dulden wollen, daß Leute, die, angeekelt vom Krieg, eine Heimstätte in der Schweiz suchen, wieder zurückgestoßen werden über die Grenze, einem ungewissen Schicksal, ja dem Tode entgegen, deswegen, weil ein paar Spießer in der Schweiz Ruhe haben wollen. Wenn der Bundesrat sich auf das Parlament beruft, so soll er sich auch auf jenes Schuldbekennnis der Pfahlbürger berufen, die diese Initiative eronnen haben und nachträglich erklärten, so hätten sie die Sache nicht gemeint, so unmenschlich hätten sie nicht sein wollen. Dieses Kanzleiprodukt muß der Bundesrat zurücknehmen, weil es ein Erlaß der Unmenschlichkeit und Barbarei ist. (Sehr richtig.)

In bezug auf die ökonomischen Fragen wird überall erklärt, man werde die Sache prüfen, aber nichts Gewisses weiß man nicht. Interessanterweise erklärt der Bundesrat bezüglich des Ernährungsamtes: „Die Durchführung stößt jedoch auf sehr große Schwierigkeiten, indem es bis jetzt nicht gelungen ist, eine für die Leitung dieser Organisation passende Persönlichkeit zu gewinnen“. Weil der Bundesrat also unter den 4 Millionen Schweizern angeblich keine Person findet, die in der Lage ist, den Ernährungsdienst zu organisieren, deswegen sollen 4 Millionen unter der bisherigen Schlamperie weiterleben. Wenn er niemand zur Leitung des Amtes findet, so liegt das vielleicht daran, weil dem Ernährungsamt keine entscheidende Gewalt zukommt und immer zuerst das Konsortium der sieben

Bundesräte, diese Schildträger der Aktienkompanie der schweizerischen Nation angefragt werden sollen, damit keine kapitalistischen Interessen verletzt werden. Es handelt sich hier wahrscheinlich weniger um die Person als um die Profitfrage. Das ist der springende Punkt, für uns kein Grund, um auf die Forderung zu verzichten, sondern ein Grund mehr, um sie im Gegenteil erst recht aufrechtzuerhalten. Der Bundesrat erklärt, er würde, wenn ein Beirat zum Ernährungsamt eingeführt werde, auch der Arbeiterschaft eine Vertretung einräumen. Als Beispiel führt er namentlich unsere Vertretung in der Notstandskommission und in der Obst- und Kartoffelkommission an. Da antworten wir ihm, daß wir auf derartige Vertretungen, wo näher die bürgerlichen Herren doch beschließen, was den kapitalistischen Interessen entspricht, verzichten, daß wir auf eine Notstandskommission verzichten, die man monatelang nicht besammelt und die in Wirklichkeit das fünfte Rad am Wagen ist. Wenn der Bundesrat heute noch nicht begriffen hat, daß die Arbeiterschaft einen maßgebenden Einfluß zu beanspruchen hat, so muß ihm das begreiflich gemacht werden, und zwar, wenn es nicht anders geht, mit dem letzten und schärfsten Mittel, mit dem Streik.

Ich will mich der Kürze der Zeit halber auf die weiteren Fragen nicht einlassen, die Antwort des Bundesrates liegt Ihnen gedruckt vor. Nur noch die etwas stark anmutende Wendung zu dem Postulat 10, daß der Bundesrat nicht in der Lage sei, den kommunalen Wohnungsbau zu unterstützen, weil er große Ausgaben für die Landesverteidigung zu machen genötigt sei, mag hervorgehoben werden. Ich meine, wenn man Millionen und aber Millionen, wenn man mehr als eine halbe Milliarde für die Landesverteidigung ausgeben kann, so sollte sich der Bundesrat schämen, zu erklären, er habe keine 20 oder 50 Millionen, um die Arbeiter aus ihren Wohnlöchern herauszunehmen und ihnen eine anständige Unterkunft zur Verfügung zu stellen. Auch das ist eine Ausflucht, wie in andern Punkten der Antwort. Bezüglich des Punktes 11, der die Begehren des eidgenössischen Personals betrifft, stelle ich fest, daß die Antwort über die Nachtsteuerungszulage keine Zugeständnisse macht. Zwar wird ein Vorschuß in Aussicht gestellt, aber er geht nicht auf Rechnung der zukünftigen Steuerungszulage, sondern auf Rechnung des gewöhnlichen Monatslohnes, so daß diese Antwort einer Ablehnung der Forderung gleichkommt. Ich nehme an, der Förderativverband werde die Sachlage zu würdigen wissen.

Wir haben selbstverständlich nicht erwartet, daß alles, was wir an Forderungen aufgestellt haben, von heute auf morgen verwirklicht werden könne. Wir sind dazu viel zu praktische Leute. Aber das glaubten wir annehmen zu dürfen, daß die bürgerlichen Kreise den Ernst der Situation vielleicht doch nach und nach begreifen und verstehen würden, daß wenn die Lage sich so weit entwickelt, es nicht nur der Arbeiterschaft, sondern auch ihnen an den Fragen geht. Als Antwort haben wir, wie gesagt, Aus-

flüchte, nicht eine positive Antwort, sondern eine Parade schöner Worte erhalten.

Das Aktionskomitee ist einstimmig der Ansicht: auf diese Antwort gibt es nichts anderes als den Streik; den Streik in der Meinung, daß uns ein paar Tage Zeit gewährt werden müssen, ihn vorzubereiten, und daß wir inzwischen versuchen, nochmals mit den Behörden Fühlung zu nehmen. (Dhoruse.) Jawohl, Genossen, Sie können nicht heimgehen und sagen: Heute abend um 12 Uhr bricht der Streik aus, selbstverständlich nicht, darüber wird man sich schon noch auseinandersetzen haben. Darum der Antrag des Aktionskomitees, der klar und deutlich sagt, wenn der Bundesrat nicht unberzüglich genügende Zugeständnisse macht, so würde die Verhängung des allgemeinen Landesstreiks erfolgen. Ich glaube, das sei klar und deutlich und werde von der Arbeiterschaft wie von den Gegnern verstanden.

Wir haben ferner die Auffassung, es sei an den Föderativverband des eidgenössischen Personals, an alle die Verbände, die von diesen Forderungen gemäß ihrer Resolution vom letzten Dienstag gemeinsam mit uns führen, daß es in einem Moment, wo die ganze Arbeiterschaft in Reih und Glied steht, keine Separatverhandlungen gibt, sondern alles weitere durch die von der Arbeiterschaft gewählte Vertretung zu geschehen habe. Dann erst werden wir einen Rückhalt finden, dann erst wird die Hilfe, die wir von jener Seite zu erwarten haben, sich recht auswirken können im Interesse des Fortschrittes bei der Arbeiterschaft der privaten Betriebe.

Ich komme zum Schluß. Wir sind uns der Tragweite der Sachlage durchaus bewußt, sind uns auch bewußt, warum wir den Antrag gestellt haben, es seien die Tage, die wir zur Vorbereitung der Aktion nötig haben, gleichzeitig noch auszunützen, um einen letzten Verhandlungstermin herbeizuführen. Mit vollem Bewußtsein erklären wir: jetzt oder nie ist der entscheidende Augenblick da, klar und nüchtern die Situation zu betrachten und den Glauben unserer Gegner zu zerstören, als ob der Arbeiter der Schweiz gleich wie die Arbeiter im Auslande langsam verhungern wolle, um die Schlemmer im eigenen Lande zu erhalten. Darin sollen sich unsere Gegner täuschen. Sie sollen wissen: wenn wir von Streik reden, so ist es nicht eine leichtfertige Phrase, sondern es ist uns bitter ernst. Werden unsere Forderungen nicht erfüllt, so wird der Streik kommen, und wenn dieser kommt, so wird es nicht so gehen, wie unsere Bauernführer und der Bundesrat wiederholt in Verhandlungen gesagt haben: „Laßt das Ding nur einmal los, in 2—3 Tagen wird der Kummel vorbei sein und dann haben wir endlich wieder Ruhe.“ Die Herren vergessen, daß revolutionäre Situationen ihre eigenen Gesetze haben und diesen folgen, die Herren vergessen, daß nicht der Streik die Ursache der Unruhe, sondern die Folge der verkehrten Wirtschaftspolitik ist, das Resultat der zum Teil künstlich herbeigeführten verzweifelten Lage der Arbeiterschaft. Wir

wissen auch, daß große Opfer jedes einzelnen erforderlich sind, daß bei einem solchen Generalstreik — Genosse Schneider wird darüber sprechen — keine Rede davon sein kann, die normale Unterstützung zu beziehen. Wir werden mit Ausperrungen zu rechnen haben. Die Bauern werden uns die Lebensmittelzufuhr sperren und nach dem Streik werden sie uns noch „bestrafen“ wollen durch eine entsprechende Zurückhaltung ihrer Produkte, wobei diese Maßregel um so mehr ins Gewicht fällt, je mehr die Zufuhren aus dem Auslande ausbleiben. Wir wissen, daß Militär bereitgestellt werden wird. Ich spreche es aber hier von dieser Tribüne offen aus, daß es wohl eine selbstverständliche Ehrenpflicht eines jeden Arbeiters im Waffenkleide ist, den Gehorsam zu verweigern, wenn man ihm befiehlt, auf seine Klassenossen zu schießen, eine selbstverständliche Ehrenpflicht, denen nicht zu gehorchen, die ihn als Werkzeug des Kapitalismus, als Werkzeug ihrer diktatorischen Herrschaft verwenden wollen. Der Arbeiter wird wissen, daß er sein Gewehr nicht gegen Arbeiter zu kehren hat, sondern sich mit ihnen solidarisch zeigen muß, da sie mit ihm leiden und kämpfen. (Lebhafte Zustimmung.)

Wir haben auch ermogen, daß sich die Situation unter Umständen mit Bezug auf die auswärtige Politik verschlimmern und verschärfen könnte und wir stehen selbstverständlich auf dem Standpunkt, daß es uns nicht gleichgültig sein kann, wie sich das Ausland zu der Schweiz verhält. Aber alles das, Genossinnen und Genossen, das haben nicht nur wir uns zu sagen, sondern das haben die Gegner sich selbst auch einzugestehen und sie haben zu verstehen, daß es Situationen gibt, wo die Masse erklärt: wenn alles Flehen und Bitten und Betteln, wenn alles Vortragen von Wünschen, von Forderungen und Begehren so schnöde abgewiesen wird, wie es gerade heute wieder in der Antwort des Bundesrates geschieht, so hat schließlich die Geduld ein Ende. Seid ihr nicht in der Lage, uns zu versorgen, wie es im Interesse der Erhaltung unserer Existenz liegt, im Interesse der Erhaltung unserer Kinder nötig ist, was hat dann das Leben eigentlich noch für einen Sinn? Setzt ihr schon alles auf das Spiel, nun wohl! so wisst, daß wir nicht allein langsam zugrunde gehen, daß ihr, die ihr uns zum Neuzerker treibt, mitzukommen habt! (Unhaltender Beifall.)

Graber: Als französischer Berichterstatter kann ich sehr kurz sein. Ich werde keine langen allgemeinen Erwägungen anstellen. Sie sind alle tätige Mitarbeiter, kennen die gegenwärtige Lage der Arbeiterschaft, ihre Ursachen und Wirkungen. Erlauben Sie mir nun, Ihnen drei Punkte anzuführen:

1. Während der vier Kriegsjahre hat sich die kapitalistische Wirtschaftsordnung so entwickelt, wie während des Friedens nicht in 50 Jahren. In allen Ländern hat diese Entwicklung eine Störung des sozialen Gleichgewichts zur Folge gehabt, wie sie in diesem Maße vor dem Kriege nirgends bestanden hat.

2. Die Schweiz befindet sich gegenüber dem Auslande in einer fast vollständigen wirtschaftlichen Abhängigkeit. Schon vor dem Kriege waren

wir dem Auslande abgabepflichtig, doch nicht in dem Maße wie heute. Diese Verhältnisse verpflichten uns, das gegenseitige Kräfteverhältnis abzuwägen.

3. In diesem Augenblick kann in einem Lande, das vollständig vom Auslande abhängig ist, von einer sozialen Revolution keine Rede sein. Wenn sich auch in den andern Ländern die gleiche Störung des Gleichgewichts bemerkbar machen wird, dann ist es unsere Pflicht in der Schweiz, als parallele Seitenbewegung zu wirken. Auf internationalem Gebiete müssen wir aufmerksam sein.

Es ist eine Abwehraktion, die wir im Begriffe sind zu unternehmen. Aber in dieser Abwehraktion haben wir die Pflicht, an die Zukunft zu denken. Wir müssen sie ansehen als den Beginn einer Vorbereitung zu Kämpfen von viel größerer Ausdehnung.

Soviel in allgemeiner Beziehung. Betreffend die Forderungen muß ich etwas mehr sagen, weil die Antwort des Bundesrates noch nicht übersetzt werden konnte. Von der Rücknahme seines Beschlusses, der den Kantonsregierungen die Erlaubnis gibt, die Versammlungen zu verbieten, will der Bundesrat nichts wissen. Er sagt uns, daß wir nur sehr höflich sein und unsere Forderungen in freundlicher Weise aufstellen sollen, damit die Kantonsregierungen keine Veranlassung haben, von den ihnen in dieser Frage erteilten Kompetenzen Gebrauch zu machen. Diese Haltung erinnert stark an den väterlichen Rat des Erziehers, der einem Kinde sagte: Wenn du mir versprichst, diesen Apfel nicht zu essen, dann werde ich dir erlauben, ihn zu verpeisen.

Es ist überflüssig, Ihnen den völlig klaren Standpunkt in der Angelegenheit der Deserteure zu beleuchten. Der Bundesrat erklärt sich außerstande, etwas zu tun, die Aufhebung des Erlasses könne nur die Bundesversammlung beschließen. Er gibt also auch hier eine verneinende Antwort.

Bezüglich des eidgenössischen Ernährungsamtes opponiert der Bundesrat grundsätzlich nicht, er sagt nur, daß Schwierigkeiten in der Personenfrage bestehen. Er verspricht uns ferner, daß die Arbeiterschaft ihrer Stärke gemäß in dem Beirat vertreten sein soll, der diesem Amt beigegeben werde. Er vergißt nur, daß die Bourgeoisie gar kein dringendes Bedürfnis nach einer Vertretung hat, weil sie eben ohnehin die herrschende Klasse ist. Das Proletariat, das sich gegen eine unerhörte Ausbeutung zu verteidigen hat, muß eine viel größere Vertretung, wenn nicht die Mehrheit haben.

Unsere Forderungen betreffend eine bessere Rationierung beantwortet der Bundesrat dahin, daß die Frage geprüft werde.

Ich muß hier erklären, daß diese Antwort in guten Treuen gegeben wurde, im Gegensatz zu der Auffassung, die darin einen mangelhaften Willen sieht. Sie können nicht anders antworten, weil sie nicht anders fühlen können. Hätten sie eine andere Antwort gegeben, so hätte ich

befürchtet, daß es sich um eine Heuchelei handelt. Die negative Antwort zeigt uns eine bürgerliche Regierung in ihrer wahren Gestalt, alle Bedürfnisse und Sorgen der Arbeiterklasse verkennend.

Ich finde die Antwort, die man uns in der Frage der Schokolade gibt, sehr charakteristisch. Man sagt uns, daß man die Herstellung der Luxuschokolade nicht verbieten könne, weil die Fabriken gerade auf dieser Ware ihre besten Gewinne erzielen. Der Bundesrat scheint zu glauben, daß wir gekommen sind, um ein Almosen zu erbitten. Ich muß mit aller Schärfe erklären, daß dem nicht so ist.

Wir verlangen, daß die Waren für alle die gleichen sein sollen, daß alle die gleiche Schokolade zum gleichen Preise essen sollen. Es fehlt hier jedwedes Verständnis für unsere Forderungen. Bezüglich der Kleider wird angenommen, daß die gleiche Lösung getroffen werden könne wie für die Schuhwaren. Die Frage kann in der Tat ähnlich entschieden werden wie bei den Volksschuhen. Bei diesen ist nur ein Fehler: die völlig ungenügende Quantität, die zum Verkaufe gelangt. Es müssen auch Zahlungserleichterungen bewilligt werden, ohne die sich nur die Bürgerlichen Schuhe kaufen können. Die Frage der Konzessionierung des Großhandels wird studiert. Seit vier Jahren befindet sie sich in diesem Stadium des Studiums. Man muß daran erinnern, daß man auch während der vier Kriegsjahre die sanitären Verhältnisse in der Armee studiert. Wenn der Krieg noch zehn Jahre dauert, so werden unsere Soldaten endlich zu der Ueberzeugung kommen, daß sie gegen Epidemien geschützt sind. (Bravo!)

Gegen die Einrichtung der Lohnämter sieht der Bundesrat sich eine Unmenge von Schwierigkeiten aufstürmen. Allein, wenn Schwierigkeiten bestehen, so sind sie nicht unüberwindlich. Der Bundesrat erklärt sich bereit, auch diese Frage zu studieren, namentlich in ihrer Wirkung auf die nationale Produktion. Er scheint nicht zu sehen, daß wir gerade an dieser Forderung mit aller Kraft festhalten müssen. Wenn er die Teuerung bekämpfen will, so können wir auf eine Lohnerhöhung verzichten, um die Situation der Schweiz im internationalen Konkurrenzkampf zu erleichtern. Man gibt uns den Rat, nur Forderungen aufzustellen, die verwirklicht werden können. Aber man unterläßt es, uns zu sagen, ob sie vom bürgerlichen oder vom sozialistischen Standpunkt aus realisierbar sein sollen. Hier ergibt sich eine unvereinbare Differenz.

Für die Unterstützung des Wohnungsbaues versichert man uns aller Sympathien. Es fehlt nichts als das Geld. Jetzt, nachdem der Bundesrat, der Bund ungeheure Ausgaben für die Landesverteidigung gemacht haben, ist es unmöglich, einige Millionen für diese dringende Angelegenheit zur Verfügung zu stellen. Man sieht darin eine Gefahr für den Kurs der eidgenössischen Anleihen. Alles wie vor dem Kriege, nichts hat sich in der Haltung der bürgerlichen Regierung verändert, die sie allen sozialen Forderungen gegenüber einnimmt. Um den Krieg vorzubereiten, hat man

immer Geld, zur Durchführung sozialer Postulate aber nie. Man hat das Geld in Hunderten von Millionen, damit die Menschen einander töten können, zum Schutze der Arbeiter hat man nichts. Die bürgerliche Mentalität hat sich während des Krieges nicht verändert. Der Bundesrat erklärt uns feierlich, in bezug auf die Teuerungszulagen keinen Beschluß fassen zu können, um kein Präjudiz für die Entschlüsse der Bundesversammlung zu schaffen. Einen Tag sagt uns der Bundesrat: „Ich habe die Vollmachten und gebrauche sie auch“, den andern Tag sagt er uns: „Ich kann keine Vorschläge machen“. Die gleiche Haltung finden wir bei allen bürgerlichen Parteien. Einen Tag ist man vollblütiger Demokrat, den andern Anhänger der Generalvollmachten.

Der Bundesrat hat uns auch mitgeteilt, daß die Arbeitszeit Bestandteil eines Gesetzes sei und man die Frage nicht im Widerspruch zu diesem Gesetz lösen könne. Trotzdem sind schon viele Gesetze auf Grund der Vollmachten geändert worden. Wenn der Bundesrat auf das Gesetz verweist, so stelle ich dem die Ueberbürdung der Eisenbahner entgegen.

Zusammenfassend also: Die Antwort des Bundesrates ist eine Arbeit mit ehrlichen Absichten, die uns den Gegensatz der Interessen und der Auffassungen zeigt. Ich bin einer von denen, die es als Dummheit oder als einen Traum betrachten, diese Interessen vereinigen zu wollen. Alles, was wir außer der sozialen Revolution, die uns für den Augenblick unmöglich erscheint, machen können, ist, die Gegner zurückzuweisen. Ich glaube nicht an Kompromisse. Entweder verrät die Bourgeoisie ihre Interessen oder aber wir die unsern. Ich verlange das nicht von uns noch von ihnen.

Die Antwort des Bundesrates ist eine Abweisung, übrigens eine sehr höfliche, weil es sich um überaus anständige Leute handelt. Wenn wir keine Genugtuung erhalten, bleibt uns nichts anderes übrig, als den Streik zu organisieren. Die gegenwärtige Bewegung ist eine ernste Gelegenheit, eine Art Heerschau über unsere Kräfte, eine Verteidigung unserer Klasseninteressen. Die Arbeiterklasse, schlecht genährt, durchlebt eine tiefgehende Veränderung ihrer Psychologie. Sie muß viel unachtsamer gegen alle Ungerechtigkeiten werden. Wer hungert, der hat auch ein viel empfindlicheres Gefühl für alle Ungleichheiten im wirtschaftlichen und sozialen Leben. Nie hat die Arbeiterklasse größeren Abscheu vor der sozialen Ungerechtigkeit empfunden. Wenn unsere Verteidigung nicht methodisch durchgeführt wird, so werden wir eine Spaltung zwischen den Konsumenten und Arbeitern und damit Separataktionen erleben. Es wird eine Entwicklung von außerordentlicher Schwere sein.

Wir haben nur eines zu sagen: Daß der Streik von uns nicht gesucht wird, sondern daß wir zu ihm durch die Umstände gedrängt werden. Der Kampf, der uns bevorsteht, ist eine Pflicht, der wir uns nicht entziehen können. (Starker Beifall.)

Schluß der Sitzung um 1 Uhr.

Nachmittagsfikung

Vorsitzender: Grimm.

Diskussion über den Antrag des Aktionskomitees.

Schwarzenbach = Basel: Man hat dem Aktionskomitee vorgeworfen, es habe nach seiner Gründung die Tätigkeit des Zauderns und Zögerns eingeschlagen, es habe nur Forderungen aufgestellt, die Arbeiterschaft zu Resolutionen aufgerufen. Genosse Grimm hat aber recht gehabt, als er sagte, daß das Aktionskomitee ein Spiegelbild unserer Gesamtbewegung sei. Wie war die Sachlage, als es sich darum handelte, ob die Arbeiterschaft zum Kampf gegen den Milchpreisaufschlag aufzufordern sei? Ueber die Stimmung der unorganisierten Massen war man nicht im klaren. Es war mit Bestimmtheit anzunehmen, daß die große Masse nicht mitmachen werde, und zwar aus dem leicht erklärlichen Grunde, weil die große Masse der unorganisierten Arbeiterschaft von diesem Milchpreisaufschlag nicht betroffen war. Auch war die Stellung des eidgenössischen Personals eine problematische. Dazu kommt, daß die Verbände der Gewerkschaftsverbände ebenfalls zurückgehalten haben. Zu dieser Stellungnahme mögen verschiedene Gründe beigetragen haben, vielleicht aber doch hauptsächlich die Information, die die Genossen bei den Sektionen im ganzen Land herum eingezogen haben. Wenn wir also die Sache objektiv beurteilen, so kommen wir jedenfalls zu der Ueberzeugung, daß das Aktionskomitee damals keine andere Stellung einnehmen konnte. Nun hat Genosse Grimm darauf hingewiesen, daß der Zusammenschluß von Partei und Gewerkschaften noch näher erfolgen sollte. Es ist zweifellos angebracht, daß sich unsere Taktik mit den Verhältnissen ändert. Bei Beginn des Krieges war es die historische Aufgabe unserer Gewerkschaften, die Verbände durch fortwährenden Kampf mit dem Unternehmertum zu stärken. Heute ist es die Aufgabe der Gewerkschaften, sich auch im politischen Kampf mit voller Wucht zu betätigen. Ich weiß nicht, ob das jetzt angeht, aber ich möchte, daß der Kongreß dem Aktionskomitee den Auftrag gebe, diese Frage in Erwägung zu ziehen und gemeinsam mit dem Vorstand des Gewerkschaftsbundes und der Parteileitung Theesen aufzustellen, nach welchen es möglich sein sollte, daß jedes Mitglied einer dem Gewerkschaftsbund angeschlossenen Organisation auch Mitglied der Partei ist.

Das Aktionskomitee hat den Kongreß einberufen, um eine vollständig klare Situation zu schaffen. Dies geschieht, wenn die Arbeiter, die von ihren Klassengenossen zum heutigen Kongreß delegiert sind, hier ihre Meinung unzweideutig zum Ausdruck bringen. Die schweizerischen Gewerkschaften stehen reiflos auf dem Boden der aufgestellten Forderungen. Wir

wissen alle, daß unsere Lage sich von Tag zu Tag verschlechtert, während sich unsere Gegner unglaublich zu bereichern vermögen. Jeder einzelne Arbeiter sieht, daß sich der Bundesrat zum Anwalt des Kapitalismus macht, daß er auch im Rahmen der Möglichkeit nicht Maßnahmen ergreift, um die Lage der Arbeiterschaft zu verbessern. Damit wird die Arbeiterschaft mit Notwendigkeit zur Verzweiflung getrieben. Die eidgenössischen Behörden wissen das. Nun wollen sie dem vorgreifen, indem sie unserer Bewegung durch Ausnahmegeetze Zaum und Zügel anlegen. Da sind wir schon der Ansicht, daß, je eher wir uns dagegen zur Wehr setzen, um so besser wir uns helfen können. Ich bin Delegierter einer Sektion eines schweizerischen Zentralverbandes, aber ich nehme keinen Anstand, zu erklären, daß die gesamte organisierte Arbeiterschaft Basels, ja ich möchte sagen der größern Schweizerstädte der Ansicht ist, daß, wenn die Forderungen, wie sie das Aktionskomitee aufgestellt und dem Bundesrat unterbreitet hat, nicht erfüllt werden, die Arbeiterschaft zum Generalstreik gehen muß, um diesen Forderungen zum Durchbruch zu verhelfen. Wir verlangen aber, daß die Vertreter des eidgenössischen Personals uns hier ebenfalls ihre Ansicht von der Situation unzweideutig darlegen. Wir verlangen auch, daß die Delegierten unserer welschen Kameraden das tun. Wenn je einmal die Worte, die am Schlusse des kommunistischen Manifestes stehen: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“, uns zum Bewußtsein gebracht worden sind, so durch die heutige Situation. Wir hoffen zuversichtlich, daß die Angehörigen des eidgenössischen Personals sich mit uns solidarisieren, daß dieselben ihrer Klassenzugehörigkeit bewußt werden und das tun, was ihr sozialistisches Bewußtsein ihnen auferlegt. Ich möchte hier die Erklärung abgeben, daß wenn die Diskussion uns darüber beruhigt, daß sowohl unsere Kollegen aus der welschen Schweiz als unsere Kollegen aus den eidgenössischen Betrieben mit uns einig sind, wir dem Antrag des Aktionskomitees zustimmen und beim Generalstreik mitmachen werden.

(Anträge der sozialdemokratischen Partei Waadt siehe hinten bei der Abstimmung.)

K o p p = Zürich: Mit den objektiven Ausführungen des Genossen Grimm sind wir im allgemeinen wohl alle einverstanden. Es ist aber noch keinem von uns im Ernste eingefallen, zu behaupten, daß hier die Struktur die gleiche sei wie in Rußland und daß man den Kampf nur auszulösen braucht, um die soziale Revolution zu verwirklichen. Den Antrag des Aktionskomitees, mit dem Bundesrat noch einmal zu verhandeln, lehnt hoffentlich der Kongreß ab. Es ist bis jetzt genug verhandelt worden. Wir halten es für einen Fehler, daß das Aktionskomitee von sich aus dem Bundesrat die Forderungen einsandte; wir werden aber dieselben jedenfalls nicht desavouieren. Zu Punkt 4 hätten wir gewünscht: Hausjuchung nach Hamsterborräten; eine weitere zeitgemäße Forderung wäre gewesen: Reorganisation des Sanitätswesens unter

Mitwirkung und Kontrolle der Soldaten, Abberufung von Oberst Hauser. Ferner: Schädlinge an der Gesamtheit, wie Schieber, Wucherer und Hamster müssen mit Zuchthaus bestraft und ihre Vorräte und gemachten Gewinne konfisziert werden.

Wenn in Zürich der Unmut drastischere Formen annimmt als anderswo, so deshalb, weil hier die wirtschaftlichen Gegensätze markanter in Erscheinung treten als anderswo. Uebrigens geben sich die Organisationen alle erdenkliche Mühe, die Leute von Unbesonnenheiten und Einzelaktionen abzuhalten. Es ist aber unmöglich, jeden einzelnen zu bewachen. Typisch ist, daß zu den bekannten Vorkommnissen in der bürgerlichen Presse öfters die Notiz erscheint: Die Untersuchung ist bemüht, den ausländischen Einfluß festzustellen. Trotz diesen Bemühungen wurde bis jetzt noch nichts festgestellt, ansonst der Erfolg der Deffentlichkeit nicht vorenthalten worden wäre.

Als Vertreter der Zürcher Holzarbeiter spreche ich ohne Vorbehalt für die Auslösung einer Massenaktion, eines die ganze lohnarbeitende Bevölkerung umfassenden Generalstreiks. Wir werden von unsern Forderungen nur soviel verwirklichen, als wir gewillt sind mit Opfern zu erkämpfen.

An der Schwelle des fünften Kriegsjahres darf man sich schon einen kurzen Rückblick gestatten. Das Elend unter den Bauarbeitern und in andern Branchen vor dem Krieg ist uns noch gut in Erinnerung, wir haben nicht vergessen die Erwerbslosigkeit, die Herabsetzung der Löhne und Gehälter nach Kriegsausbruch, während die Bürgerlichen schamlos drauflos hamsterten und dadurch die ersten Preisausschläge mitverschuldeten. Wir konnten auch nicht vergessen, daß während der Zeit des Burgfriedens bis auf den heutigen Tag einzelne durch Schieberei und Spekulation Gelegenheit haben, sich auf Kosten der Massen in unerhörter Weise zu bereichern.

Schon vor zwei oder drei Jahren wurde von den Gewerkschafts- und Parteinstanzen die Einführung der Rationierung, Beschlagnahme und Festsetzung von Höchstpreisen für die unentbehrlichsten Lebensmittel verlangt. Aber umsonst. Die Kantons- und Bundesregierungen getrauten sich trotz ihrer Vollmachten nicht, in die geheiligten bürgerlichen Eigentumsverhältnisse einzugreifen. Erst als die Vorräte verschoben, erhamstert und verspekuliert waren, wurde rationiert. Wie, das haben wir erfahren, besonders während des letzten halben Jahres. Der reiche Nichtsteuer mit seinen Hamstervorräten erhielt die gleiche Ration zugeschanzt wie die schwer arbeitende Bevölkerung, die nicht in der Lage ist, die teuren, noch in großer Menge vorhandenen nicht rationierten Lebensmittel zu kaufen.

Im Herbst 1915 haben wir Zürcher Holzarbeiter, wohl als erste, den Burgfrieden gebrochen. Entsprechend der Teuerung verlangten wir eine Lohnerhöhung von 10 Prozent. Wir wurden nicht nur von den Unternehmern, sondern sogar von Genossen als verrückt erklärt. Nach

drei Wochen Streik war derselbe glänzend verloren. Aber ohne Schaden für die Organisation, dieselbe hatte sich im Gegenteil gewaltigen Respekt verschafft. Nun getrauten sich andere Organisationen unter günstigeren Bedingungen und mit besseren Erfolgen heraus. In unserm Verband wie in andern Organisationen löste eine Bewegung die andere ab, meistens noch ohne Streiks und doch mit ansehnlichem Erfolg.

Im Späthommer verlangten die Zürcher Holzarbeiter eine Lohn-erhöhung von auf einmal 15 Rappen. Wiederum erklärte man uns für verrückt, die Unternehmer wiesen uns höhnisch ab und glaubten, diesmal die Organisation ins Mark zu treffen. Schon die damaligen Verhältnisse hatten unsere Kampfschlossenheit bis zum äußersten entfaßt. Nach siebenwöchigem glorreichem Kampf war derselbe diesmal glänzend gewonnen. Zur Erringung besserer Existenzbedingungen setzte 1917 eine Streikwelle ein, die sich bis heute zu einer reißenden Flut gesteigert hat. Ich erwähne den Bauarbeiterstreik in Zürich, der in die Zwingburg des Bau-meisterverbandes, den Zehnstundentag, Bresche legte, die Streiks der Zimmerleute und Holzarbeiter in Zürich, St. Gallen und Basel, die kostspieligen Streiks der Metallarbeiter, die spontan ausbrechenden Streiks in der Textilindustrie, die Straßenbahner- und Gemeindearbeiterstreiks in Lausanne, Biel und Winterthur, der Streik der Nebenbahnangestellten im Tessin und der glänzend verlaufene Generalstreik in Lugano. Der Erfolg war nicht immer im Verhältnis zu den gebrachten Opfern, aber diese Kämpfe waren nicht zu umgehen.

Diese Bewegungen in Verbindung mit den Protest- und Teuerungsa-ktionen gaben den Resonanzboden ab, auf den gestützt die Arbeiter, Ange-stellten und Beamten in Gemeinde und Staat nach langem Zögern und Märkten ihre Teuerungszulagen erhielten. Wir sind damit einverstanden, daß den Organisationen noch eine Frist zur Vorbereitung eingeräumt werde, beantragen aber dem Kongreß, zu beschließen, bis spätestens den 1. August den Generalstreik zu proklamieren.

K a u f m a n n = Zürich: In erster Linie muß ich einen Widerspruch in den Ausführungen des Genossen Grimm richtigstellen und zugleich das Aktionskomitee anfragen, wie es sich zu dieser Sache stellt. Es betrifft den Passus, wo es heißt: für den Fall, daß der Bundesrat nicht unverzüglich genügende Zugeständnisse macht, beschließt der Kongreß die Verhängung des allgemeinen Landesstreiks. Genosse Grimm hat vorhin erklärt, man könne nicht von heute auf morgen den Generalstreik erklären. Ich bin damit einverstanden, aber ich frage das Aktionskomitee an, wie es sich die Sache vorstellt, ob es eventuell gewillt ist, Ende der nächsten Woche noch einmal einen solchen Arbeiterkongreß einzuberufen, da es doch noch einmal mit dem Bundesrat in Unterhandlung treten will. Wäre dem nicht so, so kann ich mich nur meinem Vorredner anschließen. Wir haben im Kreise 6 in Zürich letzten Mittwoch eine außerordentliche Generalversammlung einberufen, welche gut besucht war, und haben über diesen Antrag reichlich

diskutiert. Wir haben eine Abstimmung darüber vorgenommen, ob die Arbeiterschaft in Zürich 6 gewillt ist, für diese Forderungen und eventuell für weitergehende Forderungen, welche am Kongreß noch beschloffen werden könnten, in den Generalstreik zu treten. Ich bin nicht der Ansicht und auch meine Genossen in Zürich nicht, daß wir noch einmal mit dem Bundesrat weiterverhandeln und die ganze Aktion auf die lange Bank schieben, indem sonst unsere reaktionäre Regierung in Bern Zeit finden wird, um mit Gewaltmitteln gegen unsere Aktion anzukämpfen. Das sollten wir verhüten. Wir wollen ihnen keine Zeit lassen. Wir haben schon viele Forderungen aufgestellt, immer mit negativem Resultat und deshalb ist unsere Losung: schnell handeln und dann haben wir viel gewonnen.

W h ß = Zürich: Bevor ich weitere Ausführungen mache, möchte ich die eine Frage abgeklärt haben, wann über die Kompetenzen des Kongresses gesprochen werden soll.

G r i m m: Die Kompetenzfrage erledigt sich dadurch, daß der Kongreß den vom Aktionskomitee beantragten Generalstreik beschließt. (Weiterzeit.)

W h ß: Das Aktionskomitee hat sich erlaubt, auch schon wegen der Kompetenzfrage seine Meinung zu sagen und zu erklären, die Ausführungen im Volksrecht seien nicht richtig, so dürfe die Arbeiterschaft den Kongreß nicht auffassen. Hier ist zu erklären, daß die ganze zürcherische Arbeiterschaft diese Auffassung teilt. Dieser Kongreß muß die Kompetenz haben, den Generalstreik zu erklären, sonst wäre seine Einberufung eine Verrücktheit gewesen. Wir müssen von diesem Gesichtspunkt aus handeln und die Frage nicht von dem Gesichtspunkt aus betrachten, daß man hier sozusagen eine Parade aufführt, dem Bundesrat droht und dann die Geschichte erledigt sein läßt. Wenn die Kompetenzfrage damit gelöst werden kann, daß der Kongreß beschließt, dann wohlun Genossen. Grimm hat hier eine Rede gehalten, wie sie ihm ansteht, eine Rede, wie sie keiner hätte besser halten können über die Lage der Arbeiterschaft und die Lage der Regierung. Jeder von uns mußte dieser Schilderung zustimmen. Nicht zustimmen kann man aber der Schlußfolgerung, die er daraus zieht. Die Arbeiterschaft meint, nachdem man sie recht schön begeistert hat, wenn die Genossen vom Aktionskomitee in dieser Weise zu der Arbeiterschaft sprechen, dann werde das Aktionskomitee auch seine volle Kraft einsetzen, um dieser Meinung zum Durchbruch zu verhelfen. Lassen wir uns nicht verführen oder betören oder beeinflussen, lassen wir auch die Geschichte an unserem Auge vorüberziehen, welche wir bisher erlebt haben. Ich will nur auf das letzte Jahr zurückgehen. Im August 1917, als die Demonstrationen waren, hat man der Arbeiterschaft alles Mögliche vorgemalt. Dann gab es eine gewaltige halbtägige Demonstrationstour und die Geschichte war erledigt. Genosse Grimm hat behauptet, bei der Zivildienstpflicht sei der Arbeiterschaft ein voller Erfolg beschieden gewesen. Bei der Zivildienstpflicht mag das der Fall gewesen sein, bei der Hilfsdienstpflicht

nicht, die Genossen, die aus den betreffenden Gegenden kommen, spüren verdammt wenig von dem Erfolg. Wenn wir an den Rückzug in der Milchpreisfrage denken, müssen wir schon fragen, ob es auch jetzt wieder so gehen soll. Der Antrag, wie er vorliegt, will nichts anderes als daß Zeit gewonnen wird, daß der Bundesrat und die leitenden Instanzen immer wieder den Rauf finden, um einen Kompromiß zu schließen, dem wohl oder übel zugestimmt werden muß. Hier aber kann herauskommen, was will, wir können nicht zustimmen; wenn der Bundesrat auf die Forderung des Aktionskomitees hin, im vollen Bewußtsein, daß ein Kongreß der Arbeiterschaft stattfinden wird, sich erlaubt, eine solche Antwort zu geben, dürfen wir jedenfalls nicht mehr annehmen, daß mit neuen Verhandlungen beim Bundesrat etwas herauszuholen ist. Grimm hat selbst angeführt, der Bundesrat glaube heute nicht an den Generalstreik. Er glaubt es auch nicht, wenn das Aktionskomitee morgen zu ihm geht. Er wird sagen, was der Kongreß in Basel beschlossen hat, das glaube er nicht, die Arbeiterschaft werde nicht mehr machen als bisher. Unterhandlungen kann es keine mehr geben, sonst ist die ganze Aktion genau so illusorisch gemacht wie die vorhergehenden, wir verlieren noch einmal an Stokkraft, wo wir schon bisher viel verloren haben durch diese verfehlten Aktionen. Im Anfang wird in der Presse Tamtam geschlagen, die Arbeiterschaft aufgerüttelt und aufgewühlt, wenn es so weit ist, daß der letzte Druck auf die Forderungen gelegt werden muß, dann sagen wir: wir können uns zufrieden stellen, die Geschichte ist erledigt. Lassen wir uns doch nicht einseifen, sondern erklären wir kategorisch: der Bundesrat hat Zeit genug gehabt, um zu diesen Forderungen Stellung zu nehmen, hat eine unzweideutige Antwort gegeben, insolgedessen haben auch wir eine unzweideutige Antwort zu geben.

Nun nur ein paar Worte zu den Forderungen. Genosse Grimm hat die Begründung sehr gut gebracht. Er hat es fertig gebracht, zu beweisen, daß man die Endforderung niemals zuerst aufstellen wird, sondern immer nur Forderungen, wie sie dem Niveau der Arbeiterschaft entsprechen. Das ist jedenfalls richtig, aber die Forderungen, die da eingereicht worden sind, entsprechen nicht der heutigen Kraft der Arbeiterschaft. Das sind Wünsche und Bittgesuche. Die ganze Art der Eingabe hat ihre natürliche Erledigung gefunden in der Art, wie der Bundesrat Auskunft gibt. Er hat gesehen, daß kein Ernst dahinter steht, deshalb brauche er auch nicht ernst zu antworten. Wir hätten es gern gesehen, wenn der Kongreß sich hätte Rechenschaft geben können, was er zu fordern hat und wofür er in den Streik treten will, dann wäre ein anderes Bild gekommen und wir hätten die Endforderung gestellt, dann hätte sich nicht gezeigt, daß wir nun meinen, die Verhältnisse seien in eine Bahn gelenkt worden, wie sie in Rußland sind und in Finnland waren. Die Schweizerische Arbeiterschaft ist sich vollständig darüber klar, daß es nur durch eine Gesamtktion möglich ist, sich aus diesen elenden Verhältnissen etwas zu erheben. Sie ist sich aber auch

darüber klar, daß diese Gesamtaktion noch lange nicht das bedeutet, was man immer den Genossen, die sie propagieren, in den Mund legen will. Ein Generalstreik wird nicht so viel bedeuten, daß er einer ausländischen Intervention ruft. Wenn es so sein sollte, wenn das Bürgertum auf seinen heutigen Staat nicht mehr gibt, als daß es erklärt, lieber wolle es die Invasion als der Arbeiterschaft das Nötigste zum Leben geben, dann möchte ich sagen, daß ich dann nicht begreife, warum dann die Arbeiterschaft ein so großes Interesse haben soll, den Staat zu schützen, da sie doch sozusagen am Verhungern ist. Auch hier müssen wir konsequent sein.

Aus allen diesen Gründen möchte ich den Genossen empfehlen, zu erklären, daß, da die Forderungen des Dtener Aktionskomitees rundweg abgelehnt worden sind, der schweizerische Arbeiterkongress es für überflüssig hält, weiter zu verhandeln, und daß er auf 30. Juli den allgemeinen Generalstreik erklärt. (Beifall.)

Platten-Zürich: Bei der Orientierung der Situation und der Frage, was wir zu tun haben, ist nicht ohne Tendenz die Frage aufgeworfen worden, was der Generalstreik für uns in der Schweiz bedeuten würde. Man hat internationale Beispiele herbeigezogen, um auch die Schattenseiten eines Generalstreiks zur Darstellung zu bringen und damit den Beweis zu leisten, daß, wenn wir in diesen Kampf eintreten, er doch auch zum Ausgangspunkt der Revolution werden könnte. Wenn wir vor der Revolution ständen, würde das Feuer im Saal etwas größer sein. Wenn man glaubt, daß irgendein Landesstreik heute schon die Gefahr einer Invasion bedeutet, so erkläre ich das als eine Schwarzmalerei, die ich persönlich nicht gelten lassen kann. Aber selbst gesetzt den Fall, man müßte mit dieser Möglichkeit rechnen, so kann man vom Standpunkt des Arbeiters aus nicht einfach sagen: wir dulden Not, Not und noch einmal Not, nur um eine Invastionsgefahr zu vermeiden. Wir haben Zimmerwald, wir haben Nienthal, wir haben schweizerische Parteitage hinter uns, wo wir ausdrücklich programmatisch gesagt haben, daß es Sache der Proletarier aller Länder sei, durch den Klassenkampf zur Beendigung des Krieges beizutragen, selbstverständlich Sache der Genossen in den kriegsführenden Ländern in erster Linie. Wo finden Sie diese Auffassung, außer in Rußland? Finden Sie sie in Italien, Deutschland oder Frankreich? Gerade weil sie dort nicht ist, geht der Krieg weiter und gehen wir dem Ruin entgegen. Das muß zurücktreten, wenn wir unsere Pflicht erfüllen wollen, weil es Sache der regierenden Klasse im Staate ist, abzumessen, was sie lieber will. Der Bundesrat hat die Entscheidung in der Hand. Wenn er den Forderungen der Arbeiter nachgibt, dann besteht keine solche Gefahr. Wir können in einem Streik von 24 oder 2x24 Stunden dem Gegner Konzessionen abringen. Ich bin mit vielen Parteigenossen vollständig überzeugt, daß wir, wenn wir nicht in den Kampf treten, auch nichts nach Hause bringen. Die Antwort des Bundesrates haben wir, und wenn Sie wollen, wird er noch Kleister und Papier nehmen und nochmals eine

Antwort darunter kleben, dann habt ihr noch mehr Papier. Wenn ihr nicht den Kampf beschließt, so ist er von vornherein verloren und ihr könnt euch keinen Illusionen darüber hingeben, daß dann noch etwas zu gewinnen ist.

Nun müssen wir allerdings auf den Sinn des Kongresses zu sprechen kommen. Der heutige Kongreß ist ein Anachronismus für die schweizerische Arbeiterschaft, insofern als bis zum heutigen Tage Partei und Gewerkschaften als autonome Organe die Führung in der Hand hatten. Nach meinem Ermessen ist der Kongreß nichts anderes als das Eingeständnis, daß diese Instanzen der ernstesten Situation nicht gerecht wurden, daß sie Furcht hatten, in den Kampf zu gehen, und daß sie diese Furcht noch heute haben. Das ist meine feste Ueberzeugung, daß wir nicht zum Kampf kommen, wenn wir die Mandate an diese Instanzen abgeben. Wir müssen heute dem Arbeiterkongreß als Souverän das Recht einräumen, den Moment des Ausbrechens des Generalstreiks zu bestimmen, und wir müssen uns gleichzeitig auch dessen bewußt sein, daß das, was hier beschlossen wird, bindende Route für die entsprechenden Aktionskomitees ist. Wir können als Kongreß sagen, daß wir den Kampf nicht wollen, dann ist das Komitee entlastet. Wenn wir sagen, daß wir die glatte Erfüllung der Forderungen wollen, und wenn sie nicht erfüllt werden, so treten wir in den Kampf, so muß das für die leitenden Instanzen unbedingt ein Befehl sein, dem sie nachzukommen haben. In dieser Beziehung halte ich es für notwendig, daß der Kongreß eine geeignete Sicherung vornimmt, die hauptsächlich darauf hinausgeht, daß man heute klar bestimmt, welche Forderungen wir aufstellen. Wir haben 11 Forderungen; ich wäre bereit, die eine oder andere zu opfern, man kann unter Umständen seine Kraft auch überschätzen. Aber eines steht fest: Wenn Sie heute beschließen, eine Forderung aufrechtzuerhalten, so muß dieselbe mit einem glatten Ja oder mit einem glatten Nein beantwortet werden und nicht etwa so, daß der Kongreß feststellen muß, daß die Antwort an das Aktionskomitee eine Ausflucht ist. Man ist schon zweimal ausgekniffen. Ich erinnere an die Milchpreisfrage. Da hat man uns den Bengel zwischen die Füße geworfen, wir konnten nicht vorwärts und nicht rückwärts. Hätten wir dort unsern Standpunkt entschieden und energisch bezogen, so wären wir Sieger gewesen, wie wir es auch sein werden, wenn wir heute den Kampf beschließen.

Man hat sich lange gesträubt, den Arbeiterkongreß zusammentreten zu lassen. Vor Monaten schon habe ich dessen Einberufung verlangt, einfach aus dem Bewußtsein heraus, daß es notwendig ist, einmal die Arbeiter zu sehen und zu hören. Man wirft den führenden Parteigenossen vor, sie seien Bremsler oder Rückschrittler, Maulrevolutionäre. (Zwischenrufe: stimmt.) Ich möchte dabei aber doch folgendes bemerken: Der Führer befindet sich in einer andern Situation als der gewöhnliche Soldat, er muß sich darüber vollständig Rechenschaft geben, ob bei einem Kampf der Sieg

auf unsere Seite kommen kann, oder ob wir die Schlacht von vornherein verlieren. Wenn das letztere der Fall ist, hat ein Führer nicht das moralische Recht, Opfer, unerhörte Opfer zu fordern, ohne erwarten zu dürfen, daß er das Maximum herausholt. Daher kommt diese Zurückhaltung. Nun können Sie dieser Zurückhaltung ein Ende machen und uns auf Herz und Nieren prüfen, ob wir nachher zu dieser Sache stehen oder nicht. Soweit meine Person in Frage kommt, stehe ich treu zur Sache, ob es gradaus oder nach unten geht. Wir haben wohlhabengewogene Forderungen gestellt, wir sind einstimmig der Auffassung, jede einzelne Forderung könnte vom Bundesrat glatt bewilligt werden, ohne daß er sich dabei das geringste gegenüber dem heute herrschenden System vergibt. (Zwischenrufe: schon nicht gut.) Gewiß man kann andere Forderungen aufstellen, nur muß dann die Frage aufgeworfen werden: Generalstreik oder Revolution. Wenn wir über diese Forderungen hinausgehen, dann kommt der revolutionäre Kampf. Ich sage offen, daß der revolutionäre Kampf heute von unserer Arbeiterschaft noch nicht ausgelöst werden kann, sondern daß man heute realpolitische Forderungen aufstellen muß. Diese Forderungen sind eingereicht worden, ich habe darauf gedrängt, daß man nicht warten solle, bis der Kongreß sie sanktioniert habe. Nun haben Sie die Antwort bekommen. Darüber besteht im Aktionskomitee nur eine Meinung, daß es eine Schmach ist, daß der Bundesrat es wage, einer Arbeiterschaft von vielleicht 300,000 Köpfen eine solche Antwort vor die Füße zu werfen. Man muß aber auch noch erröten können, man muß eine gewisse Unschuld bewahrt haben und nicht eine Gerissenheit sich angeeignet haben, die vor nichts mehr erröten kann.

Wenn man die Antwort prüft, so muß man erröten, daß man es gewagt hat, uns so den Kampf anzufügen. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß der Bundesrat nicht mehr weiter zu veranlassen ist, mit uns zu verhandeln, nochmals zu sehen, ob wir ein paar Rosinen aus dem Kuchen herausnehmen können. Wenn ein Unternehmer die Forderungen seiner Arbeiter so glatt ablehnt in sämtlichen Punkten, wie es hier geschehen ist, dann gehen die Arbeiter in den Kampf und finden im Streik das nötige Druckmittel, um die Herren zur Bestimmung zu bringen. Das ist auch unser Druckmittel gegenüber der Regierung. Erst wenn wir im Kampf stehen, von der ersten Stunde an, erst dann ist nach meinem Ermessen der Zeitpunkt der Verhandlungen gekommen, dann haben wir die Kraft, draußen den Kampf fortzusetzen, bis die Herren gewillt sind, mit uns zu sprechen, aber dann spricht man auf ganz anderer Grundlage, als wenn man hinkommt und Beschlüsse bringt und sagt: Der Arbeiterkongreß steht hinter uns. Zum letztern Fall wird der Bundesrat wieder sagen, wie er es das letztemal getan hat, man sei vollständig beruhigt, daß der Streik nicht ausbrechen werde, wie das Schultheß bei Anlaß der Milchpreisfrage ausgesprochen haben soll. Wenn die Herren sich in Sicherheit wiegen können, werden sie keine Konzessionen machen. Wenn sie aber den Kampf vor sich

haben, wenn sie dessen Fortsetzung riskieren müssen, dann haben wir ihnen den Daumen auf die Augen gedrückt.

Nun lege ich den größten Wert darauf, um allen Mißverständnissen auszuweichen, als hauptsächlichste Forderung den Punkt 11 auf das Programm zu erheben und zu sagen: Bevor nicht der Achtstundentag für die Eisenbahner und die Auszahlung der Teuerungszulage gewährleistet ist, gibt es keine Ruhe. Wenn wir alle andern Forderungen noch schenken würden, wenn wir diese eine durch unsere Aktion durchsetzen würden, dann haben wir unendlich viel gewonnen, wir haben 50,000—60,000 Arbeitern die Wohltat des Achtstundentages verschafft. Wenn wir erst in diesem Punkte stehen, dann bin ich überzeugt, daß wir das Verkehrspersonal glatt auf unserer Seite haben werden. Entweder lügen die Leute oder sie sagen die Wahrheit. Wenn es wahr ist, was ich gehört habe, ist die Erbitterung unter den Staatsangestellten so groß, daß wir mit größter Bestimmtheit damit rechnen können, daß sie mit uns in den Kampf eintreten. Haben wir nun durch die Erreichung des Achtstundentages Gelegenheit bekommen, auch um die andern Forderungen zu kämpfen.

Meine Redezeit ist leider abgelaufen. Ich wollte nur noch eine Bemerkung machen. Als taktisches Moment kommt folgendes in Frage: Sollen wir noch einmal verhandeln? Persönlich bin ich dagegen. Zweite Frage: Wenn nicht verhandelt wird, wann soll der Streik ausbrechen? Da trete ich mit dem Aktionskomitee dafür ein, daß wir den Verbänden, vor allem den Verbänden des Staatspersonals noch einige Zeit gewähren müssen zur Vorbereitung, damit sie diese sehr umsichtig treffen können, damit sie dann, wenn sie in den Kampf treten, auch sicher sind, denselben siegreich bestehen zu können. Das müssen wir ihnen gewähren. Wenn die Vorbereitungszeit um ist, so haben wir uns nachher um die Auslösung nicht zu kümmern. Genossen, so verdammt schwer ist es nicht, in einen Generalstreik einzutreten, wie man vielfach glaubt. Es genügt, den festen Willen zu haben, nicht mehr zu arbeiten, und der Streik ist da. Die weiteren Ereignisse zeigen, daß noch Tausende und Zehntausende von Arbeitern nachkommen, daß der Kampf Dimensionen annehmen wird, die den Bundesrat zwingen, nachzugeben. Nur nicht erschrecken vor allem dem, was man an Gefahren vorschüßt. Diese Gefahren sind klein, wenn wir den Streik haben. Wir werden keine Unruhen haben, wenn die andern nicht provozieren, weil die Soldaten, die jetzt in den Lazaretten kuriert werden, nicht dumm sein werden, sondern mit uns solidarisch sein werden. Dann sind wir eine Gruppe, um die andere zu beugen. (Beifall.)

Arnold - Zürich: Wir haben heute morgen eine Rede gehört, die rethorisch wunderbar war. Aber ich glaube, Genosse Grimm hat die Disposition verwechselt. Solche Reden passen vielleicht in den Nationalrat hinein, wo es gilt, alle Argumente anzuführen und zuletzt doch eigentlich nichts sagen. An einem Arbeiterkongreß sollte man keine solchen Reden halten. Man soll nicht kommen und alle Leidenschaften aufwühlen, uns

unser ganzes Elend vor Augen halten, um zuletzt wieder zu sagen: wir setzen nochmals eine Frist fest, wir sind wieder bereit zu unterhandeln, während man dann endlich einmal in die Lage kommen sollte, zu handeln und etwas zu wagen. So sollte der Arbeiterkongreß seine Arbeit nicht beginnen und vor allem nicht beschließen. Diese Sorte von Reden kennen wir von der Zivildienstkampagne her, da wurden solche Reden gehalten und solche Aufrufe geschrieben. Es kann aber nie und nimmer unsere Aufgabe sein, wieder in die Verbände hinauszugehen und zu sagen, daß wir wieder eine Frist angesetzt haben, nachdem uns der Bundesrat diese hübsche Ohrfeige versetzt hat, sollen wir diejenigen sein, die wieder unruhig sind. Warum hat man diese Forderungen so ungeheuer weitschweifig und lang gemacht? Warum hat man 11 Punkte daraus gemacht? Kann man das nicht klar und kurz heraus sagen, daß wir den Achtstundentag verlangen, sowohl für die Arbeiterschaft der privaten wie der öffentlichen Betriebe, Minimallohn, Beschlagnahme der Lebensmittel und Verteilung unter der Kontrolle der Arbeiter und daß wir vor allem auch politische Forderungen stellen. Wenn wir schon verlangen, daß jenes Gesetz rückgängig gemacht werden soll, das die Versammlungen verbietet, müssen wir vor allem auch verlangen, daß diejenige Presse, die vor dem Bestehen dieses Gesetzes verboten wurde, wieder geschaffen wird. Wir müssen verlangen, daß die freie Jugend und andere Zeitungen wieder erscheinen können, weiter müssen wir unbedingt die Forderung aufstellen, daß der mutige internationalistische Genosse Guilbeaux in Freiheit gesetzt werde, daß alle Genossen, die wegen politischer Vergehen im Gefängnis sitzen, freigelassen werden, auch wenn sie andere taktische Ansichten haben als wir.

Wenn gesagt worden ist, man habe in der Zivildienstfrage einen vollen Erfolg errungen, so ist festzustellen, daß viele italienische Freunde gezwungen sind, in verschiedenen Teilen des Landes Zwangsarbeit zu leisten. Man darf unbedingt verlangen, daß diese Zwangsarbeit aufgehoben werde. Wir könnten es nicht über uns bringen, mit dieser Meldung wieder hinzugehen, sondern sollten den Kampf wagen. Es wird uns vielleicht entgegengehalten, daß die Zeit nicht ausreiche bis zum 1. August, daß die nächste Woche zu kurz sein werde, um all das vorzubereiten. Wozu hat man denn ein Aktionskomitee? Doch gewiß dazu, um Aktionen vorzubereiten, nicht um Aufrufe zu erlassen, sondern wirkliche Arbeit zu leisten. Wenn diese Arbeit nicht geleistet wurde, können wir nichts dafür, aber unsere Pflicht ist es, nun einmal in den Kampf zu treten und nicht länger dieses Spiel des Schwantens fortzuführen.

Barthel = Zug: Den Ausführungen des Genossen Grimm ist noch einiges anzufügen. Er hat erklärt, daß die Arbeiterschaft eben leider noch nicht auf dem Niveau angelangt sei, daß man mit ihr allen Kampf durchführen könne. Er hat als Beweis für diese Ausführungen die Pfahlbürgerpetition angeführt. Ich möchte diesen Ausführungen nur die eine Bemerkung anfügen. Wenn die Arbeiterschaft nicht nur der Schweiz,

sondern ganz Europas nicht auf der Höhe ist, daß man allen Kampf mit ihr ausführen kann, so liegt das zu einem Teil auch daran, daß von seiten der Führer in der notwendigen Aufklärung nicht das geleistet wird, was manchmal geleistet werden sollte. In den letzten Tagen hat der Schweizerische Gewerkschaftsbund eine Petition oder ein Gesuch an den Bundesrat eingereicht mit Forderungen, die sich in der Hauptsache mit Fragen der Nachkriegswirtschaft befassen. Ich habe nun geglaubt, man hätte dort den Achtstundentag gefordert oder einen Minimallohn. Aber statt dessen hat man ein Pfahlbürgerstern in Aussicht genommen, man hat die Schließung der Grenze für ausländische Arbeiter gefordert. Hier haben Sie ein Beispiel dafür, daß es an der Aufklärung fehlt, denn würde man sonst selbst Forderungen stellen, die einer Pfahlbürgerpetition würdig sind? Was wir wollen ist nicht eine Grenzsperr, sondern einen Minimallohn und eine Minimalarbeitszeit. Dann wäre es vielleicht besser bestellt, dann könnte vielleicht das Niveau des Arbeiters gehoben werden. Wenn man an Stelle der Forderung nach Abschließung der Grenze eine Minimallohnforderung aufgestellt hätte, so wäre ganz selbstverständlich, daß der schweizerische Großkapitalist und Hurratriot diese genau so gut tragen kann, wie der ausländische.

Weiter hat Genosse Grimm einige Ausführungen über die finnische Revolution gemacht und erklärt, dieselbe gehe zugrunde aus Mangel an Unterstützung von außerhalb. Das ist in gewissem Maße richtig, aber etwas hat Genosse Grimm vergessen: die finnische Revolution geht hauptsächlich deshalb zugrunde, nicht etwa weil die schweizerische Arbeiterschaft oder die Arbeiterschaft von Dänemark und Schweden nicht mitgeholfen hat, sondern deshalb, weil der deutsche Militarismus heute leider noch die Macht hat, jede Revolution abzumurfen. Wir wollen hoffen, daß der deutsche Militarismus nicht mehr lange ein Faktor in unserer Rechnung sei. Nun erklärt Genosse Grimm, daß die Forderungen von Fall zu Fall dem Niveau angepaßt werden müssen. Ich gehe damit einig, möchte aber keine Illusionen aufkommen lassen. Sollten sie den Generalstreik beschließen — ich für meine Person wäre dafür. Ich habe mir in dieser Beziehung die Hörner so ziemlich abgestoßen. Ich bin im letzten Herbst an einen Ort gegangen, um ein Referat für den Generalstreik zu halten. Die Genossen haben alle erklärt, daß sie mitstreifen, aber daß sie dann — in ihren Garten gehen, um zu arbeiten. Es ist mit der Aufklärung schlecht bestellt, wenn ein Teil der organisierten Arbeiter diese Erklärung abgibt. Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß der in Aussicht genommene Streik kein Generalstreik ist, daß bei einem solchen Generalstreik der Bundesrat jedenfalls lachen würde. Außerdem ist zu beachten, daß die Organisationen auf einem ganzen Teil von Industrieorten vollständig neu sind. Gerade auf dem Platz Zug haben wir mit größter Mühe endlich eine Organisation zustande gebracht. Ich muß schon sagen, wenn wir diesen Leuten, die erst seit einigen Wochen bei uns sind, sagen müssen, wir gehen in den Streik,

dann ist die Organisation wieder dahin, nachdem wir sie erst aufgebaut haben, nachdem ihnen endlich einmal das Verständnis aufgegangen ist, daß sie nur durch Zusammenschluß etwas zu erreichen vermögen. Ich möchte deswegen absolut nicht vom Generalstreik abraten, aber ich glaube, wir müssen uns immer wieder auf die großen Städte und die Hauptzentren der Industrie verlegen. Es ist deshalb notwendig, daß dem Aktionskomitee eine gewisse Frist gewährt wird, damit man die Arbeiterschaft dort aufklären kann, daß sie sich nicht entmutigen läßt, wenn an kleinen Orten nicht gestreikt wird. Sie muß im Gegenteil erst recht in den Kampf treten, um der Arbeiterschaft in jenen kleinen Orten ein Beispiel zu geben, um vielleicht jene Elemente mitzureißen. Man hat in Italien Duzende von Generalstreiks gehabt. Glauben Sie nicht, daß beim ersten schon die gesamte Bevölkerung dabei war. Nur in den größern Städten ist der Generalstreik absolut zum Ausbruch gekommen. Ich habe einen Änderungsantrag gestellt, den ich Ihnen begründen möchte. Es heißt im Antrag des Aktionskomitees: „Für den Fall, daß der Bundesrat nicht unverzüglich genügende Zugeständnisse macht.“ Da möchte ich vorschlagen, daß die Bestimmung eingeschaltet wird: „Für den Fall, daß der Bundesrat nicht den Punkten 1—4 und 11 seine Zustimmung gibt und bezüglich der andern Punkte nicht unverzüglich genügende Zugeständnisse macht.“ Ferner wäre beizufügen: „Mit der Durchführung wird das Aktionskomitee betraut.“ Hier möchte ich einige Worte beifügen, lautend: „Dieser Beschluß ist endgültig und bindend.“ Darüber sind wir alle einig. Alle Redner haben erklärt, man solle heute kein Theaterstück aufführen, sondern einen endgültigen Beschluß fassen. Wir wollen nicht in Zukunft dem Aktionskomitee Vorwürfe machen, wenn wir selbst heute nicht einen endgültigen Beschluß zu fassen imstande sind. Das können wir verhindern, daß das Aktionskomitee in die Versuchung kommt, den Generalstreik wieder nicht durchzuführen, daß wir aber in die Lage versetzt werden, ihm mehr oder minder berechtigte Vorwürfe machen zu können, indem wir einen Beschluß fassen, der alle Mißverständnisse ausschließt. Wenn Sie diesen Änderungsantrag annehmen, ist es nicht mehr möglich, daß das Aktionskomitee einen andern Weg einschlagen kann.

Zu meinem ersten Änderungsantrag möchte ich bemerken, daß es selbstverständlich ist, daß man bei den Punkten 1—4 nicht markten lassen kann, ebenso nicht bei Punkt 11. In allen übrigen Forderungen wird man nachgeben können, es wird da auf einen Kuhhandel hinauslaufen wie gewöhnlich. Aber bei den genannten Artikeln muß es heißen: Entweder—oder.

G g l i = Samaden: Zunächst habe ich den Punkt zu berühren, der die Aufhebung des Bundesratsbeschlusses betr. die Zurückweisung fremder Deserteure an der Landesgrenze betrifft. Wenn man in einer Grenzgemeinde wohnt, empfindet man es geradezu als Schmach, daß Leute in einem demokratischen Staate ausgewiesen werden, die von den Kriegs-

greuelt genug haben. Ich möchte hier bemerken, daß jedenfalls in der sozialdemokratischen Presse zu wenig dagegen agitiert worden ist, sonst hätte die Sache nicht diese Dimensionen angenommen. Die Bevölkerung hat den Eindruck, als ob hier mit aller Gewalt Aufruhr gestiftet werden sollte. Die sog. Pfahlbürgerpetition ging dahin, daß man Ausländer unverzüglich ausweisen könne. Hintennach kommen nun die Unterzeichner resp. die freisinnige Partei und sagen, es sei nicht so gemeint gewesen, wie es jetzt angewendet werde. Letzte Pfingsten wurden in Samaden vier Oesterreicher ausgeliefert, sie wurden nach Martinsbruck geführt und der österreichischen Grenztruppe übermittelt. Dieselben wurden sämtliche erschossen, um ein Exempel zu statuieren, wie man so zu sagen pflegt. Durch Tagesbefehl wurde diese Erschießung bekanntgegeben. Das ist durch einige Deserteure bestätigt worden, das geschah, um die Mannschaft vor Desertion zu warnen. Ich habe hier ein Telegramm, das ich verlesen will, aus diesem sieht man, daß sich auch bürgerliche Leute um die Sache interessierten. Es lautet: „Pfarrer Michel, Samaden. Muß wieder nach Tirol, bitte um sofortige Hilfe. Ignaz Thomas.“ Das war ein Deserteur, der in St. Maria in Arbeit stand. Pfarrer Michel in Samaden hat an den Bundesrat einen Expresbrief gesandt und ein Telegramm, in welchem er verlangt, daß diese Rückweisung aufgehoben werden möchte. Darauf teilte der Bundesrat mit: „Für Duldung Deserteur Ignaz Thomas liegen keine genügenden Gründe vor. Verschiebung des Rückschubes käme aber Duldung gleich, weil späterer Rückschub kaum mehr möglich, namentlich auch für Deserteur selbst viel ungünstiger. Schweiz. Justiz- und Polizeidepartement.“ (Pfuirufe.) Sie sehen aus diesem Aktenstück, daß der Bundesrat eine ganz ablehnende Stellung einnimmt. Wenn es vielleicht einer gewesen wäre, wie wir sie in St. Moritz haben, so wäre die Sache ganz gewiß nicht so herausgekommen. Das ist ein Postulat, auf dem wir unbedingt beharren müssen. Wir können unser Auslieferungsrecht nicht ohne weiteres preisgeben.

Bei Punkt 11 bin ich der Ansicht, daß es offenbar eine bloße Vergeßlichkeit des Aktionskomitees ist, wenn es hier nicht auch die Nebenbahner in den Achtstundentag einbezieht. Die Nebenbahner sind gewerkschaftlich in den schweizerischen Personalverbänden organisiert. Wir sollten also hier weitergehen und sagen, daß sämtliches Verkehrspersonal hier in Betracht kommen soll, nicht nur das Bundespersonal. Genosse Platten führt aus, es möchte eine Frist bis zum Generalstreik angesetzt und dieselbe gut ausgenützt werden. Das ist sehr richtig, denn ohne weiteres kann ein solcher Streik nicht durchgeführt werden. Wie Ihnen bekannt ist, stand letztes Jahr das Personal der Nöthischen Bahn vor dem Streik. Aus welchen Gründen es nicht dazu gekommen ist, ist eine Sache, die man jetzt nicht zu erörtern braucht. Sämtliche Personalsekretäre waren an der Sache interessiert und doch hat es gehapert. Am Willen des Personals hat es nicht gefehlt, aber an der Organisation. Diese muß richtig ausgebaut werden, um einen Generalstreik auszuführen.

Steiger-Winterthur: Das Problem der Ernährung soll geregelt werden in Punkt 4 unserer Forderungen. Wenn wir eine bessere Rationierung wollen, so ist auch das Bürgertum damit einverstanden. Aber was will man machen? Man will Volksküchen einrichten und die Arbeiterchaft soll mit Bettelsuppen abg gespeist werden und die an der Bahnhofstrafe in Zürich sollen gleich fressen können? So soll offenbar diese bundesrätliche Rationierung für die Zukunft sein. Da bin ich anderer Auffassung. Wenn der Bundesrat sagt, es habe keinen Wert, hier Forderungen zu stellen, weil keine Lebensmittel hereinkommen, so sagen wir, wenn die Not da ist, wollen wir gerecht verteilen, man darf Bundesrat Schultheß keine größere Ration haben als ein Schneidergeselle. Wenn alle unsere Behördemitglieder einmal mit den Rationen zufrieden sein müßten, dann habe ich die Auffassung, daß sie viel revolutionärer werden als unser Aktionskomitee. Ich kann nicht begreifen, daß man nur für die Eisenbahner den Achtstundentag verlangt und für die übrigen Arbeiter nicht. Warum fordern wir im gegenwärtigen Moment die Verkürzung der Arbeitszeit auf 8 Stunden? Einmal weil wir in den Fabriken die Erfahrung machen, daß nach jeder Bohnerhöhung wieder ein neues Antreibsystem in die Fabrik gekommen ist, daß man wieder mehr Arbeit leisten muß. Der Meister und der Kalkulator ist gekommen und hat zum Arbeiter gesagt, jetzt habe er wieder zwei Rappen mehr Lohn, jetzt müsse er mehr leisten. Andererseits sind die Lebensmittel so knapp, daß die Arbeiterchaft abmagert, und zwar gehörig abmagert. Einem Teil werden sogar die Schuhe zu groß. Diese Arbeiter sind nicht mehr fähig, 10 $\frac{1}{2}$, 10 oder auch nur 9 Stunden zu arbeiten. Also fordern wir den Achtstundentag für das gesamte Proletariat.

Ist das möglich? Der Bundesrat sagt in seiner Antwort, das sei nicht durchführbar. Der Bundesrat will den Arbeiter mit dem Arbeitgeber versöhnen und eine Veröhnung kann es nur geben, wenn der Arbeiter auf jede Forderung verzichtet. Das tun wir jetzt nicht. Es wird uns auch entgegengehalten, man könne das nicht einführen wegen der internationalen Konkurrenz. Im neuesten Heft der Zeitschrift für Volkswirtschaft und Sozialpolitik habe ich gelesen, daß Norwegen staatlich den Achtstundentag eingeführt hat ohne Generalstreik. Warum kann man das bei uns nicht? Weil man nicht will, und weil das so ist, müssen wir den Achtstundentag im Kampf holen.

Es ist bereits darauf hingewiesen worden, daß die ganze Antwort des Bundesrates eine Veröhnung der Arbeiterchaft sei. Wir wollen uns nicht locken lassen. Wir kommen vielleicht in einer ganz andern Art und Weise als der Bundesrat es sich denkt. Nun die wichtige Frage: Sollen wir nochmals verhandeln oder nicht. Ich bin dagegen, weil es keinen Wert hat. Wenn wir noch einmal verhandeln und der Bundesrat sieht, daß die Situation ernst ist, dann wird er nur noch versuchen, die Arbeiterchaft zu spalten, indem er den Eisenbahnern gibt, was sie verlangen. Dann ist der größte Teil des Generalstreiks für den Bund

gerettet. Haben wir nicht die gleiche Situation beim Milchpreis gehabt? Was haben die Aermsten der Armen nicht gemacht, weil der Bundesrat wohlweislich erklärt hat, dieselben sollen den gleichen Preis haben wie vorher. Was erwartet das arbeitende Volk von uns? Taten! Und diese Taten wollen wir propagieren. Es ist gesagt worden, wir bringen den Arbeiter nur auf die Straße, wenn wir fünf Franken Taglohn geben. Das ist nicht wahr. Wir haben in Winterthur einen großen Streik gehabt und da sind die Textilarbeiter zu uns gekommen und haben gesagt: Uns Himmelswillen, kommt vor unsere Buden und schaut, daß wir auch nicht mehr hineinkommen. Es haben Arbeiterkategorien gestreikt und mit Freuden mitgemacht, die 30 Jahre ohne zu Murren gearbeitet haben. So wird es beim Generalstreik kommen. Die Leute warten nur, bis sie sich anschließen können. Letzte Woche sind Arbeiter, darunter ein Webermeister, bei mir gewesen aus einem Vorort, aus Wülflingen, wo man für Frauen Stundenlöhne von 22, Maximum 27 Rappen zahlt, für Männer 36 bis 37 und im Maximum 38 Rappen. Darunter haben sie noch einen gelernten Schreiner mit 35 bis 36 Rappen Stundenlohn, wozu ein einziger Rappen Feuerungszulage kommt. Diese sind in mein Bureau gekommen und haben gesagt: Kommt doch zu uns hinab, um uns zu organisieren. Wir haben im dunklen Töftal Bericht erhalten, wir sollen eine Versammlung einberufen, man wolle sich auch organisieren. Es steht mit den Leuten so, daß sie nicht mehr leben in den Verhältnissen, wie wir jetzt leben sollen. Warum sollen wir nicht diese Momente ausnützen, indem wir dem Bundesrat sagen, daß wir auch die Arbeiterklassen gewonnen haben, die bis jetzt von uns nie gewonnen werden konnten. Die Massen warten auf das Signal. Geben wir von Basel aus dieses Signal, das kann nur der Aufruf zum Generalstreik sein. Es ist Pflicht der Selbsterhaltung, den Kampf zu führen gegen das uns zgedachte Unrecht, gegen Not und Elend. Nachdem nun im ersten Satz des Antrages des Aktionskomitees festgestellt worden ist, daß die Antwort ungenügend ist, möchte ich beantragen zu sagen: „Er beauftragt das Aktionskomitee, sofort den Generalstreik vorzubereiten.“ Alles andere wäre zu streichen, denn heute heißt es: Entweder — oder! (Anhaltender Beifall.)

Büchi-Uster: Daß wir die Aufhebung des Bundesratsbeschlusses, den Sie in Ziffer 1 finden, fordern müssen, ist klar. Dieser Beschluß ist sowieso eine Schmach für die Demokratie überhaupt, er ist eine Verleugnung der schweizerischen Verfassung an sich. Es ist natürlich nicht zu verwundern, daß ein total kapitalistisch orientierter Bundesrat solche Beschlüsse faßt, um die renitente Arbeiterschaft im Zaum halten zu können. Wenn ein Parlament, wie die Bundesversammlung, ihm das gestattet, indem es ihm seine Rechte abtritt, wie das seinerzeit bei der Gewährung der Generalvollmachten tatsächlich geschehen ist. Wenn wir das erkennen, bleibt für uns keine Frage mehr offen. Können wir mit diesem Bundesrat überhaupt noch unterhandeln oder nicht? Ein Bundesrat, der eine Ver-

fassung, die sich ein Land gegeben hat, nicht respektiert, ein Bundesrat, der eine Bundesversammlung hinter sich hat, die auf die Verfassung pfeift, um ihrer kapitalistischen Interessen willen, mit solchen Leuten ist nicht mehr zu unterhandeln.

Die beiden Punkte, die Aufhebung des Sozialistengesetzes und des Beschlusses betreffend die Deserteure und Refraktäre, müssen unter allen Umständen einfach erzwungen werden. Darüber gibt es gar keine Frage mehr, ob wir es wollen oder nicht, da gibt es nur den Ruf: Wir wollen es und wir werden es einfach holen. Bezüglich des Punktes 11 bin ich vollständig einverstanden, daß wir diesen Punkt dahin erweitern, daß wir auch die Nebenbahner darin aufnehmen. Wir wollen einfach eine Bresche schlagen in die überlange Arbeitszeit, wir wollen endlich einmal den Resolutionen, die schon seit mehr als 20 Jahren überall gefaßt werden, eine tatsächliche Unterlage schaffen, wir wollen nicht mehr einfach mit Worten demonstrieren, sondern mit der Tat. Ich vertrete einen Kreis, wo sämtliche mit mir einig gehen, es ist nicht nur meine persönliche Ueberzeugung. Ich freue mich, daß meine persönliche Ueberzeugung mit den Auffassungen meiner Auftraggeber übereinstimmt. Es ist nicht meine persönliche Ueberzeugung nur, sondern meine ganze Arbeiterunion steht hinter mir. Deshalb beantrage ich Ihnen, an diesen drei Punkten unter allen Umständen festzuhalten.

Die Erfolge des Aktionskomitees in der Zivildienstfrage sind vom Referenten betont worden. Mein Vorredner hat bereits auf diesen Erfolg hingewiesen. Ob es heute noch der Fall ist, kann ich nicht sagen, aber noch kürzlich war es so, daß Hilfsdienstpflichtige zu Meliorationsarbeiten einfach aufgeboten wurden. Wie es in der Milchpreisfrage gegangen ist, das ist aus berufenem Munde klargelegt worden, daß man Kuhhandel getrieben hat, daß man darauf eingetreten ist, haben die Behörden ihn abschließen wollen. Ich stelle die Frage so: Entweder etwas Rechtes, oder dann gar nichts, dann gehen wir nach Hause und sagen unsern Genossen: Wir können nichts machen, der Bundesrat hat noch für uns Zeit gefunden, wir müssen uns nochmals abspießen lassen, wir sollen das weitere ruhig abwarten.

Es ist auch betont worden, daß die Struktur in der Schweiz nicht dieselbe sei wie in Rußland. Es wird kein vernünftiger Mensch behaupten wollen, daß dem nicht so sei, aber es wird auch kein vernünftiger Mensch behaupten wollen, daß in einem Lande, wo das Volk nun doch selbst dazu kommt, die Sache mehr oder weniger in die Hand zu nehmen, wo es sich endlich aufrafft, um den Behörden nicht nur ein Mißtrauensvotum auszustellen, sondern über dieselben wegschreitet, daß man in einem solchen Lande, das gegenüber Rußland keine Analphabeten aufweist, solche Dinge noch viel leichter zu führen sein müssen. Ein Genosse aus dem Holzarbeiterverbande hat schon dargelegt, daß auch verlorene Kämpfe gewonnene Kämpfe sein können. Ich wage zu behaupten, daß derjenige ver-

lorene Kampf, der nicht ideale Fortschritte gebracht hat, darum verloren ging, weil die Führerschaft versagt hat.

Schneider-Basel: Ich halte dafür, daß wir heute nicht zusammengekommen sind, um Agitationsreden anzuhören, sondern um die Verhältnisse zu betrachten, wie sie in Wirklichkeit sind. Wir haben unter Umständen einen folgenschweren Beschluß zu fassen und deshalb ist es notwendig, daß wir die Fragen, die uns bewegen, mit aller Gründlichkeit behandeln. Es ist heute von verschiedenen Rednern die Kompetenzfrage aufgerollt worden. Ich gebe ohne weiteres zu, daß es notwendig ist, sich mit dieser Frage zu befassen. Um das zu untersuchen scheint mir der richtige Ausgangspunkt zu sein, daß wir die Frage aufwerfen, weswegen dieser Kongreß einberufen worden ist. Wir haben in der letzten Zeit innerhalb unserer Organisationen einen Kleinkrieg zu verzeichnen gehabt, um für die Zukunft die Richtung vorzuschreiben. Ich habe für mich die Ueberzeugung, daß weder die Parteileitung noch der Gewerkschaftsausschuß die nötige Autorität gehabt hätte, diese Fragen zu entscheiden, die uns heute vorliegen, und weil wir diese Auffassung teilen, kamen wir zur Einberufung des Kongresses. Damit steht für mich fest, daß dieser Kongreß die Kompetenz hat, den Kampf zu beschließen und die ordentlichen Organisationsinstanzen mit seiner Durchführung zu betrauen.

Es ist auch an den Forderungen, die dem Bundesrat eingereicht wurden, Kritik geübt worden. Es ist erklärt worden, daß diese Forderungen nicht genügen, um die Lebensinteressen der Arbeiterschaft zu wahren. Die Forderungen sind aber nicht so minderwertig, wie man sie darzustellen beliebt. Gewiß, diese Forderungen sind auf dem Boden der heutigen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung restlos zu verwirklichen, es ist möglich, daß der Bundesrat diese Forderungen bewilligt. Ich glaube trotzdem, daß dann für die Arbeiterschaft sehr vieles erreicht wird, wenn wir auch nicht der Meinung sind, daß dann alle Schwierigkeiten, die heute die Arbeiterklasse belasten, gehoben seien. Das wird erst in dem Moment möglich sein, wo wir in unserem Lande die politische Macht erreichen können. Es ist von Genossen Steiger verlangt worden, daß man nicht nur für das Bundespersonal den Achtstundentag verlangen müsse, sondern daß die Forderung allgemein zu formulieren sei. Da scheint mir doch ein fundamentaler Unterschied zu sein. Wenn wir gegenüber dem Bund den Achtstundentag verlangen, dann wird die Forderung an den Arbeitgeber des Bundesbahnpersonals gerichtet, wenn wir aber die Forderung verallgemeinern, dann richten wir sie nicht an die Arbeitgeber der Privatindustrie, sondern eben an den Staat. Seien wir uns darüber klar, wenn der Bundesrat wirklich dazu kommen sollte, den Achtstundentag zu dekretieren, so würden gerade die Unternehmer rebellisch, sie würden diesem Beschluß unter keinen Umständen Folge leisten. Damit würde für die Arbeiterschaft meines Erachtens auch nichts erreicht. Wir dürfen die objektiven Tatsachen, wie sie sich uns darbieten, nicht vergessen. Weil

wir wissen, daß eine große Differenzierung bezüglich der Arbeitszeit vorhanden ist, deshalb haben wir die Forderung, die sich auf die allgemeine Arbeiterschaft bezieht, etwas allgemein gefaßt, damit die Arbeitszeit im Interesse der Arbeiterschaft verkürzt werden kann. Ich möchte an das erinnern, was der Sekretär des Textilarbeiterverbandes an einer Konferenz in Olten gesagt hat, als er erklärte, es gehe nicht an, den Achttundentag zu fordern, es sei viel besser, eine Arbeitszeit gemäß den Ernährungsverhältnissen in den verschiedenen Berufen zu verlangen. Wenn wir derart vorgehen, müßte in der Textilindustrie, die zum größten Teil Frauen und Töchter beschäftigt, nicht der achttündige, sondern der sechsstündige Arbeitstag durchgeführt werden.

Wir sind alle darüber einig, daß die Antwort des Bundesrates uns nicht befriedigt und ich möchte nicht näher darauf eintreten, sondern nur einen einzigen Satz herausgreifen, der meines Erachtens typisch ist für die im Bundesrat vorhandene Auffassung. Zu unserer Forderung betreffend Rationierung wird gesagt, der Bundesrat sei geneigt, entgegenzukommen, er müsse aber darauf aufmerksam machen, daß nicht der Schein entstehen dürfe, als ob die Produzentenkreise in der Zuteilung von Importwaren ungerechterweise zurückgesetzt würden. Das ist eigentlich der Inhalt der bundesrätlichen Antwort, indem uns hier erklärt wird, der Bundesrat sei gezwungen, auf die Interessen der Bauern und sinngemäß auch auf die Interessen der Unternehmer Rücksicht zu nehmen, auch dann wenn die Arbeiterschaft darunter zu leiden hat. Deshalb kann es für uns nichts anderes geben, als diese Antwort des Bundesrates abzulehnen und ihm zu sagen, daß diese Antwort den Kampf bedeutet, wenn nicht die von uns gestellten Forderungen bewilligt werden.

Nun ist die Frage aufgeworfen worden, ob man noch einmal verhandeln wolle. Mir persönlich ist das vollständig gleichgültig. Wenn Sie heute beschließen, nicht mehr zu unterhandeln, bin ich ebenfalls damit einverstanden. Wenn wir aber zu Unterhandlungen kommen, so kann es sich nicht darum handeln, mit dem Bundesrat lang zu debattieren, sondern nur darum, ihm zu erklären, er habe sich Punkt für Punkt zu äußern mit Ja oder Nein. Damit werden wir ein glattes Resultat bekommen und danach werden wir unsere folgenden Handlungen einrichten können. Ich habe nicht die Furcht, die von Genossen Steiger ausgesprochen worden ist, daß wenn die Forderungen des eidgenössischen Personals bewilligt werden, dann die Arbeiterschaft auseinandergeht. Ich habe auch die Ueberzeugung, daß der Bundesrat darauf ausgeht, die Arbeiterschaft zu spalten. Darauf geht er ja immer aus, aber heute handelt es sich nicht darum, ob diese oder jene Forderung bewilligt wird, sondern meines Erachtens ist es notwendig, zu erklären: So gut als die gesamte Arbeiterschaft hinter dem eidgenössischen Personal steht, so gut muß das eidgenössische Personal hinter der Arbeiterschaft stehen, auch dann, wenn seine Forderungen bewilligt werden. So wie die Situation heute ist, dürfen wir vom eidgenössischen Personal das erwarten.

Es ist am Antrag des Aktionskomitees Kritik geübt worden. Ueber diese Frage wäre vieles zu sagen, aber es scheint mir vor allem notwendig zu sein, daß der Kongreß heute gegenüber dieser schamlosen Antwort des Bundesrates einig und geschlossen dasteht. Es ist notwendig, daß der Kongreß den entschlossenen Willen zum Ausdruck bringt, den Kampf aufzunehmen, wenn eben nicht nachgegeben wird. Es ist von verschiedenen Rednern darauf aufmerksam gemacht worden, daß innerhalb der Arbeiterschaft verschiedene Auffassungen bestehen. Da scheint es uns notwendig zu sein, daß wir uns auf eine mittlere Linie einigen, um der Bourgeoisie ein geschlossenes Ganzes entgegenstellen zu können. Das ist m. E. die Aufgabe des heutigen Kongresses. Der Antrag des Komitees trägt dieser Auffassung Rechnung. Er sagt Klipp und Klar: Wenn die Forderungen nicht bewilligt werden, wenn das Entgegenkommen nicht genügend ist, dann hat der Kongreß den Streit zu beschließen und seine Durchführung dem Aktionskomitee, dem Gewerkschaftsausschuß und der Geschäftsleitung der Partei zu übertragen. Das ist der Weg, den wir heute einschlagen müssen.

Ich habe nicht die Furcht, daß die ordentlichen Instanzen diesem einstimmigen oder nahezu einstimmigen Beschluß des heutigen Kongresses entgegentreten würden, sondern diese Instanzen werden sich veranlaßt sehen, den Kampf auszulösen und ihn so zu führen. Aber das wollen wir heute schon erklären, daß es notwendig ist, denselben eine bestimmte Frist einzuräumen, um die Vorbereitungen derart treffen zu können, daß der Kampf auch mit einer gewissen Aussicht auf eine siegreiche Beendigung geführt werden kann. Es hat keinen Sinn, uns blindlings in eine Aktion hineinzustürzen, um schließlich mit blutigem Kopf heimgeschickt zu werden. Es ist jetzt nicht am Platze, über die Durchführung des Streikes zu reden, dazu werden wir morgen kommen. Dagegen möchte ich unterstreichen, daß es notwendig ist, sich auf dem heutigen Kongreß ganz objektiv zu äußern und die innern Schwierigkeiten darzulegen, zu sagen, was unter Umständen auf dem Spiel steht. Das soll nicht Schwarzmalerei oder Angstmeierei sein, sondern Pressionsmittel gegenüber der Bourgeoisie. Zudem wir erklären, daß wir einsehen, welche Folgen unter Umständen ein solcher Kampf hat, dann können wir mit viel besserem Recht den andern jagen, wenn sie es auf diesen Streit abkommen lassen, dann haben sie die Verantwortung zu tragen, dann sind sie diejenigen, die ihn heraufbeschworen haben. Deshalb sind diese Forderungen derart gestellt, daß der Bundesrat einlenken kann. Ich möchte Sie auffordern, den einstimmigen Antrag des Aktionskomitees anzunehmen und ihm den Auftrag zu geben, den Kampf nachher auszulösen.

Ag: Es ist ein Antrag auf Schluß der Rednerliste eingegangen.

Abstimmung.

Für Schluß der Rednerliste . . . Mehrheit.

Maurer = Derlison : Es ist allgemein gesagt worden, die Forderungen seien zu hoch. Ich sehe keinen Punkt, der zu hoch wäre. Wir haben dem Kapitalismus schon größere Dienste geleistet. Man sollte noch einige Punkte verbessern, z. B. den Punkt 4, die Aufhebung der Ausfuhrverbote von einem Kanton in den andern. In Punkt 8 hätte ich die Forderung gerne gesehen, daß man die Notstandsunterstützungen aufhebt und angemessene Löhne verlangt, damit die Leute nicht betteln müssen. Es ist bald 30 Jahre her, daß wir den Achtstundentag verlangen und jetzt gehen wir hin und sagen in einer großen Forderung, auf deren Nichtbewilligung hin wir den Generalstreik auslösen wollen, daß wir nicht imstande sind, den Achtstundentag zu verlangen. Eine Verzögerung des Streiks würde bloß den Erfolg haben, daß die Arbeiter infolge Unterernährung die nötige Energie nicht mehr aufbringen. Das Aktionskomitee hat schon wiederholt unterhandelt, jetzt will es noch einmal das gleiche machen. Da machen wir nicht mehr mit.

Höggger = Korschach : Genosse Platten hat betont, daß das Aktionskomitee vorsichtig vorgehen müsse, weil eben speziell bei den Führern die Verantwortung ruhe und daß er es begrüße, daß speziell die untern Schichten der Arbeiter vertreten seien. Was den Streik anlangt, so wurde darüber gesagt, was gesagt werden mußte, dennoch getraue ich mich, einige Worte zu sagen. Wenn von Verantwortung gesprochen wird, müssen wir sagen, daß wir auch eine solche auf uns laden, wenn wir nicht in Streik treten, oder wenn wir vorher in Unterhandlungen treten. Der Bundesrat hatte doch Zeit genug, die Forderungen anzunehmen. Er wird nicht weitergehen, da er dem Kapitalismus ausgeliefert ist, mehr können wir also nicht von ihm erwarten, selbst wenn wir zuwarten wollten. Ich möchte Ihnen ohne mehr Worte beantragen, für den Generalstreik einzutreten. Ueber die Frage, ob er am 1. August losgehen soll, wird man sich noch schlüssig machen müssen. Das Aktionskomitee wird uns noch Auskunft geben, wieweit alle Fragen geprüft wurden, und wir werden dann den Tag festsetzen können.

Bobst = Zürich : Das Aktionskomitee hat offenbar seinen tüchtigsten und auch raffiniertesten Redner gestellt, um seine Anträge zu begründen. Genosse Grimm hat uns eine sehr genaue Darstellung der Verhältnisse gegeben, in welchen die Arbeiterschaft heute zu leben gezwungen ist. Die Schlüsse aber, die er daraus gezogen hat, sind durchaus verfehlt, da er uns klarmachen wollte, wir sollten noch einmal Unterhandlungen anzubahnen versuchen. Ich möchte den Schwerpunkt meiner Ausführungen auf diese Sache verlegen.

Betrachten sie einmal die Forderungen, die aufgestellt worden sind, namentlich die 2 ersten Punkte, so werden Sie finden, daß da nichts anderes geantwortet werden kann, als Ja oder Nein. Der Bundesrat hat so geantwortet, wie er konnte von seinem Standpunkt aus, und es wäre eine Täuschung sondergleichen, wenn man die Hoffnung hegen wollte,

daß bei nochmaligen Verhandlungen aus dem Nein ein Ja werde. Was haben aber dann Verhandlungen noch für einen Sinn? Will man nun ehrlich diese zwei Punkte verwirklichen, dieses Verbot aufgehoben wissen, so muß man der Arbeiterschaft erklären, sie könne nicht anders, sie müsse allein schon um dieser zwei Punkte willen den Kampf aufnehmen. Will man aber gerade diese elementaren Forderungen, die Aufrechterhaltung der Pressefreiheit und Versammlungsfreiheit und des Asylrechts nicht durchbringen, dann allerdings, wenn man das riskieren will, dann hätten Verhandlungen noch einen Zweck. Ich vermute sehr, daß es unter den Mitgliedern des Aktionskomitees Leute gibt, die diesen Weg beschreiten wollen. (Widerspruch.) Es wird gesagt, das sei nicht so, aber wenn man doch noch verhandeln will, dann muß man sich doch fragen, was diese Verhandlungen noch für einen Zweck haben sollen. Täuscht sich ein einziger unserer Genossen darüber, ob der Bundesrat hier in diesen zwei Punkten eine andere Stellung einnehmen wird? Ich weiß nicht, wie man ein solches Vertrauen auf die Macht des Kongresses haben kann. Ich habe das nicht, wenn der Kongreß nicht den Beschluß faßt, den Kampf sofort aufzunehmen. Das kann doch nur die einzige Antwort sein, wenn wir in der gleichen Weise zufahren wollen, so etwas in Regie zu machen, etwas Kulissenarbeit zu verrichten und etwas Theaterdonner, wie bisher, so werden wir sehen, daß die Arbeiterschaft in Zukunft einem solchen Kongreß auch nicht mehr ein großes Vertrauen entgegenbringt. Kein größeres als sie dem heutigen Kongreß entgegenbringt. Im Interesse des Vertrauens der Arbeiterschaft gegenüber denjenigen Veranstaltungen und Organisationen, die wir haben, dürfen wir heute nicht auseinandergehen mit dem Beschluß, das Aktionskomitee soll nochmals unterhandeln und versuchen, kleinere oder größere Konzessionen zu erreichen, weil auf den wesentlichen Punkten keine Konzessionen erreichbar sind. Wenn wir auch auf den kleineren Forderungen noch Zugeständnisse erreichen könnten, das elementare Recht, das die Arbeiterschaft haben muß, um in Zukunft den Kampf zu führen, Versammlungsrecht, Pressefreiheit, wenn das nicht aufrechterhalten wird, wenn die Möglichkeit aufrechterhalten bleibt, daß die Kantonsregierungen dieses Recht unterbinden, so hat alles das, was wir heute vielleicht materiell vom Bundesrat in anderer Form zugestanden erhalten, nicht den geringsten Wert, und zwar deshalb nicht, weil die Entwicklung so geht, daß das, was heute materiell zugestanden wird, schon im nächsten Monat wieder aufgehoben wird. Ich bin der Meinung, wir sollten unsern Beschluß so fassen: „Der Kongreß nimmt Kenntnis von der Eingabe des Aktionskomitees und zugleich von der Antwort des Bundesrates. Er stellt fest, daß diese Antwort eine beschämende, eine provokatorische ist, und gibt als Antwort der Arbeiterschaft die Parole aus, sofort den Generalstreik vorzubereiten und einem noch morgen vielleicht zu wählenden andern Komitee die Kompetenz zu erteilen, diese Aktion auszulösen. (Beifall.)

G r i m m : Wir sind mit diesem Antrag sehr einverstanden. Nur los! (Heiterkeit.)

Erzinger = Papiermühle: Soweit ich habe beobachten können, bringt die Arbeiterschaft seit der Demonstration vor einem Jahre, von der man sich so viel versprochen hat, den Aktionen, die man vorbereiten will, nicht mehr das Interesse entgegen wie vorher, sie ist deprimiert. Man muß konstatieren, daß z. B. Lokalvorstände die Anordnungen nur mit Widerwillen durchführen, daß sie der ganzen Angelegenheit nicht mehr das wünschenswerte Interesse entgegenbringen. Wiederholt sind dem Aktionskomitee Vorwürfe gemacht worden. Ich selbst habe mitunter gefunden, es hätte mehr geschehen können. Andererseits habe ich konstatieren können, daß das gegenseitige Vertrauen und die Verbindung nicht mehr da war. Heute halte ich dafür, daß die Anträge des Aktionskomitees angenommen werden können. Für mich ist aber die Frage die, daß das nur der Auftakt ist, daß wir damit noch nicht zum Ziel kommen. Alle die Bestimmungen, die der Bundesrat bis heute erlassen hat, sind Kautschukbestimmungen. Beschlagnahmungen sind ausgesprochen worden, gewiß, aber wenn man irgendwie eingreifen wollte, so hat man keine Handhabe gehabt. So hat man in der Stadt Bern konstatieren können, daß die Verordnungen, die zum Schutze der Mieter erlassen worden sind, durch Hauskäufe aufgehoben werden konnten. Das Bundesgericht hat den Beschluß des Bundesrates, wo man geglaubt hat, man habe nun eine Handhabe gegen Mietzinssteigerungen, als ungesetzlich erklärt, so daß die Hausagrarien auch fernerhin die Mieter hinaus-schmeißen können. Das Bundesgericht fießt Mücken und verschluckt Kamele. Es geht bei den bevorstehenden Kämpfen nicht nur um den Bundesrat, es geht auch um das Bundesgericht, es geht überhaupt um das Kapital. Wir müssen wissen, daß es um das Ganze geht. Mit halben Maßregeln kommen wir nicht durch. Ich bin einverstanden, daß man das befristet, aber jedenfalls sollte das Aktionskomitee die Frist nicht länger ausdehnen als auf 1. August, damit nicht die bürgerliche Klasse sich verproviantieren kann. Es wäre natürlich besser, wenn man morgen schon los-schlagen könnte, als wenn man es erst in einer Woche macht, aber mindestens am 1. August soll die Sache losbrennen.

Grimm: Es sind noch 16 Redner eingeschrieben, davon 11 aus der Stadt Zürich, vielleicht wäre es doch möglich, daß einige davon auf das Wort verzichten.

Platten: Es ist ein Genosse da, der gerne ein Votum gegen den Generalfstreik abgeben würde, der aber verpaßt hat, sich einschreiben zu lassen. Kann dem das Wort nicht noch erteilt werden.

Grimm: Ich bin der Meinung, daß wir uns an die Geschäftsordnung zu halten haben, sonst könnte jeder kommen mit der Begründung, er habe etwas Besonderes zu sagen.

Mimioia = Zürich: Die Zürcher Arbeiter, die uns hieher delegiert haben, sind entschlossen, alles in die Wagschale zu werfen, wenn der heutige Kongreß sich entschließt, eine Aktion einzuleiten, um seinen Forderungen den nötigen Nachdruck zu geben, aber sie wünschen, daß nun diese Po-

litit des Frühhandels endlich aufhöre, daß endlich einmal der ernstliche Kampfwille sich kundtue, nicht nur in Worten und schönen Resolutionen, sondern daß er einmal entschlossen zur Tat schreite. Die Zürcher Arbeiter sind deshalb entschlossen, da sie besonders unter diesen Beschlüssen des Bundesrates zu leiden hatten, in den Kampf zu treten. Nicht nur werden infolge der stetig zunehmenden Teuerung alle Ergebnisse der Lohnkämpfe wieder aufgezehrt, es ist auch zu konstatieren, daß infolge der Beschlüsse des Bundesrates betr. Zwangsarbeit der Refraktäre und Deserteure besonders die Bauarbeiter zu leiden haben. Dieser Umstand hat eben jene Stimmung geschaffen, die bereit ist, alles zu tun, bereit ist, sich an Ihre Seite zu stellen. Es ist nicht richtig, daß die Verordnung des Bundesrates aufgehoben ist, diese Aufhebung besteht nur im Kanton Zürich, aber wir konstatieren, daß in der übrigen Schweiz, besonders in der welschen Schweiz noch an verschiedenen Orten besondere Italienerkolonien unter diesen Aufgeboten leben und unter dieser Kontrolle stehen und Zwangsarbeit verrichten. Infolgedessen ist es nicht richtig, wenn man glaubhaft machen will, daß der Erfolg im Kampf gegen die Zwangsarbeit ein voller gewesen sei. Wir wissen, daß z. B. der schweizerische Baumeisterverband beim Bundesrat vorgespochen hat und ihn ersucht hat, er möge geeignete Maßnahmen treffen, um diesen vielen Streiks entgegenzutreten. Es sollte den Bauarbeitern unmöglich gemacht werden, in nächster Zeit durch wirtschaftliche Kämpfe eine ökonomische Besserstellung zu erreichen. Wir sind aber nicht nur durch diese wirtschaftlichen Schwierigkeiten bedroht, an denen wir unmittelbar beteiligt sind, sondern auch durch die politische Reaktion. Wir wissen, daß im Baugewerbe die größte Zahl von ausländischen Genossen tätig ist. Durch den neuen Bundesratsbeschuß, der besonders die Versammlungsfreiheit in Frage stellt, wird die Wahrung ihrer wirtschaftlichen Rechte für diese Kollegen sehr schwer gestaltet. Sie erwarten von Ihnen, daß Sie mit Ihrer ganzen Kraft diese Rechte zu verteidigen wissen und alles einsetzen, damit sie nicht verhunzt werden.

Sie erwarten aber nicht nur das von Ihnen, sondern sie glauben auch, daß es nun an der Zeit ist, sich nicht mehr mit den kleinen partiellen Kämpfen zu begnügen, wie sie in der letzten Zeit stattgefunden haben. Ein radikaleres Mittel kann nur dasjenige sein, daß auf dem Wege des politischen Kampfes versucht wird, nicht nur eine bessere Rationierung herbeizuführen, sondern die Beschlagnahme der wichtigsten Lebensmittel. Nur darin liegt die Garantie dafür, daß es möglich ist, eine gewisse PreSSION auszuüben und diesem ewigen Ansteigen der Preise entgegenzutreten.

Wenn dem Aktionskomitee allerlei Vorwürfe gemacht werden, so kann man wohl damit einverstanden sein. Ich persönlich möchte dem Aktionskomitee keinen Vorwurf darüber machen, daß es die Arbeiterschaft nicht in große Aktionen hineingeschleppt hat. Ich bin der Ueberzeugung, wenn in den untern proletarischen Massen das richtige Massenbewußtsein

und der richtige Kampfgeist vorhanden gewesen wären, daß das Aktionskomitee diese Bewegung nicht hätte zurückhalten können. Wenn ich an dem Komitee etwas aussetze, so nur deshalb, daß es nichts getan hat, um in den proletarischen Massen den Klassenkampfgeist hervorzubringen, dort die psychologischen Bedingungen zu schaffen, die notwendig sind. Wir wissen sehr gut, daß sich während der Kriegszeit die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse zugespitzt haben, daß unten eine Verelendung der Massen zu konstatieren ist, während auf der andern Seite eine immense Verelendung der Kapitalisten stattfindet. Hand in Hand mit dieser Verschärfung des Massengegensatzes hätte natürlich auch die Masse durch unsere Partei und die Gewerkschaften auf diese Entwicklungstendenz aufmerksam gemacht werden sollen, dann wären nach meiner Ansicht die Bedingungen da, um die Massen in Bewegung zu setzen und eine einheitliche Bewegung auszulösen. Wenn wir schon von Rußland sprechen, so wollen wir nicht vergessen, daß man dort eben doch in diesem Sinne schon während langer Jahre sozialistische Erziehungsarbeit geleistet hat. Bei uns hat man sich auf Tagespolitik, auf Kleinreform beschränkt, man hat wohl immense Gelder ausgegeben für unbedeutende Wahlagitatorien, aber man hat sich nicht angestrengt, um ein großes Flugblatt unter die Masse zu bringen. Als die Pfahlbürgerinitiative zu unterzeichnen war, da hat das Aktionskomitee einen großen Fehler gemacht, indem es die politische Aufklärungsarbeit nicht mit den Mitteln vornahm, die nötig waren. Das ist der einzige Vorwurf, den ich dem Aktionskomitee mache. Man sagt, die Parteipresse hätte Propaganda gemacht. Sie wissen, daß unsere Parteipresse leider noch nicht so verbreitet ist, wie es wünschbar wäre. Deshalb wäre es angebracht gewesen, mit anderen Mitteln Propaganda zu treiben.

Und nun noch einige Worte zu den Forderungen. Es sind von den Zürcher Genossen schon eine Reihe von Organisationsanträgen gestellt worden, insbesondere ist der Achtstundentag für alle Arbeiter gefordert worden. Ich bin damit einverstanden, wenn wir eine Erschütterung in die Massen bringen wollen, so muß der Kampf um den Achtstundentag vor allen Dingen aufgenommen werden. Wenn Sie diese Forderung nicht aufnehmen, so werden Sie auf der Seite der Proletarier nicht diejenige Begeisterung und Kampfeszuversicht wecken, wie sie notwendig ist. Andererseits möchte ich bei Punkt 1 angebracht wissen, daß man nicht nur Demonstrationen wieder erlaubt, sondern daß man auch verlangt, daß die früher erlassenen Verbote wieder aufgehoben werden. Wir sehen, daß dieses Bestreben des Bundesrates nichts anderes ist, als ein Glied in der langen Kette der Maßnahmen. Wenn wir heute diese Forderung nicht wieder aufstellen, wird das nichts nützen. Interessanterweise können wir in der Nationalzeitung konstatieren, daß man davon spricht, daß die jetzigen Forderungen bedeutend gemäßigter seien, so daß eine Einigung event. möglich sei. Sie sehen, daß man auf bürgerlicher Seite bereits eine Ermäßigung dieser Forderungen voraussetzt. Ich möchte noch die Forderung

unterstützen, daß die Freilassung aller politischen Gefangenen postuliert wird, die Freilassung aller politischen Opfer unserer Bourgeoisie, wie z. B. Guilbeaux in Genf. Sie müssen heute ganze Arbeit machen. Sie müssen das Mißtrauen, das besteht, lösen, Sie haben sich klipp und klar zu entscheiden.

Grimm: Der Appell an die Zürcher Genossen, auf das Wort zu verzichten, hat insofern Erfolg gehabt, als ein Genosse aus — Biel darauf verzichtet hat.

Werb-Schaffhausen (zur Geschäftsordnung): So wie ich die Stimmung kenne, wird kein Zweifel über den Beschluß bestehen. Ich möchte die Zürcher Genossen bitten, daß sie der großen Idee des Generalstreiks zuliebe das Opfer bringen, das Maul zu halten.

Hardauer-Zürich: Als Delegierter des Verbandes der Handels-, Transport- und Lebensmittelarbeiter habe ich mit meinen Arbeitskameraden die Auffassung, daß die schweizerische Arbeiterschaft nur die Wahl hat, entweder zu kämpfen oder zu unterliegen. Wir haben während dieser Zeit eine Reihe von Erfahrungen gemacht, die uns vor die Tatsache gestellt haben, durch die Knute des Kapitalismus und des Militarismus in die Ecke getrieben zu werden. Die schweizerische Arbeiterschaft wird vor die Wahl gestellt, entweder den Kampf aufzunehmen oder weiter zu leiden. Wenn wir schon vor diesen Tatsachen stehen, wenn der Kongreß wegen derselben einberufen worden ist und sich klar und deutlich das Bild ergeben hat, so meine ich, daß nichts mehr im Wege steht, um den Kampf aufzunehmen. Wenn wir den Kampf aufnehmen sollen, bin ich der Auffassung, daß nicht nur die Industriearbeiter, sondern auch die Gemeinde- und Staatsarbeiter in den Kampf einbezogen werden sollen. Wenn die Industriearbeiter den Kampf erfolgreich durchführen sollen, so brauchen sie diese Arbeiter. Es ist darauf hingewiesen worden, daß auch unsere eidgenössischen Arbeiter nicht auf Rosen gebettet sind und daß sie nichts anderes tun können, als sich dem gesamten Industrieproletariat anzuschließen. Das ist richtig.

Wenn die Forderungen, die dem Bundesrat unterbreitet worden sind, von diesem so schnöde abgelehnt worden sind, daß Aktionskomitee und Kongreß konstatieren müssen, daß sie ein Faustschlag in das Gesicht der Arbeiterkreise sind, so müssen wir eben den Kampf aufnehmen. Wenn wir heute den Kampf aufnehmen, so können wir sicher sein, daß er nicht nur eine allgemeine Arbeitsniederlegung sein wird und damit enden wird, sondern daß er sich weiter spinnen wird. Wir stehen vor der Tatsache, daß wir durch unser Programm, das wir dem Bundesrat unterbreitet haben, auf einem Punkt angelangt sind, daß wir ein System beseitigen wollen, das die Arbeiterschaft ins Elend gebracht hat. Mit diesem Programm sind nicht alle Parasiten beseitigt, welche heute im Ueberfluß leben. Die Lebens- und Genußmittelarbeiter können täglich Beispiele dafür liefern, wie diese Parasiten in den Hotels und Kurorten leben, während man in den Städten die Rationierung vornimmt. Wenn wir solche Tatsachen

vor uns haben, bleibt der Arbeiterschaft nichts anderes übrig, als den Kampf mit aller Energie aufzunehmen. Wir haben den Moment verpaßt, als die Frage der Hilfsdienstpflcht auftauchte. Dort hätten wir den Kampf aufnehmen sollen.

Aus diesen Erwägungen ist die Pfahlbürgerinitiative entstanden. Wir haben böses Blut gepflanzt, es ist Tatsache, daß die Pfahlbürgerinitiative gerade von den Arbeitern aus ihrer verärgerten Stimmung heraus unterzeichnet worden ist. Dort also haben wir den Kampf versäumt und heute stehen wir vor der Tatsache, daß, wenn wir nicht noch mehr Sympathien verlieren wollen, wir diesen Kampf aufnehmen müssen. Wenn wir den Kampf nicht auslösen, dann wird die schweizerische Arbeiterschaft gegenüber dem ganzen internationalen Proletariat vor die Wahl gestellt werden, zu kämpfen oder unterzugehen.

Brandenberger = Zürich: In dem Willkommgruß der Basler Arbeiterschaft zum Kongreß ist gesagt, daß Beschlüsse von weittragender Bedeutung zu fassen sind. Gewiß wird der Kongreßbeschuß ein Markstein der Arbeiterbewegung sein, sofern der Kongreß dazu kommen wird, den Generalstreik zu beschließen. Eine Schande würde es für die Arbeiterschaft bedeuten, wenn er nicht dazu kommen würde. Die Arbeiterschaft ist nun genügend am Gängelbände herumgeführt worden von seiten der Regierung. Ueber die Kompetenzerteilung werden wir einig sein. Jede Organisation wird sich bei Erteilung eines Mandates dessen bewußt sein, daß dabei Beschlüsse herauskommen, die für die Arbeiterschaft bindend sind, sonst hätten wir uns die großen Kosten der Delegation ersparen können. Es muß nun gehandelt werden. Sonderaktionen bedeuten eine Schwächung der Arbeiterklasse. Wenn wir aber nicht dazu kommen, eine Gesamtaktion auszulösen, werden wir nie und nimmer von solchen Sonderaktionen loskommen. Diejenigen Genossen, denen es so lange daran lag, eine Gesamtaktion zu unterbinden, sind die Schuldigen, daß solche Sonderaktionen vorkommen, die jede positive Arbeit der Arbeiterbewegung verunmöglichen.

Im weiteren bin ich darüber enttäuscht, daß noch kein Delegierter des Förderativverbandes gesprochen hat, damit wir heute hören können, wie dieser Verband zu den Forderungen der Arbeiter Stellung nimmt. Bis zum 1. August wird man denke ich den Streik vorbereiten können.

Schmid = Olten: Ich habe mich verwundert, daß noch keiner von denen, die bis jetzt gesprochen haben, den bestimmten Antrag eingebracht hat, es möchte in den Forderungen, die das Aktionskomitee aufgestellt hat, bestimmt verlangt werden, daß, wenn der Generalstreik beschloffen wird, das eine Ziel des Generalstreikes, ein Punkt, der unbedingt erreicht werden muß, der Achtstundentag für alle Arbeiter eingeführt werde. Wenn Sie den Generalstreik beschließen, und ich glaube, die Stimmung dafür sei da, wie wollen Sie es draußen bei den Massen begreiflich machen, daß es um etwas Großes geht, wenn Sie ihnen diese elf Punkte vorlesen. Es fehlt

doch an der klaren Forderung eines Zieles, für das wir schon lange gekämpft haben, allerdings mehr mit andern Aktionen. Ich kann mir aber auch nicht verhehlen, daß wohl der größte Teil der Redner, der hier gesprochen hat, sich einfach vorstellt, den Generalkstreik beschließen heiße auch, ihn gewinnen. Da möchte ich noch ein großes Fragezeichen machen. Ich bin einverstanden, daß wir diesen großen Kampf beginnen, aber ich möchte ihn nicht über das Knie brechen und ich möchte empfehlen, dazu zu stimmen, daß mit dem Bundesrat noch einmal unterhandelt wird. Ich möchte aber während dieser Unterhandlungen eine andere Aktion beginnen: Die direkte Aktion um den Achtstundentag, im dem Sinne, daß vom 1. August weg — die Parole dazu muß natürlich sofort ausgegeben werden — die Arbeiterschaft verpflichtet wird, nach achtschündiger Arbeitszeit die Arbeit zu verlassen. Das ist eine wirksame Unterstützung der Verhandlungen. Zu diesem Behuf möchte ich Ihnen folgenden Zusatzantrag empfehlen: „Der allgemeine schweizerische Arbeiterkongreß beschließt, daß vom 1. August an alle Arbeiter in staatlichen, kommunalen und privaten Betrieben nur noch acht Stunden arbeiten, die Arbeiter der Bundesbahnen sofort nach Revision ihrer Arbeitsordnung, die sofort zu erzwingen ist. Es ist sofort die Parole an die Arbeiter auszugeben, daß sie vom 1. August an die Arbeit verlassen, wenn sie acht Stunden gearbeitet haben. Im ferneren wird das Aktionskomitee beauftragt, im Sinne dieses Antrages sofort zu unterhandeln und das Resultat einem baldigst einzuberufenden neuen Kongreß vorzulegen.“ Im Antrag des Aktionskomitees heißt es: „Für den Fall, daß der Bundesrat nicht unverzüglich genügende Zugeständnisse macht, beschließt der Kongreß die Verhängung des allgemeinen Landesstreiks“. Das kann doch nur so verstanden werden, daß noch heute beschlossen wird. Wer wird aber darüber bestimmen, ob die Zugeständnisse des Bundesrates genügend sind oder nicht. Ich glaube, mit der von mir vorgeschlagenen Aktion sei es vielleicht möglich, unter dem Druck der direkten Aktion für den Achtstundentag den Bundesrat gefügig zu machen. Wird er es nicht, so haben wir die Massen schon in Fluß und es wird uns besser gelingen, diese Aktion zu einem guten Ziel zu bringen. Wenn nicht die bestimmte Forderung des Achtstundentages aufgenommen wird, gebe ich nichts für die ganze Aktion.

Trindler = Zürich: Es hat in den Kreisen der Zürcher Metallarbeiter eine große Mißstimmung hervorgerufen, daß das Aktionskomitee die Forderung des Achtstundentages nur für die Arbeiter der eidgenössischen Betriebe aufgestellt hat. Wir können die andere Forderung nicht als Ersatz dafür gelten lassen, diese verschwommene Forderung, die an den Bundesrat nur das Ersuchen stellt, er möchte nach Möglichkeit die Arbeitszeit durch Bundesbeschluß beschränken. Wir Delegierten dürfen nicht nach Hause kommen, wenn wir nicht dafür gewirkt haben, daß dieses Postulat in dem Sinne abgeändert wird, daß die Forderung des Achtstundentages auf sämtliche Arbeiter der ganzen Schweiz ausgedehnt wird. Genosse

Schneider hat uns nun mit juristischer Beredsamkeit erklärt, warum dieses Postulat so formuliert worden sei. Er meinte, daß dieser ganze Generalstreik, der geplant sei, sich eigentlich gegen drei Punkte richte und daß nur der Bund als Arbeitgeber in Betracht komme. Es scheint mir aber ein logischer Widerspruch zu bestehen, wenn einige Sätze weiter unten an den Bundesrat das Ersuchen gerichtet wird, er möchte die andern Unternehmungen durch Bundesbeschluß dazu bringen, daß sie die Arbeitszeit angemessen reduzieren. Es würde eine große Schädigung der Gewerkschaften bedeuten, wenn wir dies nicht durchsetzen. Ich glaube sogar, den Gewerkschaftsdelegierten empfehlen zu können, daß sie ihre Zustimmung zu einer allgemeinen Aktion davon abhängig machen, daß das Aktionskomitee diese Artikel abändert, in dem Sinne, daß die achtfündige Arbeitszeit für sämtliche Arbeiter der ganzen Schweiz gefordert wird, daß sie eventuell im Fabrikgesetz gesetzlich festgelegt wird. Ich könnte mich mit dem Antrag Schmid einverstanden erklären, der die Erämpfung des Achtturentages gewissermaßen in Parallele zu unserer heutigen Aktion setzt. Auf keinen Fall können wir zugeben, daß wir andern Arbeiter den Achtturentag nur für die Staatsarbeiter erkämpfen und selbst leer ausgehen sollen.

Bertschli = Zürich: Bei den Metallarbeitern ist eine Erbitterung gegen den Zentralvorstand entstanden, weil er sich an die Bestimmungen des Kongresses nicht binden lassen wollte. Ich kann dem Zentralvorstand, den Kollegen Jig und Dürr nur sagen, daß sie persönlich nicht an diese Beschlüsse sich binden zu lassen brauchen, sondern daß die Arbeiter sich selbst binden werden und daß sie hoffentlich endlich einmal diese Leitung, diese Leute, die nicht einmal mehr Schimpfnamen verdienen, hinausjchmeißen aus dem Zentralvorstand. Wir müssen darauf sehen, daß wir Allgemeinforderungen verlangen, nicht Einzelforderungen. Darum her mit dem Achtturentag.

Heß = Zürich: Ich hätte schließlich gern auf das Wort verzichtet, wenn es sich für mich nicht darum handeln würde, eine Feststellung zu machen. Genosse Schneider hat uns vorgehalten, daß wir uns auf einer Mittellinie einigen sollten. Ich habe mir gesagt, daß wir uns bis jetzt immer auf der Mittellinie geeinigt und dabei nichts herausgeholt haben. Wie lange haben wir nicht Forderungen gestellt, zuerst einzelne Verbände für sich an die Meistervereine; wir sind immer abgewiesen worden. Wollen wir nun noch einmal warten und unterhandeln? Dann werden wir in drei bis vier Wochen das gleiche Spiel haben wie jetzt. Wir müssen einen bindenden Beschluß fassen und sagen, daß wir einmal mit dieser Musik aufhören und daß wir für unsere Bewegung eintreten, damit sie eine schweizerische Bewegung wird. Wir werden das erreichen, daß wir einmal sagen können, daß wir auf unserem Boden sind und zu etwas gelangen.

Kaß = Zürich: Es ist vom Vorstehenden erklärt worden, die Zürcher Genossen sollen nun auf das Wort verzichten. Ein anderer Genosse hat

gesagt, wir sollten das Maul halten. Das werden wir uns nicht gefallen lassen. Es ist auch andern Genossen unbenommen, sich zum Worte zu melden. Die Postulate sind sehr klar, so daß jedenfalls die Mehrzahl der Kongreßmitglieder mit ihnen einverstanden sein kann. Sie sind nur etwas zu zahm. Die Forderungen sind eingereicht, die Antwort ist da, die Kongreßdelegierten könnten es gegenüber ihren Wählern nicht verantworten, wenn sie, gestützt auf diese Antwort des Bundesrates nach Hause kämen und sagen müßten, der Kongreß sei ergebnislos verlaufen. Es wird gesagt, daß die Organisationen nicht genügend vorbereitet seien. Da ist zu sagen, daß es Pflicht des Aktionskomitees gewesen wäre, die Lokalkomitees aufzufordern, die Organisation vorzubereiten, so daß die Sache geklappt hätte, wenn es nötig gewesen wäre. Wir verlangen, daß die an den Bundesrat gestellten Forderungen den Charakter eines Ultimatus erhalten, daß sie bis Montag abends 4 Uhr in ihrem vollen Umfange bewilligt werden müssen, ansonst in den Generalstreik eingetreten würde.

L e u c h = Genf: Ich möchte hauptsächlich für den Achtstundentag eintreten. Man hat dem Aktionskomitee vorgeworfen, es sei zu wenig energisch dreingefahren. Ich bin nicht dieser Meinung. Das Aktionskomitee ist nicht dazu da, um die Massen mitzureißen, sondern die Aktion muß aus den Massen kommen. Wir haben bei uns befürchtet, daß der Generalstreik nicht gelingen könnte. Die Verhältnisse auf dem Land sind wahrscheinlich ziemlich böse. Auf dem Plage Genf haben wir wohl 2000 Mitglieder, aber ich fürchte, daß der Generalstreik da nicht wirksam durchgeführt werden kann, weil die Mitglieder zu wenig energisch sind und im weitern habe ich Bedenken wegen eines Truppenaufgebotes. Auch da werden die Genossen zu wenig energisch sein. Im Falle eines Truppenaufgebotes fordere ich die Genossen auf, direkt den Gehorsam zu verweigern.

D ü b e r = Basel: Ich habe den Antrag gestellt, daß sämtliche Artikel bei Konditoreien, wie Reis, Zucker, Mehl usw., ebenso Reis bei den Bierbrauereien beschlagnahmt werden und unter die arbeitende Bevölkerung verteilt werden sollen. Man kann mir entgegenhalten, daß dadurch viele Arbeiter brotlos werden. Demgegenüber muß man sagen, daß, wenn diese Artikel für die Brotbereitung verwendet werden, wir dann mehr Brot haben. Wofür sollen wir diese Artikel an die Bourgeoisie abgeben? Zu den übrigen Forderungen möchte ich noch sagen, daß die Antwort des Bundesrates eigentlich eine Herausforderung gegenüber der Arbeiterschaft ist, gegenüber dem Bauernstand aber eine Feigheit, indem der Bundesrat zu feig ist, von dort etwas zu verlangen. Die Antwort kann nur der Generalstreik sein, und zwar der Generalstreik ohne Frist. Wenn man eine Frist festsetzen will, soll sie so gewählt werden, daß der Bundesrat nur Zeit hat, sich zu besinnen, ja oder nein zu sagen. Ich möchte dem Kongreß empfehlen, für den Generalstreik zu stimmen, und zwar für den 1. August.

G ö h l = Biel (auf französisch, wegen der großen Unruhe im Saal unverständlich, deshalb Wiedergabe der Uebersetzung durch Genossen Ribl): Genosse G ö h l von Biel möchte den Kongreß nicht verlassen, ohne seine Meinung über den Generalstreik zu sagen. Er hat bis jetzt die Redner aufmerksam angehört, die sich alle für den Generalstreik ausgesprochen haben. Er möchte ihnen aber das in Erinnerung rufen, was bei Beginn des Krieges geschah. Dort glaubte jedermann, in einigen Monaten werde die ganze Geschichte erledigt sein, und er glaubt, mit dem Generalstreik könnte es ebenso gehen, wie mit dem Krieg. Diejenigen, die glauben, daß die Angelegenheit in aller Kürze erledigt werden könnte, könnten sich eventuell täuschen. Auf Grund der Beobachtungen, die er in seiner Gegend gemacht hat, stellt er sich auf den Standpunkt, daß sich die Arbeiterschaft in Biel, wo sie rege ist, für den Generalstreik erklären wird, daß aber an andern Orten die Begeisterung sehr mäßig ist. Auch gibt es Kollegen, oder solche die sich so nennen, die man nicht Kollegen nennen darf. Mit diesen muß man rechnen, diese können die Bewegung stören. Er führt an, daß es Genossen gibt, denen es nichts ausmacht, die Gewerkschaften um ihre Beiträge zu bestehlen, oder sie einfach nicht zu bezahlen. Er fragt auch, wer es denn sei, der den Genossen Gemüse stiehlt. Selbstverständlich sind es nicht die Kapitalisten. Es ist auch mit der Mentalität dieser Genossen zu rechnen und darauf zu achten, was diese in einem Generalstreik leisten könnten. Nach seiner Ansicht ist es recht schwer, mit solchen Elementen in einen Kampf zu treten. Die ledigen Genossen in Biel werden gerne Generalstreik machen, denn sie haben keine Familie zu erhalten, die Familienväter aber haben eine andere Verantwortung. Mit diesen Verhältnissen muß man rechnen. Deshalb glaubt er, daß die Verantwortung für einen Generalstreiksbeschluß eine zu große ist und daß die Frage ernstlich geprüft werden sollte. Er macht auch noch auf ein anderes Beispiel aufmerksam, das nach seiner Meinung bezeichnend ist für die Mentalität vieler Arbeiter. Es gibt Arbeiter, die anstatt Gewerkschaftsbeiträge zu zahlen, ihren Vorarbeitern Gemüse und andere Geschenke bringen.

Dr. S i g = B a h = Chur: Um die Diskussion etwas anders zu gestalten und weil ich dazu Auftrag habe, möchte ich doch wieder einmal einen Antrag einbringen. Ich tue das, weil ich von der Erwägung ausgehe, daß man eigentlich mehr positiv zu diesen Dingen reden sollte, daß man sich mehr mit den Anträgen beschäftigen sollte, anstatt sich allgemein über die Lage auszusprechen, worüber man schon orientiert ist. Ich denke, daß wir alle damit einverstanden sind, daß diese Forderungen im großen und ganzen, wie sie hier sind, zum Beschlusse erhoben werden können. Man hat vorher davon gesprochen, die Zürcher Genossen möchten das Maul halten. Ich möchte noch viel mehr wünschen, daß diejenigen, die nicht das Wort haben, das Maul halten.

Man spricht davon, daß die ganze Aktion eigentlich eine Abwehr gegen die konstante Teuerung und gegen die sich immer wiederholenden, ins Extreme sich steigenden Uebergriffe des Bundesrates sei. Nun haben wir uns gesagt, wenn wir vom Generalstreik sprechen, dürften wir vielleicht auch einmal daran denken, eine Offensive, eine Gegenmaßnahme einzuleiten, nicht nur immer Abwehrmaßnahmen. Genosse Grimm hat sehr richtig ausgeführt, daß sämtliche Forderungen im großen und ganzen dem System nicht gerade sehr weh tun würden. Die Nationalzeitung hat heute abend auch gefunden, daß diese Forderungen sehr mäßig seien, daß man sie ganz gut bewilligen könnte; für diese Forderungen wären wir nicht in den Streik getreten. Wenn sie nicht bewilligt werden, so ist nach meiner Meinung absolut sicher, daß wir im Streikfalle nicht an dieselben gebunden sind und Ziffer 3 sollte nun folgendermaßen gefaßt werden: Es sollen geschaffen werden: Kontrollkommissionen für die Beschaffung und Verteilung der Lebensmittel und der nötigsten Bedarfsartikel in Bund, Kantonen und Gemeinden, bestehend mehrheitlich aus Vertretern der Arbeiterschaft. Im weitern sollen darin vornehmlich die kleinen Beamten, Angestellten und Arbeiter vertreten sein. Diesen Kommissionen sind die weitesten Kompetenzen einzuräumen in allen Fragen der Landesversorgung mit Lebensmitteln und nötigen Bedarfsartikeln sowie in der Wohnungsfürsorge. In Ergänzung hierzu wäre zu sagen, daß die Schweigepflicht über Lebensmittelverkehr und Lebensmittelschmuggel, die bekanntlich besteht, aufgehoben ist und zu ersetzen ist durch die allgemeine Anzeigepflicht. Wenn wir die Einsetzung solcher Kommissionen beantragen, so bedeutet das einfach eine Besserung im System. In den Fragen, die mit der Versorgung des Volkes, mit der Versorgung mit Kleidung und Wohnung zu tun haben, sollten diese Kontrollkommissionen das oberste Organ sein, nachdem das bisherige System verjagt hat.

C a d e r a s = Zürich: In Absatz 2 des Antrages des Aktionskomitees steht ausdrücklich, daß der Generalstreik beschlossen werden soll, daß aber noch Verhandlungen stattfinden sollen. Wenn diese nicht befriedigend ausfallen, nicht so, wie wir es wollen, so ist das Aktionskomitee verpflichtet, den Streik zu erklären. Das ist klipp und klar. Der Sinn ist der, daß noch Rücksprache genommen werden soll, aber beschlossen wird der Streik heute, und wenn der Bundesrat diese Forderungen ablehnt, so ist nicht ein zweiter Arbeiterkongreß einzuberufen. Ich bin nun für den Antrag des Aktionskomitees. Genosse Schneider hat sehr richtig betont, daß wir vor folgenschweren Entscheidungen stehen. Ein Zurück gibt es nach der Antwort des Bundesrates nicht mehr, das ist ausgeschlossen, wenn man nicht mit Recht dann sagen wollte, daß wir nun vom Aktionskomitee ein paarmal am Narrenseil herumgeführt worden sind.

Nun ist darauf Rücksicht zu nehmen, daß der Generalstreik ganz sicher schwere Opfer verlangen wird. Man kann da nicht zu schwarz

malen. Es ist ein furchtbares Wort, das Genosse Grimm gesagt hat, daß es dem Abgrund zugehen könne, daß aber die Bourgeoisie mitmüsse, daß, wenn wir zugrundegehen, die andern auch zugrundegehen sollen. Mit dem wird uns nicht geholfen. Wenn wir zwei die Treppe hinunterstürzen und beide ein Bein brechen, so wird sich Grimm besser erholen, weil er jünger und kräftiger ist als ich. So wird sich auch das Bürgertum rascher erholen, während die Arbeiterschaft lange daran zu tragen haben wird. Wir tun darum sehr gut, wenn wir dem Antrag des Aktionskomitees zustimmen. Das wird dem Bundesrat Gelegenheit geben, sich zu äußern, und wenn er es nicht will, so haben wir alles getan, dann soll die Aktion ausgelöst werden.

Man hat sehr viel vom Föderativverband gesprochen. Ich habe nicht einen einzigen Genossen von diesem Verband gehört. Das kommt mir doch sehr verdächtig vor. Wenn man mobil machen will, wäre es Pflicht gewesen, daß ein Vertreter des Föderativverbandes auf die Tribüne gestiegen wäre, um die Auffassung dieser Kreise darzulegen. Es ist für mich nicht ausgeschlossen, daß der Bundesrat, wenn er sieht, daß die Geschichte brenzlich wird, die Forderung teilweise erfüllen wird; dann sind wir die Vacierten. Nun müßte zum allermindesten festgestellt werden, daß der Föderativverband nicht mehr in eigener Sache direkt mit dem Bundesrat verkehrt, sondern durch das Aktionskomitee, sonst haben wir keine Garantie dafür, daß sich der Föderativverband mit uns solidarisch erklärt. Wir haben früher beschlossen gehabt, für gewerkschaftliche Forderungen nicht in einen Generalstreik einzutreten. Nun ist der Föderativverband ein Verband, der es notwendig hat, daß wir hinter ihm stehen, und wir haben ihn nötig. Ich möchte den Präsidenten ersuchen, daß er klipp und klar erklärt, wie Absatz 2 zu verstehen ist. So wie ich ihn verstanden habe, lautet er dahin, auch wenn der Streik beschlossen wird und trotzdem er beschlossen wird, findet noch eine Verhandlung mit dem Bundesrat statt, ob er an Hand des erklärten Generalstreiks einlenken will.

G r i m m : Nur eine Bemerkung in bezug auf den Föderativverband. Die Delegierten des Föderativverbandes des eidgenössischen Personals, die hier am Kongreß teilnehmen, haben auf heute abend eine Besprechung anberaumt und bevor diese Besprechung stattgefunden hat, sind sie nicht in der Lage, dem Kongreß eine Erklärung abzugeben. Aus diesem Grunde war es ihnen bis jetzt nicht möglich, hier das Wort zu verlangen. Selbstverständlich werden sie sich zu der Sache äußern.

C a d e r a s - Zürich: Das hätte man früher sagen können.

G r i m m : Da hättest du früher fragen müssen.

G r e u l i c h (von starkem Beifall empfangen): Ich hatte die Absicht, erst zu sprechen, wenn die Durchführung des Landesstreiks besprochen wird. Ich hätte einen gewissen Vorbehalt zu machen, den ich aber einst-

weilen in den Saal stede. Ich werde morgen darüber sprechen. Die Art und Weise, wie heute verhandelt worden ist, reizt mich aber doch, heute zu sprechen. Am 15. Juli war ich dabei und habe dafür gestimmt, daß der allgemeine schweizerische Arbeiterkongreß über die wichtige Frage einberufen wird. Ich habe mir dabei gedacht, über die Kompetenz des Kongresses sei eigentlich wenig zu sagen, der Kongreß soll ein Bild über die herrschende Stimmung geben und er soll aus dieser Stimmung heraus sich sowohl über die Forderungen als über die Schritte, die zu unternehmen seien, verständigen. Das Aktionskomitee hat während dieser Zeit die Eingabe an den Bundesrat beraten, hat eine Eingabe abgehen lassen, weil es sich sagte, es wolle doch dem Kongreß eine Antwort des Bundesrates vorlegen. Es hat sich dabei gefragt, welche Forderungen geltend zu machen seien und es hat diese Forderungen gleich nach Abgang der Eingabe an den Bundesrat veröffentlicht. Ich gebe ohne weiteres zu, daß diese Forderungen noch ins Unendliche vermehrt werden können und ich gebe ohne weiteres zu, daß man dieselben dem Radikalismus ins glänzendste Licht stellen könnte. Aber das habe ich mir nicht vorgestellt, daß damit soviel Zeit verbraucht werden könnte, daß so viele Genossen darauf halten würden, ihre besondere Geseitheit durch Aufstellung neuer Forderungen zu beweisen. Ich habe mir vorgestellt, der Arbeiterkongreß werde sagen, an dem, was das Aktionskomitee dem Bundesrate geschrieben habe, müssen wir vorläufig festhalten, damit sei noch gar nichts verloren, es lassen sich noch alle möglichen Forderungen aufstellen. Vergessen Sie aber nicht, je weiter Sie den Kreis ausdehnen, desto mehr geben Sie Gelegenheit zu Kuhhändeln. Je kleiner und bestimmter der Kreis ist, je mehr ein solcher Kongreß sagt, er beschränke sich auf diesen Kreis, desto besser weiß jedermann, woran er ist. Dabei haben Sie nun gesagt, man soll nicht verhandeln. Je mehr Sie fordern, desto mehr müßte man verhandeln.

Dieser Kongreß hat mich enttäuscht wegen der Kleinlichkeit, mit der an den Forderungen herumgenörgelt worden ist und dieser Kongreß hat mich noch mehr enttäuscht wegen des Mißtrauens, das so offen ausgesprochen worden ist. Freunde, das Aktionskomitee mag Fehler gemacht haben, jeder Mensch macht Fehler und diejenigen, die sich für unfehlbar halten, die größten. Aber wollen Sie eine Aktion damit beginnen, daß Sie Mißtrauen säen? Eine Aktion, die viel schwerer wird, als die Leute, die große Worte machen, sich vorzustellen imstande sind? Hoffen Sie damit eine solche Aktion siegreich durchzuführen? Die Frage stellen heißt sie beantworten. Das hat mich genötigt, noch hier heraus zu treten und Ihnen zu sagen, daß Sie es jedenfalls dazu bringen werden, daß dieser Arbeitertag, wenn alle diese Anträge zur Abstimmung kommen, das Bild der Zerrissenheit gibt, einer Zerrissenheit, bei der die Gegner grinsen werden vor Vergnügen. Für den einen Antrag werden 50 Stimmen, für den andern 100, für den dritten vielleicht 120 sein. Ich mahne zur Einheit, wenn man überhaupt etwas tun will. Ich unterdrücke die Bedenken, die ich

habe, ich werde morgen dafür noch etwas sagen. Aber ich sage: Wenn Sie wollen, daß der Kongreß nach außen einen einigermaßen anständigen Eindruck macht, als Vorschule dessen, was kommen soll, dann nehmen Sie ohne Hörgeln und ohne den Hintergedanken, das Aktionskomitee in die Kulissen zu schieben und andere zu wählen, mit großem Mehr den Antrag des Komitees an. Ich täusche mich nicht, Sie werden das tun, Sie werden mit großem Mehr diesen Antrag annehmen und alle andern außer Betracht fallen lassen. (Anhaltender Beifall.)

Graber: Ein Redner hat Auskunft über die eventuelle Haltung der welschen Schweiz verlangt. Hier ist sie: In Genf eine Spaltung innerhalb der Partei, im Kanton Waadt eine Gewerkschaftsorganisation von geringem Wert und eine schwache sozialistische Partei, im Wallis fast nichts, in Freiburg nichts. In allen diesen Kantonen, die von den Bürgerlichen beherrscht werden, finden wir eine außerordentliche Fähigkeit, allem, was nicht behagt, einen germanophilen Charakter zu geben. Wenn man Hauser vor die Türe stellen will, wenn man eine Untersuchung über den militärischen Sanitätsdienst verlangt, so sind dies germanophile Antriebe. Und es sind ebenfalls germanophile Antriebe, wenn man eine bessere Verteilung der Lebensmittel verlangt. Die welsche Schweiz ist der Herd der Reaktion. Es genügt, den Arbeitern zu sagen: Seht den Schatten von Lenin, seht den Schatten des Kaisers, um sie zum Verlassen der Reihen der Arbeiterschaft zu bewegen. Es genügt, wenn die Gazette de Lausanne sagt: Gebt acht, es steckt deutsches Geld dahinter, um gegen die Personen, die an der Spitze der Organisationen des eidgenössischen Personals stehen, einen Verdacht zu erwecken. Das alles rührt daher, daß unsere Presse in diesen Gegenden noch viel zu schwach ist, um alle Lügen der bürgerlichen Organe zurückzuweisen. Was den Jura und den Kanton Neuenburg betrifft, wo die sozialistische Presse besser vertreten ist, versagen diese Sprüche nicht mehr und die Arbeiterschaft läßt sich nicht vergiften. So ist die Situation in der welschen Schweiz.

Unsere Zürcher Genossen, namentlich die jungen, leben in anderen Verhältnissen. Es ist für Arnold sehr leicht, aber auch sehr kindisch, einfach die Beschlagnahmung der Lebensmittel zu verlangen. Habt ihr die Kraft, diese Forderung bis zum Ende durchzukämpfen? Wenn nicht, auf wen wollt ihr vertrauen? Auf die bürgerlichen Behörden? Auf die bürgerlichen Beamten, zum Beispiel in Freiburg, Wallis und der Waadt? Das bedeutet nichts anderes, als Forderungen aufzustellen ohne Ueberlegung, ohne den Gedanken einer Möglichkeit der Durchführung. Wenn ihr von uns verlangt, daß wir bei einer Bewegung mitmachen, die unbegehbare Wege beschreitet, so gehen wir da nicht mit. Wir sind keine Don Quixotes des sozialen Lebens. Nehmt die Tatsachen wie sie sind. Wenn ihr die Möglichkeit habt, das Programm von Zürich zu verwirklichen, dann habt ihr auch die Fähigkeit, den voll-

ständigen Kollektivismus einzuführen. Wenn ihr diese Kraft habt und doch diese Kampfziele nicht verwirklicht, so seid ihr strafbar.

Es fehlt uns das Maß. Wir müssen uns fragen: Welche Kraft haben wir? Entweder sind wir so stark, um alles zu erreichen, und dann müssen wir die Regierung übernehmen, oder aber wir sind es nicht und dann bleiben wir im Kampf. Ein Genosse sagte mir soeben: „Wir haben genug von diesen Diskussionen.“ Ich sage ihm: Ihr werdet noch fünfzig Jahre mit dem Bundesrat diskutieren und seid schon müde? Fragt die Gewerkschafter, wie lange sie noch mit den Unternehmern diskutieren werden? Auch sie fühlen sich betrogen und sind es auch, aber glaubt ihr, daß sie sagen werden: Wir diskutieren nicht mehr? Sie werden diskutieren, weil wir schwach sind. Der größte Irrtum, den wir begehen können, ist der, uns stark zu wähnen.

Wir können nichts anderes als unseren Gegnern sagen: Wir werden euch in unverböhnlichem Kampfe entgegentreten, aber wir wissen, daß wir noch schwach sind. Ich will kein Teilnehmer an einem sozialen Gallipoli sein, wo man seine Kräfte und sein Leben opfert, wo man geschlagen wird, weil der Kampf schlecht organisiert war. Verschiedene militärische Experimente unserer Tage können uns als Beispiel dienen. Auch dort hat man sich bei einem Abenteurer eine Niederlage geholt, weil man es unterließ, vorher die Kräfte des Feindes mit der eigenen zu messen. Es ist eine Gewissenspflicht dem Proletariat gegenüber, es nicht in überflüssige Opfer zu stürzen, indem man einen Kampf auslöst in Opfer, die mehrfach das übersteigen, was man gewinnen kann.

Wenn wir eine furchtbare Waffe, den Generalstreik, haben, mit der wir der Bourgeoisie empfindliche Verluste verursachen können, so müssen wir sie auf eine kluge Art gebrauchen. Aber, wenn man mit Abwarten, Gewehr bei Fuß, das gewinnen kann, was man vielleicht mit dem Generalstreik gewinnen könnte, so haben wir noch nie einen größeren Sieg errungen, weil in diesem Sieg der Keim zukünftiger Kämpfe und Siege liegt. Wenn es uns gelingt, in der Schweiz die Kontrolle des Großhandels durchzuführen, werde ich das als einen wunderbaren Sieg betrachten. Es finden sich schon Leute, die diesen Sieg mißachten. Sie verlangen, daß man mehr fordert. Es ist dies ein Mangel an Maß, den wir in unseren Bergen nicht haben.

Ich will auch das noch den Zürcher Genossen sagen: Wir haben im Jura sozialistische Gemeinden. In diesen Gemeinden hat man ein derartiges Vertrauen zu den sozialistischen Behörden, daß man kein Bedürfnis danach empfindet, sich gegen sie zu erheben. Wenn wir mitmachen, so mehr aus Solidarität als aus Notwendigkeit. Hättet ihr im politischen Kampf eure Kräfte anders verwendet, als zu inneren Zänkereien, so hättet ihr ebenfalls sozialistische Gemeinden, welche die Spekulation bekämpfen würden.

Was wir gemacht haben, das ist nur von mittelmäßiger Wichtigkeit, ist nichts als ein Anfang. Wir werden noch gezwungen sein, mit den Behörden zu kämpfen. Wir werden es tun, allein dieser Kampf wird methodisch und klug sein. Wir werden uns nicht in aus der Luft gegriffenen Forderungen, in Allgemeinheiten, wie Beschlagnahme aller Ernährungsmittel, verlieren. Wir wollen ihn nicht, diesen Streik, um des Streikes willen. Wir wollen den Streik, um uns eine Festsung zu erstürmen. Wenn wir sie ohne Streik erkämpfen können, um so besser. Man fügt sich in den Streik, aber man wünscht ihn nicht. Man muß ihn über sich ergehen lassen, aber man sucht ihn nicht um seiner selbst willen. Das ist unser Standpunkt. Ihr könnt darüber denken wie ihr wollt. Auch wir denken uns über eure Haltung, um endlich einmal diesen Streik sehen zu wollen, was uns behagt.

Greulich hat es soeben gesagt und ich bin vollständig einverstanden mit ihm: Es ist nicht gut, an den Streik zu denken, wenn man gespalten ist. Mit Schneider habe ich in Olten verlangt, daß auf die Traktandenliste dieses Kongresses die Frage der Neuwahl des Aktionskomitees komme. Sie sind frei. Ich habe noch nie etwas anderes verlangt, als die völlige Freiheit in der Arbeiterbewegung. Aber ich bitte sie: fassen sie ihre Beschlüsse kalt, ruhig und mit Ueberlegung. Morgen werden uns die eidgenössischen Angestellten sagen, daß sie noch 15 bis 20 Tage Zeit brauchen. Und trotzdem findet man Genossen, die den Streik auf den 1. August beantragen. Werden diese Genossen die Verantwortung für einen Streik auf sich nehmen, bei dem die Post-, Telegraphen- und Telephonangestellten nicht mitmachen? Wenn sie es wollen, die es sagen, so werden wir ihnen gerne unsere Plätze abtreten.

Es fehlt uns die Einigkeit, es fehlt uns das Vertrauen, nicht das Vertrauen zwischen den Menschen, sondern das Vertrauen zu unserer Sache. Man kann nicht verlangen, daß wir alle Genossen verehren, weil sie Sozialisten sind. Sozialist sein, will nicht sagen, daß man mit allem einverstanden und immer bereit sein muß. Es sind noch persönliche Zwistigkeiten da, die beseitigt, Tendenzen, die aufgegeben werden müssen, um die Bewegung zu erleichtern. Ein Mensch, der von der Arbeiterschaft das Opfer eines Generalstreiks verlangt, ohne selbst auf gewisse persönliche Animositäten verzichten zu können, muß sich fragen, wie ein Generalstreik möglich sein wird. Geben wir ein Beispiel des persönlichen Opfers, indem wir unsere persönliche Auffassung in den Hintergrund stellen. Wenn wir so vorwärtsgehen, dann bin ich sicher, daß das schweizerische Proletariat Fortschritte erzielen wird. Allein der Geist des Fanatismus und des Mißtrauens werden es zum Mißerfolg bringen, weil sie in uns die Zwietracht entfachen. Denken wir zuerst an die Arbeiterschaft im allgemeinen und denken wir, daß die Interessen des Proletariates alles andere überragen.

G r i m m : Zunächst einige allgemeine Bemerkungen über den Verlauf der Diskussion. Ich war einer von denen, die den Antrag auf Einberufung des Kongresses gestellt haben, um die Stimmung der Arbeitermassen kennen zu lernen. Ich wollte, daß nun die Arbeiter an diesem Kongreß zu Worte kommen sollen. Ich gestehe, daß heute die Arbeiter gesprochen haben und stelle fest, daß von den Beamten und Angestellten der Verbände und der Organisationen nur wenige Genossen sich zum Wort gemeldet haben. Die übrigen Redner waren Arbeiter, die in der Werkstatt drinnen stehen. Einen etwas peniblen Eindruck aber hat es auf mich gemacht, daß wir eigentlich bis jetzt nur die Meinung einer Stadt und ihrer Umgebung gehört haben, aber nicht die Meinung der Arbeiter aus allen möglichen Teilen unseres Landes. Das bedeutet für mich nicht, daß die Stimmung in andern Teilen des Landes etwa rosigger sei und daß die Arbeiterschaft dort nicht gewillt sei, mitzumachen. Wer heute den Kongreß übersehen hat, der hat gewiß die Ueberzeugung in sich aufnehmen müssen, daß jeder einzelne fühlt, daß wir vor einem folgenschweren Entscheid stehen. Noch nie war die Stimmung, seit ich Kongresse mitmache in der Partei und bei den Gewerkschaften, so deutlich, so verbissen möchte ich fast sagen und in sich gekehrt, wie sie heute ist; und das ist in Ordnung. Ich verstehe das, aber wir dürfen doch dabei das eine nicht vergessen, daß es sich heute nicht darum handelt, um jeden Preis, mit aller Gewalt, um der Aktion willen eine Aktion auszulösen. Es gilt — was ich heute morgen auseinandergesetzt habe — wir müssen sehen, was wir dabei erreichen wollen. Die Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft muß der Ausgangspunkt unserer ganzen Tätigkeit und aller unserer Verhandlungen sein. Da habe ich nun den Eindruck gehabt, daß verschiedene Redner ihr Konzept umstellen mußten, daß sie mit vorgefaßten Meinungen hergekommen sind, getragen von jenem Mißtrauen, das ja begreiflich ist auf Grund der ganzen psychologischen Entwicklung. Sie mußten aber das Konzept umstellen, weil sie glaubten, hier nun gegen die „Reaktion“ in den eignen Reihen ankämpfen zu müssen. Dabei sind ihnen die Felle davongeschwommen, das Aktionskomitee hat ihnen einen Antrag unterbreitet, der vielleicht von dem einen oder andern nicht erwartet worden war. Das Aktionskomitee war einstimmig in seinem Antrag, der Kongreß möge den Streik beschließen, einstimmig in seiner Stellungnahme zu dem, was in den nächsten Wochen kommen soll. Da ist nun verschiedenen Genossen die Gelegenheit genommen worden, das zu sagen, worauf sie sich zu Hause eigentlich vorbereitet haben.

Daß die Kompetenzfrage hier aufgerollt werden wollte, war sehr charakteristisch. Nun bleibt schließlich nichts anderes übrig, als da und dort etwas zu sagen, weil man doch gegen das Komitee auftreten muß. Das ändert nichts an den Tatsachen und ich nehme diese Dinge nicht tragisch, auch das Votum der Jugendgenossen nicht, um so weniger, als wir bei ihnen schon die wunderbarsten Wandlungen erleben durften. Neh-

men wir die Forderungen, die sie im Laufe der letzten drei bis vier Jahre aufgestellt haben. Eine weitergehend als die andere. Zuerst die Entwaffnungsparole, dann die Demobilisationsforderung, dann die Forderung der Demission des Bundesrates und alle möglichen Sachen. Heute kümmert sich kein Mensch mehr darum. Man hat endlich das eine begriffen, daß wir dort ansetzen müssen, wo das Verständnis der Massen vorhanden ist und wir die Situation nicht aus unserem Kopf heraus konstruieren können, sondern sie so zu nehmen haben, wie sie ist und wir mit beiden Füßen vorwärtsmarschieren müssen.

Nun haben wir eine ganze Reihe von Anträgen. Genosse Greulich hat schon darauf hingewiesen, Genosse Graber ebenfalls. Ich will nur einige Beispiele nehmen, um zu zeigen, wohin wir kommen, wenn wir auf diesem Boden weiterfahren würden. Da ist ein Antrag Biret, vier Seiten lang, alles einzelne Punkte, die aufgestellt werden sollen. Der eine Punkt handelt von der Rationierung nach bestimmten Grundsätzen, die Zuteilung wird nach Grammen festgesetzt, der andere handelt von der Rationierung des Brotes, der andere von Monopolwaren, von Konfiseriewaren, von Volksschuhen, wieder einer von der Milch und ein weiterer von den Lohnämtern, endlich einer von neuen Preissteigerungen, die man ablehnen soll. Sodann wird das Verbot der Ausfuhr von Lebensmitteln gefordert. Wir haben den Antrag Düby-Basel betreffend Konditoreiwaren, wir haben den Antrag Hitz-Bah, Thur, betreffend Einsetzung einer Kontrollkommission und ferner betreffend Aufhebung der Schweigepflicht, und endlich haben wir den Antrag Schmid-Olten, der verlangt, daß die direkte Aktion wieder eingeführt werde. Ich kann nicht recht verstehen, warum Genosse Schmid gerade wieder in jene Zeit zurückfallen mußte, da man solche Anträge gestellt hat, in jene selige Zeit der direkten Aktion. Wir haben ferner einen Antrag auf Einführung der Achtfundens-Arbeitszeit.

Was fangen wir mit diesen Anträgen an? Hat sich eigentlich jemand konkret vorgestellt, wie die Sache durchzuführen sei? Man spricht einfach in den Tag hinein. Ich kann das verstehen. Die Not ist da, sie ist groß. Aber das ist nicht der Inhalt unserer Bewegung, daß wir nur Forderungen aufstellen, ohne uns im Klaren zu sein, wie das weitere Vorgehen geschehen soll. Nun steht es mit diesen Anträgen so, daß ein Teil davon ja gewiß prinzipiell aufgenommen werden kann. Aber bezüglich der Ausführung haben wir auch nicht die mindeste Garantie. Man spricht von Beschlagnahme der Hamsterware, der Lebensmittelvorräte usw. Der Bundesrat kann hier zusagen, es existieren jetzt schon solche Verordnungen, daß man derartige Beschlagnahme vornehmen kann. Aber der Bund kann sie nicht ausführen, weil er keine Organe dazu hat. Das ist Sache der Gemeinden und Kantone und da muß die Arbeiterschaft eingreifen. Das ist nicht eine Forderung, die wir auf dem Gebiete des Bundes verwirklichen können. So wird alles durcheinander gewürfelt. Was da in kleinem Kreise

ausgehört wird, von dem glaubt man, daß es sich ohne weiteres auf das Gebiet des Bundes übertragen lasse. Stimmt man der Geschichte nicht zu, so ist man reaktionär, hat keinen Sinn für den Fortschritt, verdient nicht mehr das Vertrauen der Arbeiterschaft. Den Antrag Schmid betrachte ich als einen Verlegenheitsantrag. Stellen wir uns vor, wie die Sache praktisch gehen wird. Wenn wir so weit sind, daß ein Arbeiterkongreß zusammenkommen und sagen kann, vom 1. August ab wird in sämtlichen Betrieben der Gemeinden, der Kantone und des Bundes nur noch acht Stunden gearbeitet und die Leute laufen weg, so hätten wir diesen Kongreß gar nicht gebraucht, die Leute würden das ohne weiteres machen. Eine derartige Parole kann man aber nicht von oben herab ausgeben, das weiß jeder Gewerkschafter. Darum können wir zu einem derartigen Antrag nicht Hand bieten und müssen ihn ablehnen.

Bezüglich der Frage des Achtstundentages haben wir den Fall, den ich heute früh angetönt habe. Den Achtstundentag kann ich mir vorstellen als das Resultat des gesteigerten revolutionären Kampfes, ich kann mir aber nicht vorstellen, daß wir eine derartige Forderung an die Spitze unserer heutigen Aktion stellen. Das können wir erst dann tun, wenn sich zeigen wird, wie weit der Streikparole Folge geleistet wird. Erst dann werden wir nach Maßgabe des Umfangs der Bewegung weitergehende Forderungen aufstellen können. Wir können aber nicht heute mit Forderungen kommen und für sie in den Kampf hineingehen, ohne uns zu fragen, was dann mit den Errungenschaften geschieht, die wir bereits haben, wenn die Bewegung krumm geht und wir mit diesen Forderungen unterliegen. Darüber hat sich kein einziger Redner ausgesprochen. Man findet, der Achtstundentag sei eine Losung der Propaganda und nun müsse er eine Losung der Aktion werden. Darum drauflos, ohne weiteres Programm. Was hintennach kommt, darüber scheinen sich die wenigsten Rechenschaft zu geben. Das ist eigentlich das beste Kennzeichen der heutigen Verhandlungen.

Wie stehen die Dinge weiter? Das Aktionskomitee schlägt Ihnen einstimmig vor, wir sollen noch einmal verhandeln unter der PreSSION der Beschlüsse des heutigen Kongresses. Das will eine Reihe von Rednern nicht. Wir aber stehen auf gewerkschaftlichem Boden und auf keinem andern. Wir haben bis heute tatsächlich mit dem Bundesrat über die Forderungen überhaupt nicht verhandelt, wir haben ihm die Forderungen zugesandt, er hat uns geantwortet, aber verhandelt worden ist nicht. Nun möchte ich die Gewerkschaft sehen, die sich auf den Boden stellen würde, daß sie einfach dem Unternehmer die Forderungen schickt und Antwort verlangt und weiter nicht verhandelt. Wo bleibt da die gewerkschaftliche Einsicht, wo die Erziehung und Schulung der Arbeiterklasse, wenn man plötzlich eine solche Haltung einnimmt? Es macht mir den Eindruck, als ob man den Gefühlsmomenten den Vortritt läßt und alles vergißt, was das Abc des gewerkschaftlichen und politischen Kampfes ist.

Man hat uns vorgeworfen, wir hätten den Willen zu Konzessionen. Wenn Sie unter Konzessionen das verstehen, daß der Bundesrat unsere Forderungen bewilligt, oder daß er den größten Teil bewilligen kann, dann erkläre ich: Jawohl, diesen Willen haben wir! Es müßte einer ein schlechter Kerl sein gegenüber der Arbeiterschaft, wenn er nicht die Selbstverständlichkeit ausspräche, daß nicht der Kampf als solcher das Ziel sein darf, sondern das, daß man etwas herausholt. Wenn wir unsere Forderungen ohne Kampf durchsetzen können, werden wir freudig zugreifen. Der Kampf hört deswegen nicht auf. Die kapitalistische Gesellschaft läßt uns keine Zeit zur Ruhe und wir können froh sein über jeden Fortschritt, den wir durch ein geschicktes taktisches Vorgehen erzielen können.

Und nun haben wir die Verhandlungen mit dem Bundesrat noch aus einem andern Grund nötig: Wir brauchen Zeit zur Vorbereitung des Streiks. Befristen wir die Antwort, heißt es. Wenn die Antwort bis morgen nicht kommt, dann werde der Generalstreik beschlossen. So ist die Sache aber nicht getan. Ich behaupte, daß die Genossen, die derartige Anträge gestellt haben, sich in keiner Weise Rechenschaft gegeben haben über die praktische Ausführung und Durchführung des Streiks. Es ist eine gewisse Desperadostimmung und ein gewisser Fatalismus in die Leute gefahren. Verschiedene Redner erklären uns, daß es die Hauptsache sei, wenn wir nur einmal den Streik haben und im übrigen: après nous le deluge. Auf diesem Boden stehen wir nicht. Wir können das nicht. Man müßte die Erfahrungen aus seiner ganzen Tätigkeit verleugnen und der Arbeiterschaft die Unwahrheit sagen, wollte man eine solche Auffassung akzeptieren.

Man spricht von einem organisierten und disziplinierten Generalstreik. Wissen Sie aber, wie die Organisation und Disziplin vor sich gehen soll? Ich nehme an, der Kongreß beschließe gemäß dem Antrag des Komitees den Streik. Der Bundesrat kommt uns nicht entgegen, wir erhalten den Auftrag, den Streik auszuführen. Was aber dann? Dann muß die Sache in erster Linie organisiert werden, der Streik muß motiviert werden. Wissen Sie aber, was geschieht, wenn wir in jener wunderbaren Naivität, wie sie in einem Antrag zum Ausdruck kommt, sagen: Dienstag nachmittag um 4 Uhr geht der Teufel los? Dann kann es geschehen, daß morgen schon unsere gesamte Parteipresse verboten ist. Wie wollen Sie dann die Verständigung der Massen vornehmen? (Zuruf: Dann hören wir auch auf.) Ganz recht, nur würde es mich freuen, wenn ich 300,000 bis 500,000 solcher Stimmen hören würde, anstatt nur diese eine! Wir haben unsere Forderungen bekanntzugeben, wenn wir in den Streik hineingehen, sonst weiß die Arbeiterschaft nicht, worum es geht. Wir haben uns über die gefaßten Beschlüsse zu verständigen. Wie aber, wenn wir bei einer solchen Ankündigung des Streiks einfach lahmgelegt werden, wenn man dazu übergeht, einfach da und dort Leute herauszugreifen, zu verhaften, den Kontakt zu unterbinden? Glauben Sie, man könne da alles auf den Zufall ankommen lassen? Wissen Sie, was in die-

fem Fall der Streik bedeutet? Von allem Anfang an ein komplettes Fiasko! Deswegen stellen wir uns auf den Standpunkt der organisierten und disziplinierten Massenaktion und nicht auf den Standpunkt jener wilden Streiks, die wir am Anfang der Gewerkschaftsbewegung hatten, in die man einfach hineintanzte, unbekümmert um das Morgen und um das, was nachher mit den Opfern geschieht. Wenn wir hineingehen wollen, dann mit aller Kraft und Wucht, aber auch mit aller Organisation und der größtmöglichen Disziplin.

Ein anderer Fall: Wir beschließen heute den Streik, kündigen ihn an auf morgen, ohne irgendwelche Verhandlungen und wenn dann der Bundesrat den Befehl zur Generalmobilisation ausgibt, sind dann die Massen davon verständigt, wie sie sich verhalten sollen? (Rufe: Jawohl! Widerspruch.) Diejenigen, die jawohl rufen sollen hinaussehen in die Massen und sich ehrlich fragen, ob sie verständigt sind und eine feste Parole haben. Die Antwort ist leicht. Oder ein weiteres Beispiel: Wir beschließen den Streik, wie er vorgeschlagen wird. Was geschieht? Der Bundesrat wird als Antwort die Militarisierung der Eisenbahner und des Staatspersonals durchführen. Was soll dieses Personal in der Lage tun? Wollen Sie auch das dem Zufall überlassen? Ist Ihnen das gleichgültig, haben Sie nicht das Gefühl der Verantwortlichkeit gegenüber Ihnen selbst und gegenüber der ganzen Arbeiterklasse, daß sie sich sagen müssen, es wäre geradezu verbrecherisch, einfach um des Kampfes willen zu beschließen, jetzt werde dreingehauen, weil das nun einmal so in Mode gekommen ist? Diese Taktik machen wir nicht mit, weil sie mit der sozialistischen Auffassung auch gar nichts mehr zu tun hat. Ich habe für den Generalstreik gekämpft zu einer Zeit, wo er von den einen vielleicht noch als Utopie verdächtigt worden ist. Ich habe immer und immer wieder den Gedanken vertreten, daß wir auch in der Demokratie nicht um den Generalstreik herumkommen. Ich stehe heute auf dem Boden, wenn der Bundesrat die Arbeiterschaft so behandelt, wie es in seiner Antwort geschehen ist, und wenn die Arbeiterschaft nicht untergehen will, gibt es kein anderes Mittel als dem Bundesrat zu erklären: Nun ist's genug! Aber das verleitet mich nicht dazu, die elementarsten Vorsichtsmaßnahmen zu unterlassen, die die Voraussetzung des Erfolges bedeuten. Ah, ich weiß sehr wohl: wir haben es mit lebenden, fließenden Massen zu tun. Es ist nicht möglich, das Leben einzuschachteln und einspannen zu wollen. Auch ein Kongreß vermag das nicht. Aber diese Erkenntnis darf nicht zum andern Extrem führen, daß wir sagen, wir überlassen nun die Geschichte sich selbst, wir beschließen den Streik von morgen an, dann wird man sehen, was weiter kommt.

In dieser Beziehung ist ein Schulbeispiel der Antrag, der von einer ganzen Reihe von Genossen kommt, der in letzter Stunde eingereicht worden ist, ohne eine Begründung und der lautet: „Der Arbeiterkongreß empfindet die Antwort des Schweiz. Bundesrates als eine Ver-

höhnung der Gesamtarbeiterschaft. Aus dieser Antwort zeigt sich klar und deutlich, daß der Bundesrat nicht willens ist, die Forderungen der Arbeiterschaft ernst zu nehmen. Aus diesen Erwägungen heraus beschließt der Kongreß in den allgemeinen Landesstreik einzutreten ohne vorherige Unterhandlung mit dem Bundesrate nachzusuchen. Die Arbeiterschaft behält sich vor, die schon gestellten Forderungen zu erweitern und zu ergänzen.“

Punktum. Wer den Streik durchführen soll, wird nicht gesagt, wer die Kompetenz hat, ihn abzubrechen, ebenfalls nicht. (Rufe: das kommt morgen). Wenn ich einen derartigen Antrag einreiche, dann Genossen, habe ich zum mindesten die Pflicht, nicht auf morgen und übermorgen zu vertrösten, sondern sofort zu sagen, was weiter geschehen soll. Das ist das Mindeste, was man verlangen muß. Wir können uns nicht damit trösten, daß man erklärt, das alles komme nachher. Gewiß kommt es nachher, aber sehr häufig recht schief und dann ist niemand verantwortlich. Wenn Sie den Antrag des Aktionskomitees gelesen haben, werden Sie finden, daß wenigstens die Behörden bezeichnet sind, die zur Ausführung der Beschlüsse in Frage kommen. Das ist das Mindeste, was man verlangen muß. Deswegen betrachte ich es geradezu als leichtfertig, daß man dem Kongreß auf diese Weise einen Beschluß gewissermaßen abpressen will. Ich habe den Eindruck, die Ueberzeugung, als ob man es in gewissen Kreisen bedauern würde, wenn wir die Forderungen durchsetzen könnten, da wir dann nicht zur allgemeinen Aktion kämen. Auf diesem Boden stehen wir nicht. Wir haben klar und deutlich gesagt, was wir wollen, wie wir die Situation einschätzen. Ich unterstreiche und betone: der Kampf soll in einer Art und Weise begonnen werden, die den größtmöglichen Erfolg der Aktion garantiert mit oder ohne Kampf.

Es ist heute auch nach der bequemen Methode verfahren worden, uns zu verdächtigen. Man hat angeführt, die Nationalzeitung, also ein bürgerliches Organ, habe geschrieben, unsere Forderungen seien gemäßig. Ja, gewiß, sie sind insofern gemäßig, als sie auf dem Boden der gegenwärtigen Gesellschaft verwirklicht werden können, aber wenn sie verwirklicht werden, bedeutet das einen solchen Fortschritt, wie ihn unsere Aktion bis heute noch nicht zu verzeichnen hat. Ich erinnere daran, was es bedeutet, wenn es uns gelingt, den ganzen Großhandel zu konfessionieren und die Preisbildung zu bestimmen, wenn es gelingt, in bezug auf die Frage der Kohlenversorgung Zusicherungen zu erhalten, wenn es uns gelingt, die paritätischen Lohnämter zu erhalten, eine Reduktion der Arbeitszeit durch behördliche Maßnahmen durchzuführen. Das ist alles gemäßig nach der Nationalzeitung. Sonderbar ist nur, daß die verantwortlichen Politiker der Bourgeoisie diese Mäßigung nicht anerkennen. Auf sie aber kommt es an, nicht auf Blätter, die mit Rücksicht auf die Zusammensetzung der Bevölkerung und aus demagogischen Grün-

den dann und wann etwas demokratisches Del zerreiben. Darum unterstreiche ich: Wenn wir erreichen, daß unsere Forderungen durchgesetzt werden, so haben wir eine Errungenschaft, die weit über das hinausgeht, was wir bisher erzielten. Es wird deswegen nicht einen Ruhepunkt geben, es kann nur die Vorbereitung zu weiteren Kämpfen sein, aber der Weg wird von diesen praktischen Verhältnissen aus beschritten werden müssen.

Nun glaube ich, daß man eines sehr häufig vergißt, das hier in aller Offenheit auch gesagt werden muß: daß der Sozialismus und die sozialistische Aktion schließlich nicht nur eine Aktion der Kritik und der Negation ist, sondern daß unsere große Mission die sein wird, indem wir gleichzeitig die vernichtenden Schläge gegen die bürgerliche Gesellschaft führen, auch einen organisatorischen Aufbau vollziehen. Diese Seite der Aktion wird häufig übersehen. In Rußland hat sich gezeigt, wie wichtig dieser organisatorische Aufbau ist. Man hat, weil die Kraft nicht ausreichte, im Widerspruch zu frühern Unordnungen, andere Maßnahmen treffen müssen, um das Wirtschaftsleben zu organisieren, und zwar in der Richtung einer bewußten Anteilnahme der Arbeiterschaft. In dieser Richtung liegen zum Teil auch die ökonomischen Anträge, die Ihnen das Aktionskomitee gestellt hat.

Es wurden auch hier verschiedene Abänderungsanträge vorgelegt. Nun bin ich nicht in der Lage, heute zu erklären, welche Anträge wir annehmen können, welche nicht. Ich möchte Sie ersuchen, alle diese Anträge nochmals dem Aktionskomitee zu überweisen, das Ihnen morgen eventuell eine bereinigte Vorlage unterbreiten kann. Ich bin einverstanden mit dem Antrag Barthel, der gewisse Sicherungen enthält. Wir können darüber reden und können eine Formel finden, die nach außen einen gewissen Eindruck und nach innen eine gewisse Gewähr dafür bietet, daß die Beschlüsse des Kongresses respektiert, daß sie aber in einer vernünftig organisierten und disziplinierten Weise ausgeführt werden. Ich mache nochmals darauf aufmerksam, daß heute von keiner Seite auch nur der Versuch unternommen worden ist, zu erklären, daß wir um den Generalstreik herumkommen. Was man dem Aktionskomitee zum Vorwurf gemacht hat, das waren Insinuationen. Man kann schließlich nicht mehr als Anträge stellen und begründen. Wir aber haben das Recht, zu verlangen, daß man, bevor uns nicht nachzuweisen ist, daß wir das, was wir hier beantragen und beschließen lassen, nicht ehrlich zur Ausführung bringen wollen, nicht Vorwürfe gegen uns erhebt, solange man nicht das Gegenteil zu beweisen in der Lage ist.

Wir haben aber noch eine andere Sicherungsmaßnahme, die wir auch wiederum von uns aus beantragt haben: die Wahl des Aktionskomitees. Ich gestehe Ihnen hier ganz frei und offen: ein Generalstreik, die jetzt geplante Aktion, wird nur dann Erfolg haben, wenn ein gegenseitiges Vertrauen zwischen der Leitung und dem Kongress, ja zwischen der ganzen

Arbeiterschaft besteht. Wenn Sie die Ueberzeugung haben, daß wir das Vertrauen nicht verdienen, dann ist es Ihre Sache, einen Wink zu tun. Sie haben die Möglichkeit, Leute ihres Vertrauens an diese Stelle zu setzen. Wir würden keinen Augenblick zögern, zu erklären, daß wir als gute, treue Soldaten der proletarischen Armee mitkämpfen, daß wir uns aber nicht einen Augenblick anmaßen, eine Leitung in den Händen behalten zu wollen, die sich nicht auf das Vertrauen der großen Mehrheit der Arbeiterschaft stützen kann und uns deswegen nicht zukommt. Auch in dieser Beziehung haben Sie volle Garantie. Auch hier hängt die Entscheidung nicht von uns, sondern von Ihnen ab. Nur meine ich, wir sollten aus den kleinlichen Nörgereien heraustreten und die mitunter doch recht spießbürgerlichen Ansichten fahren lassen. Wir wollen das Ziel vor Augen halten, das uns schließlich alle begeistert. Das ganze Land, nicht nur die Arbeiterschaft, schaut auf unsern Kongreß. Es wird sehr viel davon abhängen, wie wir morgen weiterdiskutieren, ob wir imstande sind, unsern Forderungen Nachdruck zu verschaffen und sie durchzusetzen, oder ob wir schließlich mit einem kläglichen Fiasko enden. Das muß vermieden werden. Wir wollen dafür sorgen, daß jeder einzelne fest zu den Forderungen stehen kann, die wir aufstellen. Wir wünschen und erwarten aber auch, daß, wenn der Kongreß seine Beschlüsse gefaßt hat, dann diese Beschlüsse nicht als Vorwand für andere Aktionen betrachtet werden, daß es dann wirklich heißt: Die Arbeiterklasse steht als Einheit da, erfüllt von einem festen entschlossenen Willen, sie will nicht den Kampf um des Kampfes willen führen, sondern um das herauszuholen, was sie zum Leben braucht. (Starker Beifall.)

S i g : Damit wäre die Diskussion geschlossen. Da der Föderativverband noch eine Erklärung abzugeben hat, die erst heute abend festgestellt wird, wird die Abstimmung erst morgen stattfinden.

Schluß der Sitzung 8 Uhr 35.

Sitzung vom Sonntag den 29. Juli vormittags 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Vorsitzender: Genosse G r i m m.

G r i m m : Ich erteile zunächst das Wort dem Genossen Dr. Welti zu einer kurzen Begrüßung.

Dr. W e l t i = Basel: Im Namen des Arbeiterbundes und der sozialdemokratischen Partei von Baselstadt entbiete ich Ihnen, wenn auch etwas verspätet, herzlichen Willkommgruß. Die Vorarbeiten zu diesem Kongreß, soweit sie uns überbunden waren, sind in derartiger Kürze vorgenommen worden, daß vielleicht das eine oder andere nicht klappt. Ich möchte Sie bitten, das mit den Zeitumständen und mit der Kürze der Vorbereitung entschuldigen zu wollen. Als das Aktionskomitee, lediglich der Not gehorchend, den Kongreß nach Basel verlegt hat, hat es keinen Fehlgriff begangen. Ich glaube, hier sagen zu dürfen, daß die Basler Arbeiterschaft dieser Ehre würdig ist. Wir haben hier auf dem Platze im allgemeinen eine ruhige Bewegung, die recht vielen Genossen viel zu besonnen ist. Allein wir dürfen sagen, daß wir dabei sind, wenn es gilt, in den Kampf zu treten. Ich kann verraten, daß die kantonale Parteiversammlung vom letzten Donnerstag mit allen gegen eine einzige Stimme beschlossen hat, falls der Bundesrat nicht klipp und klar die vom Aktionskomitee gestellten Begehren bewillige, den Delegierten die Wegweisung zu geben, für den allgemeinen Landestreif einzutreten. Ihre Zeit ist viel zu kurz und kostbar, als daß ich Sie durch eine Begrüßungsrede kürzen wollte. Ich will hier kein schlechtes Beispiel geben, aber Sie mögen mir doch gestatten, hier noch zwei Dinge zu sagen: Wir in Basel sind wohl orientiert über dasjenige, was im Aktionskomitee gegangen ist. Wir sind nicht minder kritisch gegenüber den verschiedenen verpackten Gelegenheiten, allein ich glaube, hier im Namen der Mehrheit unserer Parteigenossen sprechen zu können, wenn ich erkläre, daß wir bezüglich der Kritik am Aktionskomitee uns demjenigen anschließen, was Genosse Greulich gestern gesagt hat. Wir halten es für notwendig, daß das Mißtrauen und die Verdächtigungen nicht mehr weitergehen. Wir sind der Ansicht, daß das Aktionskomitee nicht ausschließlich und nicht in erster Linie Schuld daran trägt, wenn gute Gelegenheiten verpaßt worden sind. Das ist das eine.

Nun noch ein Wunsch. Möge die heutige Sitzung im Gegensatz zur gestrigen, die Tagung, die nun vom Reden zum Handeln überleitet, mit Ruhe, Besonnenheit und tiefer Einsicht erfüllt sein, damit sie sich des Mutes und der äußersten Entschlossenheit würdig erweise, die die Arbeiterschaft,

die Sie vertreten, zeigen wird, wenn es gilt, den Kampf aufzunehmen. (Beifall.)

Cr i m m : Ich verdanke dem Genossen Dr. Welti seine Begrüßungsworte. Wir gehen über zu unsern Traktanden. Wie ich gestern in Aussicht stellte, wird nunmehr Genosse Düby im Namen der Personalkreise, die er vertritt, eine Erklärung abzugeben haben, die eventuell durch den Genossen Allgöwer ergänzt wird.

Dü b y : Die offizielle Delegation des Föderativverbandes, die sich heute als Gast unter Ihnen befindet, hat gestern unmittelbar nach Schluß der Nachmittagsitzung zu den Anträgen des Aktionskomitees Stellung genommen. In dieser Sitzung war weiter anwesend eine Reihe von Vertretern der Eisenbahnerverbände, die im Gewerkschaftsbund organisiert sind. Ich habe den Auftrag, Ihnen mitzuteilen, daß die anwesenden Vertreter des Föderativverbandes, nicht die offizielle Delegation, die nur ad audiendum et referandum anwesend war, in der großen Mehrzahl auf dem Boden der Anträge des Aktionskomitees stehe.

Es ist notwendig, diese Stellungnahme im einzelnen zu präzisieren und an sie einige Vorbehalte zu knüpfen. Anlässlich der am letzten Dienstag abgehaltenen Delegiertenversammlung des Föderativverbandes ist sozusagen einstimmig bei wenigen Enthaltungen beschlossen worden, die wirtschaftspolitischen Forderungen der Arbeiterschaft zu unterstützen und dieser Solidarität durch eine Entsendung einer Delegation an den auf nächsten Samstag und Sonntag einberufenen Arbeiterkongress fünggemäß Ausdruck zu geben, und im Fall der erneuten Ablehnung der Nachtragsvorkehrungsleistung ist neben der Forderung der Nachtragsteuerzuschulage auch das wirtschaftspolitische Programm des eidgenössischen Personals zu erweitern und zur Durchsetzung der in diesen Zeitpunkt alle Mittel des gewerkschaftlichen Kampfes, einschließlich einer eventuellen Arbeitsniederlegung, in Anwendung zu bringen. Die Personalverbände sind gehalten, sofort alle Vorkehrungen im Sinne dieses Beschlusses zu treffen und, soweit sie es als notwendig erachten, den Entscheid ihrer Mitgliedschaft darüber anzurufen.

Das ist der offizielle Beschluß der Delegiertenversammlung des Föderativverbandes. Was will er im einzelnen besagen? Er will zunächst einmal zum Ausdruck bringen — und das bedeutet gegenüber dem früheren Zustand einen markanten Fortschritt, den Sie richtig einschätzen wollen — daß die Forderungen der Arbeiterschaft auch diejenigen des eidgenössischen Personals sein müssen. Der Beschluß ist aber an Vorbehalte geknüpft und ich habe das Empfinden, es sei nötig, Ihnen in aller Ehrlichkeit den Charakter dieser Vorbehalte vor Augen zu führen. Die Mehrheit der Delegierten des Föderativverbandes, die gestern an der Sitzung teilgenommen haben, ist, ich glaube die Stimmung richtig widerzugeben, der Auffassung, und möchte dieselbe heute zum Ausdruck bringen, daß der Beschluß des Bundesrates sowohl mit Bezug auf die wirtschaftspolitischen Forderungen

der Arbeiterschaft einschließlich der Antwort auf die formalpolitischen Forderungen, mit Bezug auf die Deserteure unannehmbar ist, eine Provokation bedeutet. Wir stehen aber auch auf dem Boden, daß der Beschluß des Bundesrates mit Bezug auf das eidgenössische Personal nicht diejenige Lösung der Frage darstellt, wie wir sie gewissermaßen als *conditio sine qua non* in unserer Resolution bezeichnet haben. Damit tritt nun der Fall ein, daß gemäß den Forderungen des Föderativverbandes dieser zusammenzutreten hat, um zu der neuen Situation Stellung zu nehmen. Diese Stellung geht dahin, daß die seitherigen Beschlüsse des Bundesrates ungenügend sind und es tritt der Fall ein, daß der Föderativverband ungesäumt sein Programm zu erweitern hat und daß er für die Durchsetzung dieses Programms die Mittel des gewerkschaftlichen Kampfes einschließlich der eventuellen Arbeitsniederlegung zu prüfen und das Nötige vorzulegen hat.

Dabei mache ich darauf aufmerksam, daß es wiederum im Sinne des Beschlusses des Föderativverbandes heißt, daß da, wo die Verbände es als notwendig erachten, sie den Entscheid ihrer Mitgliedschaft noch anzurufen haben. Was will das besagen? Das will besagen, und ich sage Ihnen das in aller Offenheit, daß wir verpflichtet sind, bei der grundsätzlichen Bedeutung der Frage mit Bezug auf den Landesstreik alle Vorkehrungen zu treffen, daß diese Arbeitsniederlegung dann auch das Maximum des Erfolges sichert und nicht in ein Abenteuer und eine Katastrophe ausartet.

Das führt mich nun dazu, Ihnen ganz kurz — Sie müssen mir das gestatten — den Eindruck wiederzugeben, den ich von der gestrigen Debatte erhalten habe. Da muß ich sagen, daß nach meinem Empfinden die Argumente, die wir gehört haben, auf den Grundsatz gestimmt waren: Wir wollen den Streik um des Streikes willen und weiter, daß ich immer das eine gestern vermißt habe, nämlich die Erwägung, daß der Staat heute noch über ungeheure Machtmittel verfügt, Machtmittel, die wir übersehen, die wir aber zu prüfen haben, denen wir einen entsprechenden Damm entgegenzusetzen müssen, um dann bei diesem gewaltigen Ringen obenauf zu schwimmen. Was nun speziell das eidgenössische Personal und im einzelnen das Eisenbahnpersonal anlangt, so ist zu sagen, daß unsere Behörden, die wir nicht fürchten, — das ist keine Angstmeierei — auf diese eventuelle Arbeitsniederlegung vorbereitet sind, einmal durch den Art. 2 der Militärorganisation, die im Moment der Proklamation der Arbeitsniederlegung unter Umständen sofort die Mobilisierung des gesamten Eisenbahnpersonals nach sich ziehen wird. Wir fürchten diese Mobilisation nicht. Wenn das Eisenbahnpersonal sich nun in einem gegebenen Moment für die Arbeitsniederlegung ausspricht, so werden wir auch Herr dieser militärischen Einberufung werden. Aber dafür braucht es Vorbereitungen, und der Sprechende müßte mit aller Schärfe und mit aller Entschiedenheit jene Anträge ablehnen, die darauf hinausgehen, etwa ohne jede Vorbereitung und ohne daß man sich über die Tragweite eines solchen Beschlusses bewußt

ist, und sich namentlich dessen bewußt ist, daß der Einsatz für den Landesgeneralstreik nicht für alle Kategorien der gleiche ist, wenn man auf den 1. August 1918 in den Landesgeneralstreik eintreten möchte. Ich bin es Ihnen schuldig, ich bin es aber auch meiner Ehrlichkeit schuldig, Ihnen zu sagen, daß in diesem Fall das eidgenössische Personal nicht mitmachen würde, auch deswegen, weil die ganze Stimmung des Kongresses mir zum Ausdruck brachte, daß nun die Voraussetzungen für diese letzte Probe, an die wir herantreten wollen und herantreten müssen, weil der Bundesrat nichts gelernt und nichts vergessen hat und unter Umständen nur durch dieses Mittel gezwungen werden kann, weil hierfür die Stimmung und die Voraussetzung nicht vorhanden sind. Denn wenn sie vorhanden gewesen wären, hätten wir gestern nicht diese stundenlange Debatte nötig gehabt, um einen an und für sich und unter gewissen Voraussetzungen gang selbstverständlichen Gedanken zu einem einstimmigen Beschluß zu erheben. Wir sind nach dieser Richtung nicht gerüstet, wir wollen das nachholen, wir wollen ehrlich und treu im Sinne der Beschlüsse der Delegiertenversammlung des Föderativverbandes zu Ihnen stehen. Auf der andern Seite müssen Sie uns die Zeit zubilligen, diejenigen Vorkehrungen zu treffen, die uns den Erfolg verbürgen, die auch ausschlaggebend sein werden für den Einsatz, den wir in den Kampf zu werfen haben.

Präsenz.

Die Mandatprüfungskommission übermittelt folgende Zahlen:

Gewerkschaftsverbände	218	Vertreter.
Parteiorganisationen	81	"
Aktionskomitee	10	"
Bundeskomitee	2	"
Geschäftsleitung	7	"
Föderativverband	7	"
Nationalratsfraktion	4	"

Total 329 Vertreter.

Bereinigung der Anträge.

G r i m m: Im Namen des Aktionskomitees habe ich mitzuteilen, daß die eingereichten Anträge, soweit sie das Programm betreffen, entgegengenommen worden sind, um sie im gegebenen Moment zu vertreten. Wir lehnen es ab, die Anträge als feste Bestandteile dieses Programms aufzunehmen, und zwar aus den Gründen, die Ihnen gestern im Schlußwort bekanntgegeben worden sind. Eine Erweiterung, der das Aktionskomitee zustimmt, ist die, daß eine Kontrolle der Ausfuhr durch die Arbeiterschaft angestrebt werden soll. Auch mit dem Teil des Antrages Hitz-Bay, der sich auf die Forderung des Achtstundentages für das gesamte

Bahnpersonal bezieht, sind wir einverstanden. Wir können sie natürlich nicht in dem Sinne in das Programm aufnehmen, daß wir alles Weitere davon abhängig machen. Ich mache diese Vorbehalte ausdrücklich, da ja der Bund bei diesen Institutionen nicht der Unternehmer ist.

Dr. H i g = B a h : Ich möchte erklären, daß ich mit dieser Auffassung einverstanden bin, daß das als Weisung an die Kommission geht.

G r i m m : Das Aktionskomitee stimmt auch dem Antrag der italienischen sozialistischen Partei in der Schweiz zu, der die definitive Aufhebung der für Deserteure und Refraktäre geltenden Zwangsarbeit verlangt und die Durchführung der für den Kanton Zürich gültigen Norm für die ganze Schweiz fordert. Da kein Widerspruch erhoben wird, betrachte ich alle diese Anträge als von Ihnen angenommen.

Nun möchte ich die Genossen, die Anträge zum Programm gestellt haben, anfragen, ob sie an ihren Anträgen festhalten oder sie dem Aktionskomitee als Material übergeben wollen.

B e r t j e h i = Zürich: Jawohl!

D ü b h = Basel: Ich ziehe meinen Antrag zurück.

S c h m i d = Olten: Ebenfalls.

B i r e t : Ich halte meine Anträge aufrecht.

Dr. H i g = B a h = C h u r : Ich hatte Auftrag, diesen Antrag einzureichen, muß daher an demselben festhalten.

Abstimmung.

I. Antrag H i g = B a h.

Es sind zu schaffen: Kontrollkommissionen für Beschaffung und Verteilung der Lebensmittel und notwendigsten Bedarfsartikel in Bund, Kantonen und Gemeinden, bestehend mehrheitlich aus Vertretern der Arbeiterschaft. Im weitern sollen darin vornehmlich die Beamten, Angestellten und Kleinbauern vertreten sein. Diesen Kommissionen sind die weitestgehenden Kompetenzen einzuräumen in allen Fragen der Landesversorgung mit Lebensmitteln und nötigsten Bedarfsartikeln sowie in Wohnungsfürsorge. Die Schweigepflicht über Lebensmittelverkehr und Lebensmittelschmuggel ist aufzuheben und zu ersetzen durch die allgemeine Anzeigepflicht des gesamten Verkehrspersonals und der Grenztruppen.

Für den Antrag H i g : Minderheit.

II. Anträge der sozialistischen Partei des Kantons B a a d t.

Art. 4. Rationierung der monopolisierten Nahrungsmittel nach folgenden Grundsätzen:

Personen ohne produktive Arbeitsleistung erhalten an Teigwaren 200 Gramm. Personen mit produktiver Arbeitsleistung und einem jähr-

lichen Einkommen von über Fr. 5000 ohne Teuerungszulage erhalten pro Monat 400 Gramm.

Alle übrigen Personen erhalten 2000 Gramm Reis oder Teigwaren pro Monat.

Die Brotrationierung soll nach folgenden Grundsätzen durchgeführt werden:

Personen ohne Arbeit oder ohne produktive Arbeitsleistung 50 Gramm pro Tag.

Personen mit produktiver Arbeitsleistung mit einem Jahreseinkommen von über Fr. 5000 ohne Teuerungszulage erhalten eine Tagesration von 150 Gramm.

Personen mit einem Jahreseinkommen von weniger als Fr. 5000 erhalten eine Tagesration von 300 Gramm.

Eine Zulage von 100 Gramm wird jedem Industrie- und Landarbeiter zugesprochen.

An Hotels, Restaurants und ähnliche Gewerbe werden keine Monopolwaren abgegeben mit Ausnahme des Zuckers.

Die bisherige Ration an Hotels, Restaurants und ähnliche Gewerbe wird um ein Drittel erniedrigt (reduziert) und die Ration an die Arbeiter mit einem Jahreseinkommen von weniger als Fr. 5000 im gleichen Verhältnis erhöht.

Keine Ablieferung von Mehl, Butter, Fett, Eiern und Zucker an die Zuckerbäckereien. Entschädigung durch den Bund an die in dieser Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeitgeber.

Abgabe von Bundesschuhen ausschließlich an die Personen mit einem Jahreseinkommen von weniger als Fr. 5000.

Maßnahme zur Beschaffung des vorgesehenen Quantums frischer Milch an jedermann. Eventuelle Einschränkung der Fabrikation von kondensierter Milch. Reorganisation der Milchverteilung.

Zu Punkt 8. Festsetzung eines gesetzlichen Minimallohnes, in dem Sinne, daß kein Arbeiter unter diesem Minimum entlohnt werden darf, als es für die betreffende Kategorie, Alter oder Geschlecht vorgesehen ist.

Zu Punkt 12. Ausfuhrverbot für alle Nahrungsmittel.

Zu Punkt 13. Ablehnung jeglicher Verteuerung der monopolisierten Lebensmittel, Brot, Milch, Käse, Schokolade und Schuhwerk. Eventuelle Uebernahme jeglichen Aufschlages dieser Artikel durch den Bund.

G r i m m : Wir erklären uns bereit, diesen Antrag als Material für die Verhandlungen entgegenzunehmen, nicht aber als Bestandteil unseres Programms.

Für den Antrag Biret: Winderheit.

III. Antrag Maurer-Rechsteiner.

Die unterzeichneten Delegierten der Metallarbeiter aus verschiedenen Betrieben von Zürich beantragen die Aufstellung der Forderung des all-

gemeinen gesetzlichen Achtstundentages für das gesamte schweizerische Personal.

Für den Antrag 131 Stimmen; dagegen 191 Stimmen.

IV. Anonymer Antrag.

Da die Forderungen des Oltener Aktionskomitees vom Bundesrat in jeder Hinsicht abgelehnt wurden, hält der Schweiz. Arbeiterkongreß weitere Verhandlungen als überflüssig und erklärt auf Dienstag den 30. Juli den allgemeinen Generalstreik.

Ueber diesen Antrag kann nicht abgestimmt werden.

V. Antrag Steiger.

Er beauftragt das Aktionskomitee, sofort den Generalstreik vorzubereiten und auszulösen.

Schluß des Antrages des Aktionskomitees würde gestrichen.

Für den Antrag Steiger: Minderheit.

VI. Antrag Bloch.

Der Arbeiterkongreß empfindet die Antwort des Schweizerischen Bundesrates als eine Verhöhnung der gesamten Arbeiterschaft. Aus dieser Antwort zeigt sich klar und deutlich, daß der Bundesrat nicht willens ist, die Forderungen der Arbeiterschaft ernst zu nehmen. Aus diesen Erwägungen heraus beschließt der Kongreß, in den allgemeinen Landesstreik einzutreten.

Für den Antrag 79 Stimmen; dagegen 177 Stimmen.

VII. Antrag Barthel.

Für den Fall, daß der Bundesrat nicht unverzüglich den Art. 1 bis 4 und 11 seine Zustimmung gibt und bezüglich der andern Punkte genügende Zugeständnisse macht, beschließt der Kongreß... Ferner sei: dieser Beschluß ist endgültig und bindend.

Für den Antrag: Minderheit.

Antrag Bobst.

Für den Antrag 48 Stimmen; dagegen 209 Stimmen.

Schlufabstimmung über den Antrag des Aktionskomitees:

„Der als außerordentliche Tagung einberufene Allg. Schweiz. Arbeiterkongreß, einverstanden mit den vom Oltener Aktionskomitee aufgestellten, unterm 22. Juli 1918 an den Bundesrat gerichteten Forderungen, erklärt die Antwort des Bundesrates vom 26. Juli als in jeder Beziehung ungenügend.

Er beauftragt das Aktionskomitee, sofort mit dem Bundesrat in nochmalige Verhandlungen einzutreten, um positive Zugeständnisse zu erlangen. Das Aktionskomitee erhält Auftrag, im Einvernehmen mit

dem Föderativverband auch die Forderungen des eidg. Personals vor dem Bundesrat zu vertreten.

Für den Fall, daß der Bundesrat nicht unverzüglich genügende Zugeständnisse macht, beschließt der Kongreß die Verhängung des allgemeinen Landesstreiks. Mit der Durchführung wird das Aktionskomitee gemeinsam mit dem Gewerkschaftsausschuß und der Geschäftsleitung der sozialdemokratischen Partei der Schweiz beauftragt. Maßgebend sind die Beschlüsse der Berner Konferenz vom 1./3. März. Den Organisationen ist sofort Weisung zur Vorbereitung des Landesstreiks zu erteilen."

A u f m a n n = Zürich 6: Ich möchte alle diejenigen, die für den Antrag Bobst gestimmt haben, ersuchen, nun dem Antrag des Zentralkomitees zuzustimmen. Es ist wichtig, daß ein einstimmiger Beschluß zustande kommt.

Für den Antrag des Aktionskomitees 277 Stimmen; dagegen vier Stimmen.

Das Resultat wird mit lautem Beifall begrüßt.

Diskussion über die Kampfmittel.

G r i m m: Es wird die Frage aufgeworfen, ob die bürgerliche Presse auch bei der Erörterung dieses Traktandums vertreten sein soll. Ich bin der Meinung, daß das geschehen soll. Ich denke, wir können die Referate vor sich gehen lassen. Wenn Sie dann nachher finden, die Öffentlichkeit für die Diskussion auszuschließen, so können Sie das. Ich bin aber überzeugt, daß morgen schon ein zutreffender Bericht in der bürgerlichen Presse erscheinen wird. (Widerspruch.)

S c h n e i d e r = Basel: Sie haben mit einer überwältigenden Mehrheit dem Antrag des Aktionskomitees zugestimmt, der den Kampf auf der ganzen Linie bedeutet. Wir kommen nun zum schwierigsten Punkt: Zur Durchführung dieses Kampfes. Hier ist es schon notwendig, daß wir mit aller Deutlichkeit die Linien zeigen, die unseres Erachtens eingehalten werden müssen. Es ist selbstverständlich nicht meine Absicht, Ihnen bis in alle Details die technische Durchführung des Kampfes darzulegen, sondern es handelt sich nur darum, gewisse Richtlinien zu zeichnen. Die Ausführung ist Sache des Aktionskomitees und der lokalen Aktionsleitungen.

Die Art des Kampfmittels wird nach meiner Ueberzeugung durch drei Faktoren bestimmt: Einmal durch die Ziele, die damit erreicht werden sollen. Diese Ziele haben wir niedergelegt in den Forderungen an den Bundesrat. Im weiteren wird das Kampfmittel bestimmt durch den Stand der ökonomischen Entwicklung in unserem Land und endlich durch die Organisationsverhältnisse der Arbeiterschaft. Genosse Grimm hat in

seinen Ausführungen den Stand der ökonomischen Entwicklung gezeichnet, er hat ebenfalls über das Organisationsverhältnis einige Worte an Sie gerichtet. Er hat festgestellt, daß der Kreis unserer Bewegung sich immer weiterzieht, daß immer mehr Arbeiter und Angestellte in denselben treten. Als dritter Faktor, der unser Kampfmittel bestimmt, ist die gegenwärtige wirtschaftliche und politische Lage zu betrachten. Ich habe nicht die Absicht, Ihnen lange Ausführungen über diese drei Faktoren zu machen, dagegen scheint es mir notwendig zu sein, auch in diesem Zusammenhang über den dritten Faktor einiges zu sagen, und zwar gerade deswegen, weil uns von verschiedenen Seiten immer und immer wieder unterschoben wird, man wolle den Teufel an die Wand malen, indem man diese Situation darlegt, wie sie ist, um so überhaupt zu keinem Kampf zu kommen. Sie haben sich heute entschieden und damit dokumentiert, daß der Kampf kommen soll, wenn der Bundesrat nicht nachgibt. Wenn wir auf diese Verhältnisse, unter denen wir uns befinden, aufmerksam machen, so deswegen, weil wir der Ueberzeugung sind, daß sie dazu dienen, um den Grad des Kampfmittels, um das es sich handelt, um so schärfer in die Erscheinung treten zu lassen. Wenn wir uns in normalen Zeiten befinden würden, so würde dieses Kampfmittel nicht diese PreSSION auszuüben vermögen, die es gerade im Zusammenhang mit der heutigen Situation ausübt.

Ich komme zur Form des Massenkampfes. Es kann sich unseres Erachtens nur um die organisierte Verweigerung der Arbeitskraft handeln. Bei diesem Punkt müssen wir verweilen, und zwar deswegen, weil sich in der letzten Zeit Ereignisse abgespielt haben, die wir von unserem sozialistischen Standpunkt aus unter allen Umständen beurteilen müssen. Wir müssen heute mit aller Deutlichkeit sagen, welche Form der Massenkampf, den wir beschlossen haben, nach unserer Auffassung anzunehmen hat. Wenn ich sage, er müsse eine organisierte Verweigerung der Arbeitskraft sein, so will das besagen, daß wir ihn gründlich vorbereiten müssen, daß wir nicht blindlings in den Kampf eintreten dürfen, und zwar deshalb nicht, weil der Ausgang von der Vorbereitung bis zu einem gewissen Grade abhängt. Wenn wir den Kampf richtig vorbereiten, dann ist es nötig, die richtige Vorbereitungsarbeit zu treffen. In einigen Städten haben wir bereits lokale Aktionsleitungen. So viel ich weiß, trifft das für Zürich und Basel zu. Andernorts werden sich die lokalen Unionsvorstände mit der Frage ebenfalls befaßt haben. Es sind also heute schon bestimmte Vorarbeiten getroffen, die uns natürlich zugute kommen und die unter Umständen geeignet sind, auch die Frist, die zwischen unserem heutigen Beschluß und dessen Ausführung liegt, abzukürzen. Es ist ja richtig, daß wir den Anfsang des Kampfes bestimmen, daß wir aber die Faktoren, die außerhalb unserer Macht liegen, nicht bestimmen können. Ich verkenne absolut nicht, daß durch das Eingreifen der Behörden die Absichten, die wir verfolgen, gestört werden können, daß dadurch eine Reaktion eintritt, die mit dem Grundsatz der organisierten Verweigerung

der Arbeitskraft nicht übereinstimmen könnte. Aber darauf haben wir keinen Einfluß. Wir haben aber festzustellen, wie die Aktion vor sich zu gehen hat, wenn es nach unserm Willen geht, wenn wir sie allein durchführen. Für alles das, was außerhalb geschieht, was von Faktoren durchgeführt wird, auf die wir keinen Einfluß haben, trifft uns keine Verantwortung. Es ist notwendig, in aller Deutlichkeit zu sagen, daß allein schon die Verweigerung der Arbeitskraft, der Generalstreik, wenn er wirklich allgemein durchgeführt wird, an sich ein scharfes Mittel bedeutet, daß wir damit unsere Forderungen durchsetzen und daß alle diese Sonderaktionen, dieses Fenstereinschlagen nichts anderes als eine Schwächung unserer Aktion bedeuten. Wir haben deshalb meiner Meinung nach heute festzustellen, daß wir die Aktion auch nicht in dem Sinne durchführen wollen, sondern daß wir eine disziplinierte und organisierte Aktion durchführen wollen. Das scheint mir heute notwendig zu sein, um sich abzugrenzen zwischen den Leuten, die auf eigene Faust ihre Aktion unternehmen wollen. Wenn Sie trotzdem den Anlaß benützen, um über den Willen der Arbeiterschaft zur Tagesordnung zu gehen, dann haben wir die Berechtigung zu erklären, daß die Verantwortung nicht uns, sondern diese Leute trifft.

Wir haben damit nichts zu tun. Schon der Zweck, den wir mit dieser Aktion verfolgen, sagt uns, daß er organisiert durchgeführt werden muß. Wir haben nicht eine Desorganisation des Wirtschaftslebens im Auge, sondern wir wollen durch eine Lahmlegung desselben für eine bestimmte oder unbestimmte Dauer einen Druck auf die Behörden ausüben, diejenigen Forderungen, die nun gestellt worden sind, zu bewilligen. Schon deswegen ist es notwendig, den Kampf diszipliniert und gut vorbereitet zu führen. Der Beginn und die Dauer des Kampfes müssen von der zentralen Aktionsleitung bestimmt werden. Im Antrag des Aktionskomitees, der bereits zum Beschluß erhoben worden ist, ist das zum Ausdruck gebracht. Wir können heute nicht erklären, daß der Streik so oder so lang dauert, sondern das muß ins Ermessen der zentralen Aktionsleitung gestellt werden.

Ein sehr wichtiger Punkt, von dem das Resultat des Kampfes abhängt, ist der, ob der Streik ein allgemeiner sei. Grundsätzlich müssen wir uns auf den Standpunkt stellen, daß die Aufforderung zum Streik an alle Arbeiterkategorien gerichtet wird. Der Streik muß grundsätzlich ein allgemeiner sein. Wir sind aber der Meinung, daß auch hier der Grundsatz gilt, daß Regeln nicht ohne Ausnahmen sind. Es müssen Ausnahmen von dieser Allgemeinheit des Streiks gemacht werden. Aber diese Ausnahmen müssen durch das Interesse der Arbeiterschaft diktiert sein. Wo im Interesse der Kämpfenden selbst Ausnahmen gemacht werden müssen, da müssen wir sie durchführen.

Ich möchte hier darauf aufmerksam machen, daß selbstverständlich die Parole des Streiks ebenso an die Arbeiter und Angestellten der öffentlichen Betriebe sich richtet, daß selbstverständlich nicht nur die eidgenössischen

schen Beamten, Angestellten und Arbeiter, sondern auch die kantonalen und Gemeindeangestellten sich dem Streik anzuschließen haben. Dabei wird es namentlich in dieser Beziehung bestimmte Ausnahmen geben müssen, und zwar ausgehend von dem, was der Streik erreichen soll, nämlich die Lahmlegung des Wirtschaftslebens. Wenn wir einfach unbekümmert um die Verhältnisse alle Angestellte oder Arbeiter zwingen würden, sich am Kampf zu beteiligen, so würde das zu einer Desorganisation führen, zu einer Zerstörung größerer Werte, an deren Erhaltung die Arbeiterschaft in ihrem eigenen Interesse stark beteiligt ist. Deshalb müssen Ausnahmen gemacht werden in bezug auf Gas- und Wasserversorgung und diese müssen auch während eines allgemeinen Streikes funktionieren, und zwar gerade diktiert durch das Interesse der Arbeiterschaft. Es wird zu untersuchen sein, ob auch bestimmte Kategorien von Arbeitern in Elektrizitätswerken ebenfalls ausgenommen werden sollen. Im weiteren ist klar, daß das Personal der Krankenhäuser, der Beerdigungsanstalten usw. seinen Dienst versehen muß, weil dadurch sonst ebenfalls eine Schädigung der Arbeiterschaft zu verzeichnen wäre. Im fernern ist es im Interesse des Kampfes selbst notwendig, daß die sozialdemokratischen Tageszeitungen erscheinen können. Es ist notwendig, damit wir an die Arbeiterschaft gelangen können, damit wir ihr die Beschlüsse des zentralen und der lokalen Aktionskomitees vorlegen können. Aus diesem Grunde ist es notwendig, das Personal der sozialdemokratischen Tageszeitungen vom Streik auszunehmen.

Ein weiterer Punkt, der von großer Wichtigkeit ist, aber in unsern vorherberatenden Besprechungen nicht erörtert wurde, ist folgender: Die Stellung, die wir zu der Lebensmittelversorgung einzunehmen haben. Wenn die Transportarbeiter im Streik stehen, dann ist die Zufuhr von Lebensmitteln unterbunden. Nun fragt es sich aber, wie es sich an einzelnen Orten verhält. Da bin ich der Meinung, daß wir im Interesse der Arbeiterschaft das Offenhalten der Lebensmittelgeschäfte verlangen müssen, und zwar deshalb, weil die Arbeiterschaft nicht in der Lage war, sich Hamsterlager anzuschaffen, sondern eben gezwungen ist, von der Hand in den Mund zu leben, während in andern Kreisen, so zum Beispiel bei uns in St. Alban die Vorratskammern gefüllt sind, so daß diese Kreise auch einen mehrtägigen Streik aushalten können, ohne hungern zu müssen. Es scheint uns deshalb notwendig zu sein, die Möglichkeit zu schaffen, daß sich die Arbeiterschaft verproviantieren kann. Dabei ist meines Erachtens eine Einschränkung in dem Sinne zu machen, daß überall dort, wo leistungsfähige Genossenschaften vorhanden sind, diese Genossenschaften die Verproviantierung der Arbeiterschaft zu übernehmen haben.

Ueber die Durchführung des Kampfes möchte ich nur noch allgemein einiges sagen, weil es natürlich taktisch unklug wäre, hier in aller Deffentlichkeit unsere Kriegsmaßnahmen darzulegen, damit dann unsere Herren Gegner daraus ihre Lehren ziehen können, um die notwendigen Gegen-

aktionen einzuleiten. Ich habe bereits vorhin darauf hingewiesen, daß einzelne Städte örtliche Aktionskomitee gebildet haben. Es ist notwendig, daß nun sofort daran gegangen wird, überall da, wo das noch nicht geschehen ist, diese Aktionsleitungen zu bestimmen, dafür zu sorgen, daß die Aktion an den einzelnen Orten bis in einzelne organisiert wird. Es handelt sich hier nicht um den Namen. Man kann sie Aktionskomitee oder lokale Arbeiterräte nennen, sondern es handelt sich darum, daß wirklich Instanzen da sind, die an eine gründliche Vorbereitung der Aktion gehen. Wir haben unter Umständen wenig Zeit zur Verfügung, so daß morgen schon diese Komitees bestellt werden sollten. Sie können auch die Unionsvorstände als solche betrachten. Ich habe schon darauf hingewiesen, daß die Durchführung unter strengster Disziplin geschehen muß. Gewiß kann man hier nicht schablonisieren, was an einem Ort günstig ist, kann für einen andern kaum in Frage kommen, aber es ist notwendig, die hauptsächlichsten Richtlinien einzuhalten. Ich habe eine gewisse Befürchtung, die ich mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck bringen will. Wenn eine Aktionsleitung dazu kommen muß, den bereits begonnenen Kampf aus diesem oder jenem Grunde abzubrechen, den streikenden Arbeitern die Weisung geben zu müssen, die Arbeit aufzunehmen, daß dann die Disziplinlosigkeit einreißen könnte, daß es Arbeiterkategorien geben könnte, die weiter streiken. Das darf nicht sein, sondern da müssen wir von vornherein erklären, daß Beginn und Abbruch des Kampfes einheitlich sein müssen. Ich kann mir denken, daß es im Interesse des Kampfes selbst notwendig ist, daß bestimmte Arbeiterkategorien länger im Kampfe verharren müssen, aber dann muß das von der Leitung der Aktion aus angeordnet werden, weil sie schließlich die Verantwortung zu tragen hat.

Im weitern möchte ich darauf aufmerksam machen, daß es notwendig ist, von vornherein ein Verbot des Alkoholkonsums zu erlassen. Wir haben überall da, wo große Streiks durchgeführt worden sind, die Beobachtung machen können, daß die verantwortliche Aktionsleitung sofort das Alkoholverbot ausgesprochen hat. Im weitern möchte ich gerade an diejenigen, die immer sofort verrückt werden, sobald sie einen Polizisten in Uniform oder einen Soldaten sehen, die Mahnung richten, daß es nicht angeht, diese Leute zu provozieren, sondern daß wir sie in ihrer Mehrheit als Klassengenossen ansehen müssen. Ich habe Gelegenheit, sehr viele dieser Ordnungshüter kennen zu lernen und habe gefunden, daß sie sehr vernünftige Leute sind, mit Ausnahmen natürlich, wie das in jeder Menschenkategorie der Fall ist. Sehr oft werden diese Zusammenstöße nicht nur durch Provokationen von seiten der Polizei verursacht, sondern ich habe die Ueberzeugung, daß oft unsere Leute nervös sind und dann zur Auslösung solcher Sachen Hand bieten. Wir müssen uns deshalb unter allen Umständen davor hüten, Polizei sowohl wie Militär, das zu dem sogenannten Sicherheitsdienst aufgeboden wird, zu provozieren. Sowohl das zentrale wie die örtlichen Aktionskomitees sollen die Arbeiterschaft in

diesem Sinne instruieren und ihr mit aller Deutlichkeit jagen, daß solche Zusammenstöße nicht provoziert werden sollen. Ich bilde mir nicht ein, daß es uns gelingen werde, nun allen diesen unangenehmen Begleiterscheinungen auszuweichen. Gewiß wird da und dort ein Polizist über die Schnur hauen und dadurch natürlich solche Sachen heraufbeschwören, die nicht im Interesse der Aktion liegen, aber wir müssen mit aller Deutlichkeit erklären, daß wir den Willen haben, diese Aktion diszipliniert und ohne Zwischenfälle durchzuführen. Dadurch werden wir das höchst mögliche Resultat herausholen, weit mehr, als wenn wir die große Aktion in solche Einzelaktionen zersplittern lassen.

Die Aktion muß in vollständiger Einheit und Geschlossenheit durchgeführt werden. Ich habe bereits darauf hingewiesen, daß keine Gruppe der Arbeiterschaft entgegen den Anweisungen der verantwortlichen Behörden unserer Organisation länger im Kampfe ausharren soll als angeordnet ist. Es ist aber natürlich genau so zu verlangen, daß keine Gruppe vorher abbrechen darf. Hier komme ich auf ein Gefahrmoment zu sprechen, das wir unter allen Umständen im Auge behalten müssen. Wir können in allen unsern gewerkschaftlichen Kämpfen beobachten, daß unsere Gegner versuchen, die Arbeiterschaft zu spalten, einzelne Gruppen von ihr loszulösen, um dann um so besser ihr Ziel erreichen zu können. Das wird natürlich auch hier der Fall sein. Die Behörden werden versuchen, einzelne Gruppen, und zwar gerade in der Hauptsache das Verkehrspersonal, abzusprengen. Da scheint es mir um so notwendiger zu sein, daß die einzelnen Gruppen oder die Gesamtheit erst dann auf den Kampf verzichten soll, wenn die zentrale Aktionsleitung eventuell dazu auffordert. Es wäre ein Disziplinbruch, ein Rückenschuß gegenüber der Arbeiterschaft, wenn einzelne Kategorien aus eigener Machtvollkommenheit auf den Streik verzichten würden. Deshalb müssen wir unter allen Umständen verlangen, daß sich alle diejenigen, die sich am Kampfe beteiligen, sowohl die Organisation als einzelne Mitglieder den Anordnungen und Weisungen der Aktionskomitees zu unterziehen haben. Ich habe bereits darauf hingewiesen, daß eventuell einzelne Gruppen im Interesse der Aktion selbst die Arbeit schließlich früher aufnehmen müssen oder auch den Streik weiterführen müssen. Da ist es notwendig, daß die andern ihre Solidarität zum Ausdruck bringen, indem sie erklären, daß der Kampf für sie dadurch natürlich nicht erledigt ist, sondern daß sie unter Umständen mit materieller Hilfe beispringen. Das sind alles Sachen der Ausführung, die ich hier nur erwähnen will.

Wir wollen schon heute mit der Tatsache rechnen, daß unsere Behörden im Fall des allgemeinen Streikes, eventuell auch schon vorher, dazu kommen, das Verkehrspersonal zu militarisieren. Da ist es notwendig, mit aller Deutlichkeit zu sagen, wie sich dieses Personal nach unserer Auffassung verhalten muß. Die Arbeiter und Angestellten der Transportanstalten werden militärisch aufgeboden, um ihre Arbeit als Soldaten zu

vollziehen. Was sollen sie in diesem Falle tun? Wir haben davon gesprochen, daß sie diesem Einberufungsbefehl Folge leisten sollen, um dann nachher durch passive Resistenz ihren Willen zum Ausdruck zu bringen, die Arbeiterschaft nicht zu schädigen. Ich halte dieses Vorgehen nicht für angängig. Wir sollen von vornherein erklären, daß einem Einberufungsbefehl nicht Folge zu leisten ist. (Beifall.) Das ist notwendig aus organisatorischen und auch aus psychologischen Gründen. Sobald die Militarisierung der Betriebe erklärt wird, sobald die Arbeiter als Soldaten dort ihre Arbeit zu verrichten haben, haben sie genau so wie alle andern Arbeiter ihre Arbeitskraft zu verweigern. Dabei dürfen wir nicht verkennen, daß die Situation dieser Arbeiterkategorie dann unter Umständen eine ganz andere ist, als die der übrigen Arbeiterschaft. Ich kann mir aber auch vorstellen, daß man nicht nur das Verkehrspersonal, sondern auch die Arbeiterschaft bestimmter Industrien ebenfalls zu militarisieren versucht. Der Bundesrat hat ja die Kompetenz dazu, die außerordentlichen Vollmachten erlauben es ihm; auch hier ist es ganz selbstverständlich, daß einer solchen Einberufung nicht Folge geleistet wird.

Es ist aber auch zu erwarten, daß Truppenaufgebote für den eidgenössischen Sicherheitsdienst erfolgen. Da ist die Frage eine andere. Hat die Arbeiterschaft einem solchen Aufgebot Folge zu leisten? Diese Frage bejahen wir, und zwar aus bestimmten Gründen, die ich hier nicht darlegen will. Wir verlangen aber, daß die Arbeiterschaft in dem Moment, wo ihr befohlen wird, Gewaltmaßregeln gegen die streikende Arbeiterschaft anzuwenden, den Gehorsam verweigert. Wir wollen hier deutlich erklären, daß wir davor nicht zurückschrecken, an die Soldaten die bestimmte Aufforderung zu richten, ihren Vorgesetzten den Gehorsam zu verweigern, wenn es im Interesse der Arbeiterklasse liegt. (Beifall.) Die Ausführung ist selbstverständlich Sache der Aktionsleitung. Ich werde hier nichts weiter sagen, um die Karten nicht aufzudecken.

Ein weiterer Punkt, der jedenfalls in unsern Organisationen noch zu reden geben wird, trotzdem wir heute mit dieser Einmütigkeit den Kampf beschlossen haben, den man aber mit aller Deutlichkeit aussprechen soll, ist der, daß von einer Streikunterstützung natürlich keine Rede sein kann. Es ist keine Rede davon, daß unsere Gewerkschaften einen Streik von diesem Umfang finanzieren können. Es werden also von jedem einzelnen direkte Opfer verlangt. Das dürfen wir nicht verschweigen. Genosse Grimm hat bereits gesagt, daß im Verlauf des Kampfes Maßregelungen einzelner stattfinden können. Da scheint es mir Pflicht der Leitung zu sein, diese Genossen, die durch den Kampf direkt zu Schaden gelangen, nicht im Stiche zu lassen. Es ist Pflicht der lokalen Aktionsleitungen, in Verbindung mit den Gewerkschaftsverbänden das Nötige vorzulehren. Wir können uns aber auch vorstellen, daß nach dem eigentlichen Kampf das Unternehmertum zum Gegenstoß ausholen und eine Aussperrung diktieren wird. Sie können sich vielleicht daran erinnern, daß die zürcherische Arbeiterschaft am

12. Juli 1912 den Generalstreik erklärt hat, und zwar für einen Tag, daß dann allerdings drei Tage daraus wurden, weil das Unternehmertum die Arbeiterschaft noch für zwei Tage auspererte. Auch bei unserm Kampf ist es möglich, daß dieser Gegenstoß erfolgt. Da ist es angebracht, daß die Aktionsleitung mit den Gewerkschaftsverbänden das Nötige bestimme. Auch bezüglich der Unterstützung eventueller Opfer des Kampfes ist der gleiche Weg einzuschlagen. Es ist natürlich heute nicht möglich, das hier im einzelnen darzulegen, weil jede einzelne Maßnahme vom Fall selbst abhängig gemacht werden muß.

Die zentrale Aktionsleitung wird nun die Pflicht haben, den lokalen Komitees sofort die nötigen Anweisungen zu geben, wie der Streik vorzubereiten ist und wie sie sich an den einzelnen Orten zu verhalten haben. Das sind Sachen der Ausführung, die dann an den einzelnen Orten noch des näheren zu besprechen sind. Zum Schlusse möchte ich nochmals unterstreichen, daß unser Kampf einen um so größern Erfolg erreichen wird, je besser er organisiert ist, je geschlossener und einheitlicher er durchgeführt wird. Wir haben meines Erachtens die Pflicht, überall dafür zu sorgen und Leute, die uns Mist in die Suppe machen wollen, unschädlich zu machen, im Interesse unserer Aktion und der Arbeiterklasse selbst, denn mit diesen Disziplinlosigkeiten schaden wir nicht den Gegnern, sondern uns selbst. Wir liefern den Gegnern Waffen aus, um uns um so nachdrücklicher bekämpfen zu können. Deshalb wahren wir unser eigenes Interesse, wenn wie in diesem Sinne vorgehen. Nicht der Kampf ist die Hauptsache, Genossen. Ich darf hier wohl im Namen des Aktionskomitees reden, das in letzter Zeit den Prügeljungen für alles abgeben mußte, das man an gewissen Orten in einer Art und Weise bekämpft hat, die schon über die Hutchnur ging, wenn ich sage, daß wir vieles zu ertragen vermögen, daß aber in der letzten Zeit so vieles gesagt worden ist, das jedenfalls der Begründung entbehrt. Nicht um des Kampfes willen führen wir diesen Kampf, sondern wir alle, die wir hier versammelt sind, werden diesen Kampf so durchführen, wie wir ihn für nötig finden. Wir werden an der Spitze dieses Kampfes stehen müssen, mag da kommen was will. Wir wollen den Kampf mit aller Entschlossenheit, aber mit aller Disziplin führen, um die Ziele, die wir uns gestellt haben, zu erreichen. Jeder, der hier ist, wird seine Pflicht tun und im Interesse der Arbeiterschaft handeln, wenn er in seinem Kreise dafür wirkt, daß der Kampf ein einheitlicher, ein geschlossener, ein disziplinierter wird.

Gökel = Biel: In Anbetracht dessen, daß so wenige Delegierte französischer Zunge hier sind, glaube ich, daß wir auf eine Uebersetzung verzichten können.

Gandsch in = Basel: Genosse Schneider hat in seinem Referat betont, daß keine Unruhen stattfinden, daß der Streik in einer Weise durchgeführt werden sollte, die der organisierten Arbeiterschaft würdig ist. Natürlich ist jeder damit einverstanden und ich selbst am allermeisten. Wir

müssen aber in Betracht ziehen, daß sich eine Masse von Unorganisierten unserer Bewegung anschließen wird, sobald wir in den Landesstreik eintreten. Die Erziehung, die wir in unseren Organisationen, in gewerkschaftlichen und politischen erhalten haben, ist soweit gediehen, daß jeder von uns sagen kann, was er zu tun hat. Das gleiche dürfen wir aber bei diesen andern Leuten nicht voraussetzen. Wie stellen wir uns nun dazu, wenn die große Masse, die wirklich auch mitmachen wird, trotzdem sie noch nicht organisiert ist, Ausschreitungen begeht? Zu dieser Frage müssen wir unbedingt Stellung nehmen. Wenn dort Ausschreitungen begangen werden, so ist ziemlich klar, daß die Verantwortung auf uns abgewälzt werden wird. Wenn sich diese Leute mit uns solidarisch erklären, können wir nachher nicht einfach die Hände in Unschuld waschen, wenn sie Dummheiten machen. Ich wäre dagegen, daß man bei einem derartigen Anlaß eine Parteipolizei aufstellt. Ich stelle mir vor, daß jeder einzelne organisierte Genosse wisse, was er zu tun hat und daß jeder den Mut haben werde, wenn sich irgendwo Ansammlungen zeigen oder Sachen zer schlagen werden, sich den Leuten entgegenzustellen und sie auf das aufmerksam zu machen, was sie zu tun haben. Das ist die einzig sichere Polizei, die wir ausführen können und diese wäre Pflicht jedes einzelnen. Gegen die Aufstellung einer speziellen Parteipolizei würde ich protestieren. Wir müssen uns fragen, wo wir sind, und momentan muß doch jeder, der ein wenig klar denkt, sagen, daß wir nicht ein Revolutionsnöckchen anstellen wollen, wenn wir eine Arbeitsniederlegung machen. Wir sind noch nicht so weit, der Boden dazu ist noch nicht da. Wir müssen also durch unsere Beschlüsse erklären, daß wir keine Ausschreitungen wünschen, aber garantieren, daß keine vorkommen werden, das können wir nicht.

Barthel = Zug: Der Referent hat sich hauptsächlich über das Fensters einschlagen so furchtbar entsetzt. Ich möchte doch bezweifeln, ob es sich bei einem Generalstreik vermeiden läßt, daß einige Scheiben in Trümmer gehen. Genosse Schneider hat mir eine Frage nicht beantwortet, die nämlich, was er zu tun gedenkt, wenn die Geschäfte nicht schließen wollen. Ein Generalstreik ist nur dann ein Generalstreik, wenn sämtliche Geschäfte, in der Hauptsache namentlich die Restaurants, Komplet geschlossen sind. Gerade die Zürcher, die sich so äußerst revolutionär gebärden, haben es noch nie fertig gebracht, die Herren Bourgeois aus den Cafés an der Bahnhofstraße zu bringen. (Zuruf: Sie sind von selbst gegangen.) In der Tat, sie sind von selbst gegangen, aber man hat sie nicht gezwungen, zu gehen. Die Kolläden wurden heruntergelassen und wenn der Zug vorbei war, hat man sie wieder aufgezogen. Ich will nicht propagieren, daß wir Scheiben einschlagen sollen, aber das möchte ich sagen, daß wir alles tun müssen und sollen, um die Geschäfte zur Schließung zu veranlassen.

Nun hat Genosse Schneider gesagt, die Lebensmittelgeschäfte sollten offen bleiben. In allen Ländern, wo schon Generalstreiks stattgefunden haben, hat man dekretiert, daß die Lebensmittelgeschäfte morgens bis 8 Uhr

funktionieren dürfen, nachher sollen sie geschlossen sein. Es ist nicht möglich, die andern Geschäftsleute zur Schließung zu veranlassen, wenn nebedran der Wäcker sein Geschäft offen halten kann.

Weiter hat Genosse Schneider angeführt, gegenüber der Militarisierung der Staatsarbeiter werde einfach der Gehorsam verweigert. Ich möchte wünschen, daß es so sei, aber wir müssen doch auch damit rechnen, daß dies nicht voll zur Durchführung kommt. Da möchte ich das Aktionskomitee schon jetzt darauf aufmerksam machen, daß es von vornherein für einen solchen Fall die passive Resistenz dekretiert. Die Eisenbahner werden ganz genau wissen, daß, wenn sie die Dienstvorschriften nicht ganz genau befolgen, es überhaupt nicht möglich ist, den Betrieb aufrechtzuerhalten.

Es wird notwendig sein, daß das heute zu wählende Komitee mit den Delegierten eine Verabredung trifft, ein gewisses Stichwort festlegt, das natürlich nicht publiziert wird. Wenige Stunden vor Ausbruch des Streiks muß diese Parole ausgegeben werden. Natürlich darf man den Streik nicht von Samstag mittag auf Montag dekretieren, sondern man muß dazu nur wenige Stunden geben. Es wird notwendig sein, daß in den einzelnen Städten die Vorarbeiten schon jetzt getroffen werden, indem die Kommissionen bestellt werden, die vor jede einzelne Werkstätte zu gehen haben. Es wird auch notwendig sein, daß diese Komitees dem ständigen Komitee von Zeit zu Zeit einen Situationsbericht einsenden. Sie müssen für Ruhe und Ordnung sorgen und hauptsächlich dafür, daß die Arbeitseinstellung eine vollständige sei. Wo das nicht der Fall ist, müssen sie Bericht erstatten.

Weiter wird es notwendig sein, daß sämtliche Geschäfte unbedingt geschlossen werden. Es wird eine Kommission zu wählen sein, die jedem Geschäftsinhaber in anständiger Form begreiflich zu machen hat, daß er im Interesse der Ruhe und der Ordnung und in seinem eigenen Interesse das Geschäft schließen soll. Die Arbeiter haben die Macht, sie sind eine große Kaufkraft, man kann also diesen Leuten auch damit drohen, daß man sie nachher boykottieren werde. Vor allen Dingen soll kein Alkohol genossen werden. Machen wir uns aber darüber keine Illusionen. Wenn wir haben wollen, daß die Arbeiterschaft keinen Alkohol genießt, so müssen wir unter allen Umständen die Wirtschaften geschlossen halten.

Nun nur noch ein Wort zum Abbruch. Genau so organisiert wie der Beginn muß auch der Abbruch sein. Das hat Genosse Schneider vollständig zutreffend ausgeführt. Es wäre verkehrt, davon Ausnahmen machen zu wollen. Wenn an den Abbruch gedacht werden muß, dann muß er komplett sein. Machen wir uns da keine Illusionen, rechnen wir auch damit, daß der Abbruch geschehen muß, auch wenn wir keinen vollen Erfolg errungen haben, rechnen wir sogar damit, daß die Geschichte verfracht. Dann wollen wir sehen, ob die Arbeiter wirklich willens sind, persönliche Opfer zu bringen. Dann haben wir das Mittel der passiven Resistenz, indem die Staatsarbeiter das Reglement wörtlich ausführen, indem die

Akkordarbeiter die Ausführung von Akkorden verweigern, indem die Tagelohnarbeiter so wenig als möglich arbeiten. Das ist passive Resistenz. Wenn Sie der Arbeiterschaft wirklich begreiflich machen, welche Mittel sie hat, dann wird das Unternehmertum niemals an Aussperrung denken. Ich habe Betriebe angesehen, deren Arbeiterschaft ausgesperrt gewesen war. Diese Maschinen hätte ich nicht geschenkt haben wollen.

Schmid = Olten (zur Geschäftsordnung): Ich möchte Sie wirklich anfragen, ob Sie tatsächlich an diesem Kongreß den Generalstreik in allen seinen Details behandeln wollen. Da möchte ich Ihnen beantragen, zu erklären, daß uns als Kongreß die Leitsätze, die gegeben worden sind, befriedigen. Wir können doch hier nicht stundenlange Diskussionen darüber führen, ob wir sabotieren wollen. Wenn wir das noch nicht wissen, so würde das beweisen, daß das Aktionskomitee die Sache an den einzelnen Orten noch nicht vorbereitet hat, daß die Geschichte nicht klappt, daß wir nicht wissen, was wir wollen. Wenn das das Ergebnis der Diskussion sein sollte, so müssen wir den Beschluß, den wir soeben gefaßt haben, wieder umstoßen.

Harbauer = Derlkon: Wenn es wirklich so weit ist, daß eine Diskussion überflüssig ist, dann bin ich aber doch der Auffassung, daß wir die eine Frage abklären müssen. Das ist die, ob wir einen Aufruf an die Soldaten erlassen wollen, daß sie den Gehorsam verweigern sollen. Da bin ich der Auffassung, daß wir dann diese Soldaten unterstützen, wenn sie in Kalamitäten kommen.

Ilg: Wir müssen sowieso darüber klar werden, wann wir den Kongreß schließen wollen. Die große Mehrzahl der Delegierten will um 2 Uhr abreisen, in welchem Falle wir den Kongreß um 12½ schließen müßten. Da wäre es das beste, daß wir die Rednerliste schließen. Wenn kein Widerspruch erhoben wird, nehme ich an, Sie seien mit diesem Antrag einverstanden.

Frei = Zürich: Als Arbeiter eines Kommunalbetriebes möchte ich zu der Frage der Militarisierung noch sprechen. Das Aktionskomitee hat diesen Frühling die Weisung ausgegeben, daß die Arbeiter in einem solchen Fall einrücken sollen. Ein großer Teil der Arbeiter kann sich dieser Auffassung nicht anschließen. Wenn die Leute einmal einberufen sind, so hat man in dieselben nicht mehr so viel Vertrauen, daß man sagen kann, sie werden passive Resistenz ausüben. Wie stellen wir uns dazu, wenn in den nächsten Tagen überhaupt sämtliche Verkehrsanstalten militarisiert werden sollten? Da halte ich dafür, daß der Zeitpunkt gekommen wäre, um den Generalstreik auszulösen. Man soll nicht warten, sondern dann einfach von der Arbeit wegbleiben, und der ganze Karren steht still. Wie verhält es sich, wenn die übrigen Arbeiter durch eine Generalmobilmachung einberufen werden? Ich zum Beispiel muß in Narau einrücken, wohne aber in Zürich; ich laufe nicht nach Narau. Es ist nach meiner Ansicht die beste

Lösung, sofort den Streik auszulösen, wenn die Verkehrsanstalten mobilisiert werden sollen.

Greulich: Es versteht sich von selbst, daß wir auf die Einzelheiten der Durchführung des Landesstreiks nicht eintreten können. Es können da, wenn man sich allzusehr hineinmisch, leicht durchaus unpraktische Vorschläge kommen. Da nehme ich als Beispiel die vorhin gefallene Anregung, daß in den Elektrizitätswerken alle Kraftstromleitungen abgestellt werden sollten, während doch ein Teil der Bäder in den Städten mit elektrischem Strom arbeitet. Wer wird darunter leiden? Nicht die Leute, die sich Vorräte angelegt haben.

Also, auf die Einzelheiten gehe ich nicht ein. Ich vertraue dem Aktionskomitee, daß es das Nötige vorsorgen wird. Dagegen halte ich es für notwendig, daß sich der Kongreß selbst über zwei Fragen klar wird und Beschluß faßt. Es ist gestern über die Kompetenz des Kongresses gesprochen worden. Wir wissen, daß wir ganze Ortschaften, die in den Streik nicht eintreten können, nicht dazu zwingen können. Genosse Barthel von Zug hat Ihnen gestern gesagt, daß eine große Zahl von Arbeitern erst in den letzten Wochen gewonnen werden konnten und daß die Organisation einfach kaputt gehen würde, wenn man diese Arbeiter veranlassen wollte, in den Kampf einzutreten ohne Entschädigung. Man spricht von mancher Seite sehr verächtlich darüber und geht sehr leicht über diese Dinge weg. Die Erfahrung wird es zeigen; wir haben noch keine gemacht, aber ich kenne hier Leute von Orten, die ganz bestimmt wissen, daß an ihren Orten nicht gestreikt werden kann und ich kenne Sekretäre von Gewerkschaften, die nicht hergekommen sind, weil sie die Verantwortung über Beschlüsse, die hier gefaßt worden sind, nicht tragen wollen. (Psuirufe!) Da ist gar nicht Psui zu rufen, übrigens bitte ich die Gepflogenheiten des Zürcher Volkshauses nicht hier an diesen Kongreß zu verpflanzen. (Beifall.) Wenn ein Mann in seinem 77. Jahre sich die Mühe nimmt, in diese schweren Fragen einzudringen, so sollten Sie soviel Respekt haben, ihn ruhig reden zu lassen. Wir brauchen die Einheit und wir brauchen alle, und Sie werden mich hindendrein als Rotes Kreuz sehr zu brauchen wissen. Machen Sie sich das nur klar, denn Sie wissen noch gar nicht, wohin die Sache führt.

Ueber die Forderungen haben wir uns geeinigt. Ich stelle mir vor, daß wir uns auch darüber einigen können, daß von einem revolutionären Generalstreik, in den die ganze Geschichte umgeorgelt werden soll, keine Rede sein kann. Wenn der Landesstreik eine wirksame Demonstration sein soll, wenn er einen tiefen Eindruck auf die ganze Bevölkerung machen soll, nachdem bisher genug Worte gemacht worden sind, die den Eindruck verfehlt haben, nachdem sogar von solchen, die bis jetzt für die allerschärfsten Resolutionen gestimmt haben, selbst gesagt worden ist, wir seien in den Worten zu weit gegangen, dann muß die Tat eines solchen Landesstreiks derart geschehen, daß sie einen so wichtigen Eindruck auf die ganze Bevölkerung macht, daß wir damit einen gehörigen Schritt vorwärtskommen.

Da ist zu sagen, daß von einer organisierten Arbeiterschaft — diese wird die Leitung des Streiks haben — verlangt werden muß, daß sie so vernünftig handle, daß das Ziel, das erreicht werden will, auch erreicht wird. Das Mittel muß dem Zwecke entsprechen. Der Landesstreik wird sehr hohe Anforderungen an die Arbeiterschaft stellen, denen sie gewachsen sein muß. Ich spreche nicht davon, daß es sehr schwer sein wird, die Leute aus Fabriken und Werkstätten herauszubringen; das ist das Leichteste. Schwer wird es aber sein, bei den Begleitererscheinungen, die offenbar bei diesem Streik zutage treten werden, dafür zu sorgen, daß die Leute den Kopf nicht verlieren, sondern daß sie der Leitung so in der Hand bleiben, daß die Sache geregelt durchgeführt werden kann. Es ist nicht mehr so wie am 12. Juli 1912, wo der Streik ohne jede vorherige Ankündigung ausgebrochen ist. Ueber diesen Landesstreik sprechen wir nun mehr als ein halbes Jahr, die Gegner konnten sich längst vorbereiten, so gut wie die Behörden, und sie werden nicht passiv bleiben, denn die Gegner in den Unternehmerschichten sind besser organisiert und haben auch die Köpfe an der Spitze, die wissen, was sie tun.

Die Bewegung und die Organisation und der Streik selbst kann schweren Schaden erleiden, wenn nicht heute schon die nötigen Bestimmungen getroffen werden. Jedenfalls ist der Streik ein Wagnis, bei dem wir die größten Enttäuschungen erleben können, worüber wir uns klar sein müssen. Es ist gesagt worden, daß wir nicht provozieren sollten, daß wir nicht zuerst Anlaß geben sollten, daß die öffentliche Gewalt eingreift. Da ist die erste Vorbedingung die, daß der Kongreß beschließt: „Zur Teilnahme am Streik darf niemand mit körperlicher Gewalt gezwungen werden.“ Ein Streik von der Art, wie er hier in Aussicht genommen ist, unterscheidet sich von einem Streik, den eine Gewerkschaft für bestimmte wirtschaftliche Forderungen unternimmt. Hier steht mit dem Grad der erhöhten Lohnforderung oder mit dem Grad der verkürzten Arbeitszeit ein Stück beruflicher Existenz auf dem Spiel. Wenn da einzelne nicht mitmachen, so ist es zu verstehen und muß immer verteidigt werden, wenn sich die Streikenden hinreißen lassen, solche, die nicht mitmachen, auch unter Umständen mit körperlicher Gewalt zu zwingen. Ob die Sache ihnen nützlich ist, das ist eine andere Frage. Wir verstehen das, wenn es hier geschieht.

Der politische Massenstreik, den wir vorhaben, der soll bezeugen, daß in der Arbeiterschaft eine tiefe Empörung herrscht über eine Reihe von Maßnahmen, die zum Nachteil der Arbeiter getroffen wurden. Diese tiefe Empörung kann man nun nicht etwa hervorrufen, daß man Leute prügelt, die nicht von dieser Empörung ergriffen sind. Das ist von vornherein schon unlogisch, auch wenn wir nicht wüßten, daß jeder derartige Vorgang, wo durch körperliche Gewalttat einzelne gezwungen werden sollen, in den Streik zu treten, sofort die öffentliche Gewalt zum Einschreiten veranlaßt. Welchen moralischen Eindruck macht aber ein solcher Landesstreik, wenn er damit beginnt, daß am Morgen nicht etwa die

Proletarier gegen die Bourgeois vorgehen, sondern die Proletarier sich untereinander verprügeln. Das raubt einem solchen Streik von vornherein den ersten Eindruck der Wucht, den tiefen Eindruck, der auf die ganze Bevölkerung ausgeübt werden soll, ganz abgesehen davon, daß das der öffentlichen Gewalt Anlaß zum Eingreifen gibt und daß schon zu Beginn des Streiks eine größere Erregung in das ganze Publikum und in die Arbeiterschaft kommt. Es kann aber nicht nur der Polizei Anlaß zum Eingreifen bieten, sondern auch dem Militär, wodurch unter Umständen die Wucht der Demonstration, der ganzen Bewegung gebrochen wird.

Ich will ja nicht behaupten, daß dann, wenn der Kongreß den Antrag annimmt, die Sache gar nicht vorkommen wird, aber es soll der Arbeiterschaft gezeigt werden, daß der Kongreß der Ansicht ist, die Stimmung sei eine derartige, daß genügend Mittel moralischer oder suggestiver Art vorhanden sind, die die Arbeiterschaft bewegen können, zu diesem wichtigen Streik zu greifen, ohne daß geprügelt werden muß.

Der zweite Antrag ist zum Teil schon in den Darlegungen des Genossen Schneider erwähnt worden. Ich möchte aber wünschen, daß der Kongreß seinen Willen klar und deutlich kundgeben und sagen würde: „Der Mißbrauch des Streiks für Sonderzwecke, die in den Forderungen des Aktionskomitees nicht enthalten sind, oder für Putschtaktik muß mit allen Kräften verhindert werden.“ Hier haben wir nun in der Tat alle Veranlassung, das am Kongreß selbst deutlich zu sagen. Es ist ganz klar, daß die Bewegung geschädigt wird, wenn sich Bewegungen für Sonderzwecke geltend machen, die in den Forderungen des Aktionskomitees, welche der Kongreß ja angenommen hat, nicht enthalten sind. Die Bewegung muß ein einheitliches Ziel haben, sonst wird sie zwecklos und wird gefährdet. Nun haben wir alle Veranlassung, namentlich den Putschtaktikern zu sagen, daß es da, wo viele Tausende von Arbeitern ihre Existenz sozusagen in die Schanze schlagen, um ihrer Empörung Ausdruck zu verschaffen, nicht angeht, daß sie mit ihren Sonderzwecken hervortreten. Es ist in unserer Partei und zum Teil auch in den Gewerkschaften gegenwärtig eine Zersetzung, wie ich sie vorher nie erlebt habe. Hier an diesem Kongreß wird ein Flugblatt ausgeteilt von einem Zentralvorstand der internationalen revolutionären sozialistischen Gruppen der Schweiz. Wenn eine einheitliche Bewegung begonnen wird und man konstatiert, daß sich da und dort die Sekten zusammentun, um dann, wenn es der ganzen Arbeiterschaft ernst ist, etwas zu erreichen, ihre Sonderkapelle zum Vorschein zu bringen und zu denken, man mache jetzt was man könne mit einem Putsch, dann muß die Bewegung sagen: Da wird nicht geschnupft. Da kann das größte Unheil angerichtet werden, es kann zu Straßenkämpfen kommen, wie sie schon dagewesen sind, es kann dazu kommen, daß Unbeteiligte, die vielleicht helfen wollten, ihr Leben verlieren. Das wollen wir verhüten. Es ist die Verantwortung gegenüber der eigenen Arbeiterschaft, die hier ins Auge gefaßt werden muß, die nicht von Minderheiten mißbraucht

werden darf. Schon seit Monaten sage ich mir — das darf ich Ihnen verraten — wenn einmal denn doch die Arbeiterschaft einen solchen großen und wichtigen Schritt, bei dem man nicht weiß, wie er ausgeht, unternehmen will, dann soll sie ihn bewußt und bestimmt unternehmen und soll sich darüber klar sein, daß daneben nicht noch alles mögliche getrieben werden darf. Ich habe mich entschlossen, vor diesem großen Schritt nicht zu warnen, aber ich kann Ihnen sagen, daß mich das ein Opfer des Intellekts kostet. Ich sage mir, nachdem nun so lange davon gesprochen worden ist, mag ja der Schritt einmal getan werden und mag man einmal sehen, welche Erfahrungen man macht. Durch Erfahrungen lernt man, nicht durch Theorien, aber ich müßte jede Verantwortung ablehnen, wenn der Kongreß nicht deutlich und klar seinen Standpunkt präzisiert, indem er die von mir gestellten Anträge annimmt.

Robt Zürich: Ich möchte das Wort zu einem Punkt ergreifen, wo den Anträgen des Aktionskomitees Opposition erwachsen ist. Es betrifft die Schließung der Lebensmittelgeschäfte. Wir haben in Zürich gerade über diese Fragen sehr eingehend gesprochen und wir sind nach sehr gründlichen Auseinandersetzungen im lokalen Aktionskomitee zum gegenseitigen Schluß gekommen als Genosse Barthel, indem wir gefunden haben, daß der Gegner uns nichts Schlimmeres antun könnte, als wenn er die Lebensmittelgeschäfte schließen würde. Damit würde uns ohne weiteres verunmöglicht, den Generalstreik durchzuhalten. Es ist klar, daß das Bürgertum sehr wohl darauf eingerichtet ist, für ein paar Tage auf den Einkauf zu verzichten, aber die Arbeiterschaft kann das nicht, weil sie nicht gehamstert hat, weil in den allermeisten Fällen nicht einmal Vorräte vorhanden sind, um eine einzige Mahlzeit zu bereiten. Deshalb würden wir uns selbst in der allerschärfsten Weise schädigen, wenn wir diesem Antrag entsprechen wollten, wenn wir also diese Lebensmittelgeschäfte schließen würden. Würde der Gegner uns das antun, würde er darauf ausgehen, diese Geschäfte zu schließen, so müßte es geradezu unsere Aufgabe sein, ihre Öffnung zu erzwingen. Dann kommt das dazu, daß durch einen solchen Beschluß die Reibungsflächen, die sonst schon kolossal groß sind, noch vermehrt würden, ohne daß damit irgend etwas anderes erreicht wird. Ich halte einen derartigen Antrag für weltfremd und durchaus nicht für zweckdienlich und halte nicht dafür, daß dessen Annahme eine richtige Durchführung des Streikes garantiere. Es ist eines jener Nebenziele, die wir nicht verfolgen sollen.

Genosse Barthel hat ein weiteres angeführt, indem er gesagt hat, daß man bei den Demonstrationen die Bourgeois aus den Wirtschaften herausholen solle. Das kann nun aber um alles nicht Ziel einer Demonstration sein. Es ist einfach kindisch, zu glauben, daß man am besten in einer Demonstration oder in einem Generalstreik seine Kräfte auf diese Weise zersplittere, daß man der Bourgeois Gelegenheit gibt, die Aufmerksamkeit von der Hauptaktion abzulenken und auf tausend kleine Sachen zu lenken,

wo sie nur darauf wartet, um ihrerseits mit Gegenmaßnahmen zu kommen. Wenn der Generalstreik zu einem Erfolg führen soll, so nur dann, wenn er einheitlich durchgeführt wird und wenn auf jede Sonderaktion verzichtet wird.

Nun noch ein Wort bezüglich des Antrages des Genossen Wohler. Wir wollen es vor dem Kongreß, wir wollen es vor der Bourgeoisie aussprechen, daß das letzte sozialdemokratische Behördemitglied, sei es Mitglied einer parlamentarischen oder einer exekutiven Behörde, sich in diesem Kampf mit der Arbeiterklasse vollständig solidarisch fühlt. Wenn wir in den Kampf gehen, so wissen wir, daß wir die nachdrücklichste Unterstützung aller Genossen in den Behörden haben werden. Gerade darum wäre es ein Unsinn, wenn wir einem Antrag zustimmen wollten, der erklärt, daß für die Dauer des Streiks die sozialdemokratischen Behördemitglieder den Sitzungen dieser Behörde fernzubleiben haben. Vielleicht wird betont werden, daß mit diesem Antrag nur parlamentarische Körperschaften gemeint seien. Demgegenüber möchte ich sagen, daß Fälle eintreten können, wo das Parlament vielleicht noch die einzige Tribüne sein kann, von der aus wir uns in solchen Fällen vernehmen lassen können, so daß es von außerordentlichem Interesse gerade für die Arbeiterklasse sein wird, wenn unsere Führer sich von jener Tribüne aus hören lassen können. Es wird sogar der Fall eintreten können, daß wir die Forderung auf Einberufung der Parlamente gerade während des Streiks werden erheben müssen, daß wir darauf bestehen müssen, daß wir dort zu Worte kommen.

Man hat sich am Kongreß etwas spöttelnd darüber aufgehalten, daß wir Zürcher Genossen hier gesprochen haben. Das hängt eben damit zusammen, daß wir in Zürich seit langem vorbereitet sind und daß wir glaubten, daß die schweizerische Arbeiterschaft bedeutend früher zu einer Aktion kommen werde. Es war merkwürdig, wie gestern gerade die Redner des Aktionskomitees außerordentlich viel Mühe darauf verwendet haben, in Empörung über die Haltung des Bürgertums und namentlich über die neuesten Beschlüsse des Bundesrates zu machen. Wir hätten gewünscht, daß man vielleicht etwas weniger in Empörung gemacht hätte, etwas weniger in Entrüstungsphrasen, daß man aber dafür etwas früher dazu gekommen wäre, die Entrüstung den bürgerlichen Parteien gegenüberzustellen, die längst die einzig richtige gewesen wäre, eben die Aktion. Ich möchte nochmals betonen: Wenn unsere Genossen aus Zürich aus vollem Herzen und sehr zahlreich gesprochen haben, so deshalb, weil bei uns die Aktion organisatorisch bis ins letzte vorbereitet ist und weil die Genossen der Meinung waren, daß man auch andernwärts etwas rascher bereit sei, loszuschlagen.

Wir sollten heute am Kongreß nicht mehr länger über die Einzelheiten der Durchführung des Streiks sprechen, wir sollten uns auf das verlassen und es dabei bemendet sein lassen, daß das schweizerische Aktionskomitee sofort die Einzelheiten der Durchführung allen Organisa-

tionen mitteilt und daß heute sämtliche Kongreßdelegierten nach Hause gehen mit dem Bewußtsein, daß als allererste Aufgabe ihnen nun das obliegt, sofort lokale Aktionskomitees zu bestimmen, nicht aber zu warten, bis das schweizerische Aktionskomitee ruft und erklärt, der Generalstreik breche an dem und dem Tage aus, sondern diese Genossen veranlassen, daß in den nächsten Tagen überall Unionsdelegiertenversammlungen stattfinden, daß Komitees bestimmt werden, daß man die Aktion so vorbereitet, daß es nur noch eines Druckes auf den Knopf bedarf, damit im ganzen Land die Bewegung einheitlich, planmäßig und zielbewußt ausgelöst werden kann.

Ich habe mich darüber außerordentlich gewundert, daß es Genossen gab, die über die Kompetenz des Kongresses noch nicht klar werden, oder die diese Kompetenz herabmindern und bestreiten wollten. Es ist soweit gekommen, daß wir über diese Formfrage hätten diskutieren müssen. Ich würde es für die allerbedenklichste Erscheinung halten, die der schweizerischen Arbeiterbewegung passieren könnte, wenn wir gegenüber einer Bourgeoisie, die nicht zögert, Generalvollmachten in die Hände von sieben Männern zu legen, davor zurückschrecken würden, Generalvollmachten in die Hände eines Kongresses oder eines lokalen oder zentralen Aktionskomitees zu legen. Ich zweifle nicht daran, daß wir dazu kommen werden, den Generalstreik durchzuführen zu müssen, da nicht zu erwarten ist, daß der Bundesrat nach seiner bisherigen Haltung irgendwelche bedeutende Konzessionen machen kann oder wird. Darum können wir, wenn wir den Kongreß verlassen, nur von dem Gedanken befeßt sein: Sofort hinaus in die Organisationen, sofort in die Arbeiterschaft und sofort die Vorbereitungen so treffen, daß wir überall kampfbereit sind.

Wohler = Zürich 8: Wir alle sind wohl der Ansicht, daß unser kapitalistisches Wirtschaftswesen bloß auf dem Wege der Gesetzgebung in das sozialistische übergeführt werden kann. Diese Gesetzgebung wäre natürlich auch da, um alle die Begleiterscheinungen, wie sie die kapitalistische Entwicklung für das Proletariat mit sich bringt, zu paralysieren. Auch der heutige Kongreß hat Forderungen aufgestellt, die nur auf dem Weg der Gesetzgebung verwirklicht werden können. Wir kommen nun zur Anwendung des Mittels des Generalstreiks und wir sehen, wie dieses Mittel durch Behördebefehle gehemmt wird. Wenn wir stark genug wären, die Aktion bis in die letzten Konsequenzen durchzuführen, dann müßte sie zur Diktatur des Aktionskomitees oder dieser Instanzen führen und es müßten alle diese Behörden mit bürgerlichen Mehrheiten absolut und automatisch ausgeschaltete werden. Dann ist die Zeit, die Arbeiterräte zu wählen, wenn die Diktatur an diese Aktionskomitees übergegangen ist. Solange das nicht der Fall ist, haben diese Arbeiterräte vielleicht einen propagandistischen Charakter, aber im allgemeinen sind sie ein Blödsinn.

Neben diesen grundsätzlichen Erwägungen müssen aber auch rein taktische dazu führen, daß unsere Behördemitglieder während der Dauer des Streiks den Sitzungen ihrer Behörden fernzubleiben haben. Es wurde von Genossen Steiger darauf hingewiesen, daß man versuchen wird, die gesamte Aktion zu zersplittern. Das wird so versucht werden, daß man unsere Forderungen auf einzelnen Gebieten bewilligt. Dann aber haben wir mit einer Zersplitterung unserer ganzen Aktion zu rechnen. Aus diesen grundsätzlichen und taktischen Erwägungen glaube ich, daß unsere Behördemitglieder während der Dauer des Streiks den Sitzungen fernzubleiben haben.

Schneider: Es lag uns daran, die allgemeinen Richtlinien, nach welchen der Kampf geführt werden soll, dem Kongreß darzulegen. Es ist ganz selbstverständlich, daß wir hier unsere Maßnahmen nicht bis in alle Einzelheiten hinaus darlegen können. Deshalb haben wir es auch vermieden, alle die Punkte, die hier von den verschiedenen Diskussionsrednern angeführt worden sind, im Referate zu nennen. Ich möchte darauf auch in diesem Schlußwort nicht näher eingehen. Gegenüber den letzten Ausführungen des Genossen Kobs, die sich auf die Verhältnisse in Zürich beziehen, ließe sich vielleicht einiges sagen. Ich halte aber dafür, daß hier nicht der Ort sei, um solche Auseinandersetzungen hineinzutragen. Ich habe nur deshalb noch das Schlußwort gewünscht, um Ihnen einen Antrag des Aktionskomitees zu unterbreiten, der folgenden Wortlaut hat: „Der Kongreß bekundet seinen Willen, den allgemeinen Landesstreik mit aller Entschlossenheit, aber diszipliniert, unter Vermeidung aller Ausschreitungen, durchzuführen. Er fordert das Personal militarisierter Betriebe und zu Gewaltmaßnahmen befohlene Soldaten auf, den Gehorsam zu verweigern. Im übrigen wird die zentrale Aktionsleitung mit allen zweckdienlichen Maßnahmen beauftragt.“ Das ist meines Erachtens das, was wir heute an dieser Stelle tun sollen. Die Einzelheiten der Ausführung sind Sache der zentralen Aktionsleitung in Verbindung mit den von ihr anerkannten lokalen Aktionsleitungen. Ich lege Wert auf das Wort „anerkannten“, da es möglich ist, daß separate Aktionskomitees auftauchen, mit denen wir aber nichts zu tun haben wollen. Es sind nur die von den zuständigen Unionen eingesetzten lokalen Komitees, die in Verbindung mit der zentralen Aktionsleitung zu handeln haben. Namens des Aktionskomitees möchte ich Sie ersuchen, diesen Antrag anzunehmen. Ich habe persönlich geglaubt, daß durch diesen Antrag der erste Antrag des Genossen Greulich dahinfließen könne. Er erklärt aber, daß das nicht der Fall sei. Mit dem zweiten Teil des Antrages bin ich einverstanden, er ist im Grunde genommen eine Ergänzung des von uns beantragten. Wenn Sie aber Wert darauf legen, auch den ersten Teil anzunehmen, so habe ich persönlich nichts dagegen. Ich möchte Sie nur bitten, durch möglichst einstimmige Annahme unsern Anträgen das nötige Gewicht nach außen hin zu verleihen.

Abstimmung:

Für den Antrag Greulich 168 Stimmen, dagegen 11 Stimmen.

Für den Antrag Wohler eine Stimme.

Schlussabstimmung:

Folgender bereinigter Antrag des Aktionskomitees wird mit 239 Stimmen angenommen:

„Der Kongreß bekundet seinen Willen, den allgemeinen Landesstreik mit aller Entschlossenheit, diszipliniert und unter Vermeidung aller Ausschreitungen durchzuführen. Er fordert das Personal militarisierter Betriebe und zu Gewaltmaßnahmen befohlene Soldaten auf, den Gehorsam zu verweigern. Im übrigen wird die zentrale Aktionsleitung mit allen zweckdienlichen Maßnahmen beauftragt.“

5. Wahl des Aktionskomitees.

Grimm: Ich weiß nicht, ob es zur Behandlung dieses Traktandums aus Schönheitsrücksichten notwendig ist, ein besonderes Präsidium zu bezeichnen, das außerhalb des Aktionskomitees steht. Ich möchte den Genossen Greulich ersuchen, das Präsidium zu übernehmen.

Greulich: Ich denke, wir machen die Sache kurz. Wer das bisherige Aktionskomitee bestätigen will, der möge die Karte erheben. Ich konstatiere Einstimmigkeit. (Beifall.)

Grimm: Bevor wir zum Schluß der Verhandlungen übergehen, möchte ich noch folgendes Telegramm zur Kenntnis geben: „Delegiertenversammlung Verkehrspersonal Biel begrüßt Arbeiterkongreß Basel und erklärt sich damit nicht einverstanden, beschließt, an den gesamten Forderungen festzuhalten und denselben mit allen gewerkschaftlichen Mitteln zum Durchbruch zu verhelfen. Namens der ständigen Kommission: Hofer.“ (Beifall.)

Ferner sind eingelangt zwei Resolutionen. Die erste ist beantragt von Genossen Hubacher = Genf. Sie hat folgenden Wortlaut:

„Der allgemeine schweizerische Arbeiterkongreß in Basel, 27. und 28. Juli 1918, erhebt energischen Protest gegen die blutige Erdrosselung des finnländischen Proletariats, gegen die barbarischen Verfolgungen von seiten der finnländischen Bourgeoisie, die zur Vernichtung der finnländischen Arbeiterklasse führen. Die schweizerische Arbeiterchaft erhebt ihre Stimme gegen die Einmischung fremder Militärkräfte in die sozialen Kämpfe des unabhängigen Landes, gegen das massenhafte Ermorden, gegen die massenhaften Verhaftungen und Verbannungen, welche die

Arbeiterklasse Finnlands dezimieren, und ruft das gesamte europäische Proletariat zu einer solidarischen, internationalen Protestaktion gegen das Wüten des weißen Terrors in Finnland, gegen die brutale Vernichtungspolitik der finnländischen Regierung an.

Der Kongreß protestiert ebenso energisch gegen die Intervention der kriegführenden Mächte in Rußland, die nichts anderes bedeutet, als ein Kampf um die Niederringung des Sozialismus in Rußland. Wir appellieren an die Arbeiter aller Staaten, gegen diesen Schritt der imperialistischen Regierungen zu protestieren und den schärfsten Kampf gegen die Erdrückungspolitik gegenüber der russischen Arbeiterrepublik zu führen. Mögen die Arbeiter aller Länder erkennen, daß es ihre Aufgabe ist, sich mit der Sowietregierung zu solidarisieren und daß das Schicksal der Arbeiterregierung Rußlands ihr eigenes Schicksal besiegeln wird.“

Die zweite Resolution wird beantragt von Genossen P l a t t e n. Sie lautet wie folgt:

„Der in Basel am 27. und 28. Juli 1918 tagende schweizerische Arbeiterkongreß protestiert gegen die willkürliche Verhaftung revolutionärer Genossen, die ihrer propagandistischen Tätigkeit wegen seit Wochen eingekerkert sind, ohne daß infolge Anwendung eines veralteten Gesetzes die öffentliche Meinung wissen kann, was für Gründe zu diesen Maßnahmen geführt haben. Er verlangt die sofortige Entlassung der Verhafteten, gegen welche keine ernste Anschuldigung gemacht werden kann und spricht ihnen seine vollste Sympathie aus.“

Ein Sympathietelegamm der Eisenbahner Viels wird mit Beifall zur Kenntnis genommen.

In der Abstimmung werden beide Resolutionen einstimmig angenommen.

Schlußwort des Vorsitzenden.

G r i m m : Damit sind wir am Schluß unserer Verhandlungen angelangt. Ueber die Bedeutung des Kongresses brauche ich mich nicht weiter zu verbreiten. Ich begnüge mich mit der Feststellung, daß es wohl in unserem Lande das erste Mal ist, seit es eine moderne Arbeiterbewegung gibt, daß ein gemeinsamer Kongreß Beschlüsse von dieser Tragweite faßt. Vergessen wir nicht: die Beschlüsse erhalten ihre Kennzeichnung nicht nur durch den Willen, unter Umständen in den Generalstreik einzutreten und ihn durchzuführen, sondern durch die weitere Tatsache, daß diese Beschlüsse gefaßt wurden in einem Moment, wo rings um unser Land herum der Feuerbrand emporlodert. Diese Bedeutung wird auch unsern Geg-

nern nicht verborgen sein, so gut wie sie zum Bewußtsein jedes einzelnen Arbeiters gelangen wird.

Man hat bezweifelt, ob es der ernste Wille des Aktionskomitees sei, diese Beschlüsse strikte durchzuführen. Ich glaube, im Namen aller meiner Kollegen im Aktionskomitee zu sprechen, wenn ich erkläre, daß keiner unter uns auch nur einen Augenblick daran denkt, gegen den Willen des Kongresses zu handeln. Das einzige, was wir verlangen und auch hier an diesem Kongresse vertreten haben ist das, daß der Streit auch so vorbereitet werde, daß sein Gelingen zum mindesten wahrscheinlich sei und niemand nachher Vorwürfe einstecken muß, man sei leichtfertig und abenteuerlich in diesen Kampf hineingegangen. Damit sind nicht wir allein, damit sind wohl alle Anwesenden einverstanden, wenigsten alle, die die schwere Verantwortung mit uns tragen. So wie der Kongreß trotz der Meinungsverschiedenheiten, die es nicht erst seit heute, sondern schon seit langem in der Arbeiterbewegung gibt und immer geben wird, heute einen einstimmigen Beschluß gefaßt hat, so nehme ich auch an, daß dieser einstimmige Beschluß bei den Massen draußen dazu führt, den nötigen Eindruck hervorzurufen. Was wir jetzt brauchen, sind nicht große Worte, sondern die kühle und berechnende Ueberlegung. Angesichts der Tatsache, daß das ganze Bürgertum uns als geschlossene Phalanx gegenübertritt, daß in jenem Lager alle Kleinlichen Differenzen, alles, was trennend wirken könnte, im Hinblick auf unsern heutigen Kongreßbeschluß verschwinden wird, ist es wohl selbstverständlich, daß auch in unserm Kreise nun alle jene kleinen Differenzen begraben werden und wir uns einigen in dem festen Willen und in dem unerschütterlichen Entschluß, die Stellung der Arbeiterklasse zu behaupten gegenüber der Reaktion und einen Schritt vorwärts zu machen im Interesse des Sozialismus und der Erreichung des sozialistischen Endziels. Wir werden uns ungesäumt an die Arbeit machen, wir werden die Organisationen verständigen, wir erwarten aber, daß die Organisationen uns in dieser Arbeit unterstützen und daß dann, wenn die Parole zum Handeln ausgegeben wird, die Solidarität der Arbeiterklasse wie eine Säule aufsteigen werde, daß sie so stark und siegreich emporwachsen werde, daß keine Macht der Welt imstande ist, unsern Willen zu brechen. Die Verhandlungen sind geschlossen. (Unhaltender Beifall.)